

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis: 1.10 Mark pro Monat.
 Vierteljahr 2.50 Mark, monatlich 1.10 Mark.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg.
 Abonnement 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zustellungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Bestellungen nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Die Insertions-Gebühr
 Betrag für die sechsgrößte Zeilenlänge oder deren Raum 10 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Inserate und Berichterstattungen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das fertige Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fertige Wörter), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Wittwoch, den 5. November 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Das Spionagegesetz.

Zu den Vorlagen, die demnächst im Reichstage zur Beratung gelangen werden, gehört der „Entwurf eines Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse“. Dieser Gesetzentwurf soll angeblich das geltende Gesetz gegen den Verrat militärischer Geheimnisse vom 3. Juli 1893 ausbauen, Mängel und Lücken, deren Beseitigung für die Sicherung des Reiches unerlässlich sei, beheben. Er soll einer „scharferen Bekämpfung des stetig anwachsenden und in den gefährlichsten Formen zutage tretenden Spionagewesens“ dienen. Tatsächlich verdient aber der Entwurf den Namen eines Gesetzes zur Verhinderung der Erörterung und Kritik militärischer Angelegenheiten. Wenn der Entwurf angenommen würde, so würde er auch nicht einen einzigen Fall der Spionage verhindern, würde aber eine große Anzahl von Personen, insbesondere die bei der Herstellung militärischer Gegenstände beschäftigten Arbeiter und die Presse in die Gefahr einer Anklage und Verurteilung bringen.

Will man das Spionagewesen bekämpfen, so muß man den Militarismus bekämpfen. Das Spionagesystem ist mit dem Militarismus untrennbar verbunden. Ein Reg von Spionen zur Auspöhlung dessen, was in militärischer Hinsicht in einem Lande passiert, unterhält jede Großmacht. Deutschland selbst unterhält, genau wie die anderen Staaten, ein gewaltiges Heer von Spionen. So lange sich eine bürgerliche Mehrheit immer wieder zusammenfindet, um Geld für Spione, ja gar für Spitzel zu bewilligen, ist es widersinnig, eine Verminderung der Spionage durch Gesetz erreichen zu wollen. Der Wettbewerb des Militarismus zieht den Wettbewerb zur Vergrößerung der Zahl von Spionen nach sich. Strafgesetze können gegen Spionage gar nichts ausrichten. Die Folge der Erhöhung des Strafmaßes — der Entwurf verlangt u. a. erhebliche Erhöhungen der Strafen bis zu lebenslänglichem Zuchthaus hinaus — würde lediglich das Risiko vermehren und daher vielleicht die Spionengebühren erhöhen, aber die Spionage nicht beseitigen oder einschränken, vielleicht sogar das Gegenteil bewirken!

Als im Jahre 1886 die französische Regierung ihren Spezial-Gesetzentwurf gegen Spionage einbrachte, begründeten die deutschen Regierungsblätter die Vorlage mit Spott und Hohn, und führten mit Recht aus, gegen Spionage könne man mit Strafgesetzen nichts erreichen. Trotzdem brachte die deutsche Regierung im Jahre 1893 ein Spezialgesetz gegen Spionage in Vorschlag und hat jetzt eine vermehrte Auflage dem Reichstage angefohlen. Als ob das allgemeine Strafgesetz (§ 92) nicht vollaus genügt.

Würde das Spionagegesetz lediglich Spione treffen, so könnte uns der Entwurf ziemlich kalt lassen, wenngleich der Versuch der Bekämpfung der Spione durch ein Strafgesetz ein Versuch mit untauglichen Mitteln ist. Diese Sorte Zeitgenossen sind fast so verächtlich wie Polizeispitzel und ähnliche aus Staatsmitteln besoldete „dunkle Ehrenmänner“. Die Gefahr des Gesetzentwurfs liegt aber darin, daß er, ohne der Spionage Abbruch zu tun, die Veröffentlichung und Kritik militärischer Angelegenheiten mit Strafe bedroht. Das Spionagegesetz richtet sich weit weniger gegen die Militärspione des Auslandes oder gegen untreue Militärpersonen oder Beamte des Inlandes, als gegen die Presse des Inlandes und gegen jedermann, der militärische Angelegenheiten selbst harmlosster Art mitteilt oder kritisiert. Bereits der Entwurf von 1893 hatte dasselbe Ziel. Ihm wurden die gegen die Presse gerichteten Giftzähne in der Kommission und im Plenum ausgebrochen.

Der jetzige Entwurf verlangt, daß die damals abgelehnten Vorschläge und noch weit schlimmeres angenommen werde. Der Entwurf vom Jahre 1893 wurde zuerst am 20. Februar 1892 vorgelegt. Kurz zuvor, am 31. Januar 1892, hatte der „Vorwärts“ den Erlass des Herzogs von Sachsen über und gegen Soldatenmishandlungen vom 8. Juni 1891 veröffentlicht. Die Veröffentlichung war eine rettende Tat für Hunderttausende unserer Söhne und Brüder in der Armee gegenüber den, wie der Erlass konstatierte, häufig vorgekommenen raffinierten schändlichen Mishandlungen von Soldaten. Der Entwurf des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse bezweckte, für die Zukunft eine ähnliche Veröffentlichung zu verhindern. In dem Entwurf von 1893 war deshalb Zuchthausstrafe gegen Mitteilung von Nachrichten vorgeschlagen, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung erforderlich sei. Es sollte ferner mit Gefängnis bestraft werden, wer aus Jahrlässigkeit Nachrichten militärischer Art, die ihm kraft seines Berufes oder Gewerbes anvertraut waren, in einer die Sicherheit des Deutschen Reiches gefährdenden Weise in den Besitz oder zur Kenntnis eines anderen gelangen ließe. Ebenfalls sollte mit Gefängnis bestraft werden, wer abgesehen von den Fällen des Verrats militärischer Geheimnisse über die Verhältnisse der Kriegsmacht oder die Verteidigungsmittel des Deutschen Reiches Mitteilungen in die Öffentlichkeit bringe. Diese Vorschläge wurden im Jahre 1893 abgelehnt, weil sie geeignet waren, mit schwerer Strafe alle Personen zu bedrohen, die irgendeine Nachricht oder Kritik militärischer Dinge veröffentlichten. Der jetzige Entwurf nimmt diese damals ab-

gelehnten Vorschläge wieder auf und verschärft sie. Außerdem will er die Strafarten und die Strafhöhe erhöht wissen: es soll in Zukunft, auch wenn mildernde Umstände vorliegen, Festungshaft nicht mehr zulässig sein, vollendeter Verrat soll mit lebenslangem Zuchthaus bedroht werden, neben den Freiheitsstrafen sollen Geldstrafen bis zu 50 000 Mark zulässig sein. Auch soll ein Verrat verfolgt werden können, der von Ausländern im Auslande begangen ist.

Die Ausdehnung des Tatbestandes gegenüber dem bestehenden Gesetz besteht im wesentlichen in folgendem: Es soll nicht nur der Verrat von Schriften, Zeichnungen oder anderen Gegenständen, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung erforderlich ist, unter das Gesetz fallen, sondern auch die Verbreitung von Nachrichten, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung erforderlich ist. Ob die Geheimhaltung erforderlich ist, soll die oberste militärische Behörde anordnen können. Da unmöglich die oberste militärische Behörde im einzelnen anordnen kann, welche Nachrichten als militärisches Geheimnis zu betrachten sind, ohne die Nachrichten selbst zu veröffentlichen, so wird natürlich nur eine allgemeine Anordnung möglich sein, die zum Beispiel dahin geht, daß alles, was als geheim bezeichnet ist — also auch die Order des Prinzen Georg von Sachsen oder die von uns am 4. August 1904 veröffentlichte, aus Anlaß des Korbach-Bisse-Prozesses ergangene Order vom 1. Dezember 1903 — als militärisches Geheimnis zu betrachten ist, oder daß alles, was sich auf die Disziplin, auf Soldatenmishandlungen, auf Wege, Militärgeräte bezieht, geheim gehalten werden müsse.

Es würde also durch das Gesetz der Militärbehörde das Recht gegeben, jede Erörterung militärischer Dinge völlig auszuschalten. Dem Militarismus sind Veröffentlichungen, insbesondere über Schäden des Militarismus, höchst fatal. Er möchte sie um jeden Preis verhindern. Er haßt und fürchtet seiner Natur nach die Öffentlichkeit, und er will seine „Geheimnisse“ — zu ihnen gehören in erster Linie die Soldatenmishandlungen — mit aller Gewalt dem Tageslicht entziehen. Wird die Veröffentlichung militärischer Geheimnisse nach dem Entwurf mit Zuchthausstrafe belegt, so darf die Presse bald keinen Fall von Soldatenmishandlungen mehr erzählen. Und unsere Brüder in der Kaserne wären völlig schulplos. Das ist der Grundgedanke, der den dem Reichstage zugemuteten Entwurf durchzieht.

Die Presse in erster Linie, aber auch jeder Bürger wird durch die Bestimmungen des Entwurfs bedroht. Denn auch die einfache Erzählung, die Mitteilung des „militärischen Geheimnisses“ ist strafbar, gleichviel ob der Erzählende getuscht hat, daß die oberste Militärbehörde die Geheimhaltung solcher Nachrichten angeordnet hatte.

Neu ist ferner im Entwurf die Vorschrift, daß auch das Antäupfen und Unterhalten von Beziehungen zu einer Person, die im Interesse einer ausländischen Regierung tätig ist, mit Gefängnis bestraft wird. Neu ferner, daß alle Vorbereitungs-handlungen zum Verrat und Auspöhlung unter Strafe gestellt werden. Beziehen sich diese beiden Bestimmungen mehr oder weniger auf wirkliche Spionage, so steht es anders mit folgender Neuerung, welche eine jahrlässige Preisgabe eines militärischen Geheimnisses mit Strafe bedroht. Es wird nämlich in § 9 bestimmt:

Wer jahrlässig ein militärisches Geheimnis in die Öffentlichkeit gelangen läßt oder ein militärisches Geheimnis, das ihm kraft seines Amtes, Berufs oder Gewerbes oder eines von amtlicher Seite erteilten Auftrages zugänglich war, an einen anderen gelangen läßt und dadurch die Sicherheit des Reiches gefährdet, wird mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 5000 M. bestraft.

Beachtet man, daß als militärisches Geheimnis alle Dinge zu betrachten sind, deren Geheimhaltung die oberste militärische Behörde im Interesse der Landesverteidigung angeordnet hat, und daß die Mitteilung an irgend jemand (nicht etwa nur an Ausländer) strafbar sein soll, so würde, wenn dieser Paragraph Gesetz wird, jeder deutsche Staatsbürger mit einem Schweigegebot über alle militärische Dinge belegt sein. Der Spionage würde durch diesen Paragraphen auch nicht ein Millimeter Raum abgegraben, aber es wäre Gelegenheit gegeben, gegen die Kritiker militärischer Einrichtungen, insbesondere gegen die Presse, mit Strafverfahren vorzugehen. Direkt gegen die Presse gerichtet ist auch folgende neue Vorschrift, die der § 12 enthält:

Wer über schwebende amtliche Ermittlungen wegen eines Verbrechens oder eines Vergehens gegen dies Gesetz ohne Erlaubnis der die Ermittlungen leitenden Behörde Mitteilungen in die Öffentlichkeit bringt, wird mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 1000 M. bestraft.

Unter diesen Paragraphen fielen beispielsweise die Nachricht, daß Herr X oder Y verhaftet ist, sobald die Verhaftung wegen Verdachts des Verrats militärischer Geheimnisse stattgefunden hat. Wird ein Redakteur beispielsweise verhaftet, weil er einen nach Ansicht der obersten Militärbehörde geheim zu haltenden Erlass über Beschränkung der Öffentlichkeit oder einen Erlass gegen Soldatenmishandlungen veröffentlicht hat, so würde sein Kollege oder irgend jemand, der die Nachricht von dieser Verhaftung vor Erhebung der Anklage mitteilt, Gefängnis bis zu einem Jahre zu gewärtigen haben.

Die Folgen, die der Entwurf für den Fall seiner Annahme zeitigen würde, sind weit gemeingefährlicher als ein wirklicher Verrat militärischer für die Sicherheit Deutschlands wichtiger Dinge. Das zeigt eine weitere Betrachtung der vorgeschlagenen Neuordnungen.

Allerlei Panama!

Es fiel bei dem ersten Krupp-Prozess auf und wurde während des zweiten Prozesses immer offenkundiger, daß die bürgerliche Presse an die Enthaltungen der Krupp-Korruption mit recht wenig Schneid heranging. Obwohl man doch meinen sollte, daß wenigstens die freisinnige Presse allen Anlaß gehabt hätte, den Verhandlungen mit peinlichster Aufmerksamkeit zu folgen und alle Vorgänge unter die Kontrolle der Öffentlichkeit zu stellen, eine Pflicht, die ihr durch die zahllosen Absonderlichkeiten des letzten Prozesses geradezu aufgedrängt wurde. Statt dessen begnügte sich die liberale Presse einfach mit dem Abrud der gewöhnlichen Gerichtskorrespondenzen. Ein paar Montagsblätter haben zwar ein paar scharfe kritische Artikel über die auffälligen Erscheinungen des Prozesses gebracht, aber die offizielle Freisinnspresse schwang sich kaum einmal zu ein paar ernsthaften politischen Glossen auf. Man wartet seelenruhig das Ergebnis des Prozesses ab, sagt dann sein Sprüchlein her und legt die Sache dann gleichgültig zu den Alten, bis man durch die Tätigkeit der so auffällig verschleppten parlamentarischen Untersuchungskommission zu einer erneuten Stellungnahme gezwungen wird.

Und während sich gewisse Freisinnblätter durch die Bilanzieren des Hedwig Müller-Prozesses zu allerhand feuilletonistischen Ergüssen inspiriert fühlten, ist ihnen beim Krupp-Prozess aller Spiritus ausgegangen. Ja, wenn es sich um kleine Mädchen und horizontale Beziehungen gehandelt hätte — aber hier drehte es sich ja nur um unterirdische Verbindungen minder interessanter Art, um das Verteilungssystem der allgewaltigen Kanonensfirma, um die geschäftliche, militärische und politische Korruption durch die reichste Industrie- und Kapitalmacht des Deutschen Reiches, und da mag sich unser sonst so betriebamer liberaler Journalismus sein lebhaftes Interesse abzurufen.

Mögen auch die Nachforschungen des Kruppischen Pressebureaus den imperialistischen Rüstungswahnsinn noch so blutig aufklären, mögen auch Krupp und die Hoeresverwaltung noch so bedenklich miteinander versippt sein, mag auch der unheimliche Einfluß der Kohnwaldfirma das Reich in die gefährlichsten äußeren und inneren Krisen zu stürzen drohen — mit der politischen Ausnukung der Krupp-Standalosa läßt sich kein Geschäft machen, weder ein Abonnementgeschäft, noch ein Inseratengeschäft. Viel wichtiger ist es da natürlich, einen Spezialkorrespondenten über den Jubiläumsummel in Leipzig patriotisch-spießbürgerliche

Stannochereien verzapfen zu lassen, damit über die Wogen der Leipziger Abonnementrevolte, die der Abscheu eines ästhetisch degenerierten Zeilenreißerleins gegen — Pflui Deibel — Turnerscheiße und Kägerhunden heraufbeschworen hatte, fänsigendes Gel ausgegossen wird.

Wie es in Moabit zugeht, wissen die Leser des „Vorwärts“, weiß auch die Freisinnspresse. Wenn es ernst wäre mit der Entlarvung und Bekämpfung der Krupp-Korruption, der müßte hier täglich auf dem Posten sein und nicht nur über Aletio Zeter und Morbio schreien. Aber in Moabit sind zwar die Kruppischen Presseagenten reichlich vertreten, auch sammeln elliische Leutchen von der Scharfmacherpresse Personalwitzen und Anekdöthen zu sogenannten Stimmungsbildern, aber die freisinnige Presse glänzt durch Abwesenheit, zum mindesten hat sie bisher noch kaum einen merkwürdigen Beweis ihrer Eifersucht gegeben. Und doch beweisen schon die Glossen, mit denen der „Vorwärts“ täglich den Prozeß begleitete — und die lange nicht alle die Einbrüche und Beobachtungen erschöpften, die sich dem aufmerksamen Zuhörer ausdrängen — wie nützlich und notwendig die Anwesenheit auch liberaler Politiker wäre.

Die auffällige Uninteressiertheit der Freisinnspresse hat freilich ihre triftigen Gründe, nicht nur der schon seit manchem Jahre vollzogene Komarsja unserer Freisinnigen in die Reihen der heuchlerischen Imperialisten erklärt diese Teilnahmslosigkeit, sondern auch die Rücksicht auf das Kapitalistische Geschäft. Das Eberische Särcakostino v. Gottberg enthält erst in der letzten Nummer des von Weibmann-Hollweg protegierten Organs die Beweggründe der Fehler des Krupp-Panamas in ihrer brutalsten Nacktheit. Korruption und Befischung, so predigt dieser Apostel der kapitalistischen Unmoral, sind nun einmal die Seele des Geschäfts. Das wissen mindestens ebensojagt die Liberalen Schülhalter des Börsengeschäfts. Sie hüten sich natürlich aus politischer Klugheit, das offen zuzugeben, aber ihr tolerantes Hinweggleiten über Dinge, die für den großkapitalistischen Geschäftsbetrieb insgesamt ebenso typisch sind, wie für die Firma Krupp im besonderen, ist nicht minder charakteristisch, als die skrupellose Parteinahme des Herrn v. Gottberg. . . .

Wenn es aber auch sehr begreiflich ist, daß es auch dem Freisinn wider die Riexen geht, wenn in die kapitalistischen Pfansen

allgütig hineingelegt wird, so ist es doch um so auffälliger, daß das „Berliner Tageblatt“ sogar in einem ganz eklantanten Eingefälle der Feststellung der Wahrheit im Krupp-Prozess so ängstlich aus dem Wege geht.

Wir haben in unserer Montagsnummer die unerhörte Entstellung des Falles Hoge — besser des Falles Dreger — festgenagelt. Die gesamte bürgerliche Presse Berlins hat sich über die ungemein wichtige Episode, durch die der Krupp-Direktor Dreger auf das schwerste belastet wurde, durch eine Gerichts-Korrespondenz irreführen lassen. Wir stellten diese gräßliche Täuschung der Öffentlichkeit sofort fest und gaben der Erwartung Ausdruck, daß die getäufelte Presse nunmehr insgesamt der Wahrheit die Ehre geben werde.

Was aber tat das „Berliner Tageblatt“? Stellte es nunmehr den Vorgang richtig? Im Gegenteil! Es antwortet mit einer törichtesten Schimpferei auf den „Vorwärts“, der wieder einmal — der polemische Sprachschatz des „Berliner Tageblattes“ dem „Vorwärts“ gegenüber kennt ja eigentlich nur dies eine Wort — in seinen „Redaktionen“ verfallen sei. (Im Vertrauen und ein für allemal: Wir betrachten das als Kompliment, denn durch ein Lob unserer diplomatischen und journalistischen Fähigkeiten durch das Hoffblatt würden wir uns unsterblich plamieren fühlen. Das „Berliner Tageblatt“ bewahre uns also dauernd seine freundliche Gefinnung!)

Wunder erregend ist, daß das „Berliner Tageblatt“, obwohl es eine Feststellung des wahren Sachverhalts ablehnt, auch nicht ein Wort der Begründung für diese Ablehnung findet. Eine solche Motivierung würde ihm auch verteuert schwer gefallen sein. Denn der Bericht des „Vorwärts“ ist korrekt, der des „Berliner Tageblattes“ eine handhafte Verfehlung des wirklichen Sachverhalts in sein Gegenteil. Dabei kommt unser Bericht auch nur von einem allgemeinen Korrespondenzbureau. Die Redaktion hat an diesem — von ihr selbstverständlich völlig unbeflüßten — Bericht auch kein i-Tüpfelchen geändert. Auch mehrere andere in Madrid vertretene Korrespondenzbureaus haben den Vorgang, wenn auch kürzer, so doch ganz in gleicher Sinne dargestellt, wie die vom „Vorwärts“ benutzte Korrespondenz. Der Bericht des offiziellen Wolffschen Bureaus beispielsweise bestätigt durch unsere Darstellung. Ein Vergleich hätte das auch dem „Berliner Tageblatt“ beweisen können. Und eine Nachfrage bei Herrn v. Dreger und Herrn v. Mehen, bei Staatsanwalt, Gericht und Verteidigern würde kein anderes Resultat gehabt haben!

Trotz alledem unterschlägt das „Berliner Tageblatt“ seinen Lesern den wahren, so außerordentlich wichtigen Sachverhalt. Und das Hoffblatt sucht seine fortgesetzte Irreführung der Öffentlichkeit dadurch zu verschleiern, daß es den Anschein erweckt, als ob der „Vorwärts“ im Zusammenhang mit dem „Berliner Tageblatt“ von einem Panama der Presse gesprochen habe. Das ist aber gleichfalls eine artige Fälschung. Hatte doch der „Vorwärts“ ganz im Gegenteil erklärt, daß er von der Loyalität des „Berliner Tageblattes“ selbstverständlich eine sofortige Richtigstellung erwartete.

Nach der heutigen Leistung des „Berliner Tageblattes“ nehmen wir diesen Optimismus reumütig zurück. Hat es sich doch selbst den Panamisten zugesellt!

Verherrlichung des Korruptionssystems.

Herr v. Gottberg, das Sprachrohr des neuerdings erst recht als regierungsoffiziös anzusehenden Scherl-Wattes schreibt:

„Aber wie lange soll die latilinarische Arbeit im Gerichtssaal noch weitergehen? Noch niemals wurden preußische Richter verdammt, der deutschen Wirtschaft solche Wunden zu schlagen. Ein bekannter Historiker schreibt uns u. a.: „Wohl in keinem Kulturlande wäre ein so unsinniger Prozeß möglich. Es handelt sich tatsächlich um Lappalien, die bereits mehr als bestraft sind, und welsch ein Aufhebens wird davon gemacht!“ Und in der Tat: Nicht nur aus den Ländern unserer erklärten Gegner, sondern auch aus denen der Neutralen, aus der Schweiz, aus Belgien und vom Balkan kommen Nachrichten, wie unsere Wettbewerber von den unheilvollsten und übersüßigsten aller Prozeße profitieren. Es sieht so aus, als wolle der Staat die deutsche Geschäftswelt noch kleinziehen, ehe sie die Milliarde aufgebracht hat.“

Seit zehn Tagen läuft ein preußisches Gericht Tringelbären in monatlicher Höhe von 250 Mark nach. Der Reifall der Sozialdemokratie ist konstatiert. Im Licht der vorausgehenden Heberreibungen betrachtet, ist aus dem Panama eine Ehrenrettung der verkleumderten Firma und unserer Industrie geworden. An die Verwaltung von Veer und Flotte ist nicht zu tippen. Also: Quo usque tandem Catilina? Es weiß doch jeder Berliner Lehrling, daß allabendlich größere Brandstiftungen in den Weinbuden jeder Mittelstadt im In- und Auslande sitzen. Er weiß auch, daß in großen Geschäftsbetrieben 250 Mark monatlich nicht nur für Biergeld, sondern gar für liebliche Handhabung von Fleischn und Stahlfedern verschleudert werden können. Von solchen Bagatellen — und hier handelt es sich nach Aburteilung der Militärpersonen um die elendeste Bagatellfische, von der je Hunderttausende hören — ahnen die Direktoren nichts. Die Führer der Industrie verfahren gemeinhin nicht minder als Staaten. Auch die unterhalten im Ausland Agenten und bezahlen sie für Informationen, aber der hohe Beamte, der die Berichte liest, will weder vom Geschäfterten noch vom Schmiergeld wissen.“

Ob die Firma Krupp diesem Verteidiger ihres Schmiergeldsystems nicht künftig doch lieber Schweigegelder offerieren wird?!

Zu den badischen Wahlen.

Wer gedacht hätte, daß der ungünstige Ausgang der badischen Landtagswahl unsere Freunde zur Nachprüfung ihrer bisherigen Taktik veranlassen würde, wird ziemlich enttäuscht die Stimmen unserer badischen Parteipresse verfolgen. Es ist gewiß richtig, daß unsere Genossen diesmal unter besonders schwierigen Umständen gekämpft, daß die Agitation des Zentrums besonders skrupellos gewesen, die zündende Wahlparole gefehlt habe. Aber schon bei diesem Umstand muß nach dem Warum gefragt werden. Freilich, Genosse Kals ist um die Antwort nicht verlegen. Im Karlsruher „Volkstfreund“ heißt es:

„Bedinglich der Wadertaktik und dem Umstand, daß man auf der Linken nicht den Mut und die Entschlossenheit fand, sie durch den Großblock im ersten Wahlgang zu durchkreuzen, verdankt unsere Partei den Verlust von so vielen Mandaten. Wäre der Großblock für den ersten Wahlgang zustande gekommen, so hätte unsere Partei allerhöchstenfalls zwei Mandate eingebüßt, das Freiburger und das des 39. Bezirks Etlingen-Rastatt. Alle übrigen Mandate wären für uns

sicher gestellt gewesen. Die Wähler der Linksparteien hätten der Parole mit vereinten Kräften gegen die Reaktion“ zweifellos Folge gegeben. Die Linke hätte dann erstens eine Wahlparole gehabt und zweitens wäre Stimmung in den Wahlkampf gekommen, die diesmal gefehlt hat. Wader wäre aus der Offensive in die Defensive gedrängt worden, die Fälle von Mastalt und Lahe wären unmöglich gewesen. Ob Wader und seine konservativen Trabanten die Erfolge hätten erzielen können, die sie am 21. Oktober erzielt haben, ist mehr als fraglich... Wäden diejenigen, die das Zustandekommen des Großblocks im ersten Wahlgang verhindert haben, zusehen, wie sie die Folgen ihres Verhaltens mit ihrem politischen Gewissen vereinbaren können. Der Einwand, als ob die Wähler diese der Waderaktik gegenüber einzig erfolgreiche Taktik nicht verstanden und deshalb nicht befolgt hätten, ist durch die geradezu verblüffend glänzende Disziplin, die jetzt beim Stichwahlkampf gezeigt haben, glatt widerlegt.“

Wäre das richtig, so hieße das nichts anderes, als daß die Sozialdemokratie darauf verzichten müßte, als selbständige Partei durch ihr eigenes Programm die Massen zu gewinnen und zu begeistern. Nur in Reich und Glied mit Fortschrittler und Nationalliberalen dürfen wir uns als Anführer in die Wahlschlacht traumen, nur als Bundesgenossen der Liberalen in ihrem Kampf gegen das Zentrum sind für uns Aussichten vorhanden, die „Wähler“ auf die Beine zu bringen. Daß dies das Gegenteil von proletarischer Klassenpolitik ist, ist wohl einleuchtend. Aber welche politische Unbelehrbarkeit gehört dazu, eine solche Taktik in dem Moment zu vertreten, in dem sie ihre schwerste Niederlage erlitten hat!

Denn diese Niederlage läßt sich nicht wegrechnen. Es stimmt natürlich, wenn gesagt wird, daß wir 1913 noch immer um etwa 24000 Wähler mehr haben als 1905. Aber es ist ein eigenwilliger Trost, daß wir von den 36000 Wählern, die wir 1909 gewonnen hatten, „nur“ über 11000 verloren haben. Wir meinen, der Verlust ist wirklich gerade groß genug und glücklicherweise auch ungewöhnlich genug, um nach seinen Ursachen zu forschen. Daß es in der Stichwahl gerade mit knapper Not gelungen ist, die reine Zentrumsmajorität zu verhindern und die Entscheidung den drei Nationalliberalen von Zentrum und Gnaden in die Hand zu spielen, kann für Sozialdemokraten um so weniger Grund zur Zufriedenheit sein, als wir die einzige Partei sind, die eine so starke Flucht ihrer Wähler erleben mußte. Wären die badischen Arbeiter von dem Zusammengehen mit den Liberalen (die wohl auch in Baden die Vertreter kapitalistischer Interessen, also Klassengegner sind) gar so entzückt, warum sind sie denn in helleu Däufen uns ferngeblieben? Ist denn die Vermutung wirklich so unberechtigt, daß eben unsere Werbestraft namentlich in Zentrumsgeländen abnimmt, wenn wir statt als reine und unabhängige Arbeiterpartei als Bundesgenossen der Liberalen den indifferenten Massen erscheinen? Und wird unsere Stoßkraft gegen die Liberalen nicht völlig abgestumpft, wenn wir in dem Zusammengehen mit ihnen die einzige Möglichkeit unseres politischen Kampfes erblicken? In Vorahnung kolbischer Gedankengänge schrieb die „Frankf. Volksstimme“ über das Stichwahlergebnis:

„Ob unsere badischen Genossen bei selbständigem Vorgehen nicht mindestens auch 13 Mandate von 20 hätten behaupten können? Die Frage stellen, heißt sie beantworten. Eingewendet werden kann freilich, daß unsere badischen Genossen auch so im ersten Wahlgang absolut frei und selbständig gekämpft und doch keine besseren Resultate erzielt hätten. Auch wir können eine Bevölkerung, die noch so unklar in ihrem politischen Urteil sei, nicht ummodellieren. Dem ist aber zu erwidern, daß die Sozialdemokratie in Baden im ersten Wahlgang wohl formell frei, tatsächlich jedoch auch schon gebunden an den Großblock und mit zweifelhafter Medizinnahme auf ihn gekämpft hat. Und diese Gebundenheit lähmte die Stoßkraft unserer Wahlbewegung. Unsere badischen Genossen konnten namentlich mit den treulosen Nationalliberalen im ersten Wahlgang nicht so umspringen, wie sie wahrscheinlich sonst gern umgesprungen wären. Und es ist sehr fraglich, ob die Sozialdemokratie mit einer Partei, die solche Marodeure in ihren Reihen hat, wie die Rastatter, Heidelberg und Zabrer, überhaupt noch Abmachungen treffen kann. Solche Liberalen“ — wir kennen sie ja in Norddeutschland allerdings länger, als unsere süddeutschen Genossen! — sind gefährlicher, als offene Reaktionäre, und doppelt gefährlich, wenn sie gar eine gemeinsame Schlagtruppe in Unordnung bringen. Mit solchen bürgerlichen Verrätern hätte von unseren badischen Freunden sicher in der ersten Wahlschlacht ganz anders abgerechnet werden können, wenn nicht der Großblock für den zweiten Wahlgang zu halten gewesen wäre. Ohne diese lästige Fessel hätte unser Vorstoß ein ganz anderes Gesicht und ganz andere Kraft bekommen können. Er hätte nicht bloß die Arbeiter viel sicherer mitgerissen, er hätte auch auf die liberalen Kreise eingewirkt und sie zu größerer Entschiedenheit gezwungen. Kurz, es wäre ein fröhlicher und wahrscheinlich mindestens so erfolgreicher Kampf gewesen.“

Doch dreht es sich jetzt nicht mehr um dasjenige, was in Baden hätte sein können. Es handelt sich um die Zukunft, und da sind wir sicher, daß unsere badischen Freunde ohne Belästigung von außen die richtigen Schlussfolgerungen aus den trübten Erfahrungen von 1913 selbst ziehen werden. Sie dürften es genau so halten, wie unsere französischen Genossen, für die der letzte Tage Marcel Cachin in unserem Pariser Parteiblatt schrieb: „Wir haben und wollen keinen Block mit den bürgerlichen Radikalen. Um das Ministerium der dreijährigen Dienstzeit schlagen zu helfen, dazu wird keine sozialistische Stimme fehlen. Und in erster Reihe werden unsere Abgeordneten dabei sein, wenn die gesamte Linke den Schaden zu reparieren sucht, den die Regierung dem internationalen Frieden und den öffentlichen Finanzen zugefügt hat. Dann aber hört jede Gemeinschaft auf... Wenn wir auch nur zeitweilig mit den bürgerlichen Radikalen eine Kampfbund- und Arbeitsgemeinschaft abschließen wollen, so müßten wir alles aufgeben, was unser Parteisein bedingt, und unsere Organisationen haben dazu weniger als jemals Lust.“ So wird es sicher auch in Baden kommen.“

Auch wir meinen, daß die Entwicklung sowohl in als außerhalb Badens dazu führen wird, mit der Großblockpolitik ein Ende zu machen. Denn eine Taktik, deren praktische Resultate uns so gerächt worden sind, ist in dem Moment unhaltbar geworden, wo sich das Abgehen von der klaren prinzipiellen Haltung des Klassenkampfes nun auch in der Praxis so schwer gerächt hat.

Politische Ueberblick.

Die Königsmache in Bayern.

In der gestrigen Sitzung der Kammer der Reichsräte wurde der Gesetzentwurf betreffend die Regenschicht nach einem Referat des Grafen v. Trauttsheim, an dessen Schluß dieser dem Wünsche Ausdruck gab, daß der Gesetzentwurf möglichst einmütig die Zustimmung des hohen Hauses finden möge, ohne Diskussion einstimmig angenommen.

Da die Kammer der Abgeordneten den Gesetzentwurf bereits am 30. Oktober angenommen hat, steht also der Königsmache nichts mehr im Wege; nur muß vorher festgestellt werden, daß der jetzige König Otto von Gottes Gnaden unheilbar geisteskrank ist und daraufhin vom Landtag seine Absetzung ausgesprochen werden. Zu diesem Zweck haben sich bereits gestern abend die beiden Referenten des Staats des königlichen Hauses und Hofes, die Abgeordneten Dr. Casselmann von den Liberalen und Siegel vom

Zentrum, nach Schloß Fürstentried begeben, um sich durch den Augenschein von dem Befinden des Königs Otto zu überzeugen. Morgen Mittwoch werden zu dem gleichen Zwecke die Präsidenten der beiden Kammern, Graf Jäger-Blott und Dr. von Orterer nach Fürstentried fahren. Am Freitagvormittag wird dann die Kammer der Abgeordneten den Zustimmungssatz zu vollziehen haben und zuvor in geheimer Sitzung darüber beraten und beschließen, ob die Gründe zur Abdankung der Regenschicht und zur Eröffnung der Thronfolge ausreichend sind. Der Zustimmungssatz in der Ersten Kammer ist für Freitag in Aussicht genommen.

Zum erstenmal!

Für die deutsche Sozialdemokratie nast ein denkwürdiger Tag, denn in kurzem wird die Stunde kommen, in der deutsche Sozialdemokraten zum erstenmal bei der Absetzung eines Monarchen, eines leidhaftigen Königs von Gottes Gnaden mitzureden haben.

Nachdem der bayerische Landtag dem Gesetzentwurf, der die Abdankung der Regenschicht erst möglich macht, zugestimmt hat, bedarf es noch einer besonderen Aktion: der Absetzung des Königs Otto von Gottes Gnaden. Dabei ist aber die Mitwirkung des Landtags insofern erforderlich, als er den Gründen, aus denen die dauernde Regierungsfähigkeit des Monarchen sich ergibt, zustimmen oder sie für nicht haltbar erklären kann. Auf diese Weise werden die bayerischen Sozialdemokraten bei der Absetzung des fünften bayerischen Königs mitwirken. Daß so etwas jetzt in Bayern zum erstenmal geschieht, ist ein etwas grausamer Witz der Weltgeschichte, denn es wird immer versichert, in Bayern seien Dynastie und Volk am engsten verbunden.

Vivat sequens!

Das gastfreundliche Preußen.

Aus Flensburg kommt eine Nachricht, die wieder mal die preußische Dänenpolitik im schönsten Lichte zeigt und das höhnische Lachen der ganzen gebildeten Welt herausfordert. Der Entdecker des Südpols, der Norweger Roald Amundsen, wollte am 15. und 16. November in Flensburg zwei Vorträge über seine Expedition nach dem Südpol halten, den ersten in deutscher, den zweiten in norwegischer Sprache, die bekanntlich dem Dänischen sehr ähnlich ist. Zunächst hatte die Flensburger Polizeibehörde nichts gegen den Vortrag in norwegischer Sprache einzumenden, dann wurde er plötzlich verboten. Darauf wandte sich der Impresario Amundsens, der Konzertdirektor Sachs in Berlin, an das preußische Ministerium des Innern und ersuchte um Aufhebung des Verbots, da der Vortrag rein wissenschaftlicher Art sei. Herr Sachs erhielt als Antwort aus Schleswig vom dortigen Regierungspräsidenten folgendes Telegramm:

Schleswig, 3. November.

Auf telegraphischen, an mich zur Verfügung gegebenen Antrag erfolgte hierdurch Bescheid, daß Vortrag Amundsens in norwegischer Sprache in Flensburg nicht gestattet werden kann.

Regierungspräsident.

Das Verbot ist geradezu unbegreiflich; selbst die billige Ausrede, Amundsen habe mit seinem Vortrag in norwegischer Sprache den Zweck einer politisch-dänischen Demonstration verfolgt, kann niemand, der auf Vernunft Anspruch macht, ernst nehmen; denn erstens ist Amundsen kein Däne, sondern Norweger, zweitens hat sein Vortrag mit Politik nichts zu schaffen, und drittens liegt Flensburg bekanntlich im Süden des Schleswiger Landes, wo das Dänentum nur geringen Einfluß hat. Dagegen ist sicher, daß dieses Verbot nicht nur in Dänemark, sondern auch in Norwegen als eine Brüstlerung empfunden und die antideutsche Bewegung ungemein fördern wird.

Daß trotz dieser Folgen das Verbot von der reaktionären Presse verteidigt wird, ist natürlich selbstverständlich. So schreibt die „Post“:

„Wir halten das hier ergangene Verbot für durchaus berechtigt. Da Roald Amundsen die deutsche Sprache vollkommen beherrscht, liegt kein zureichender Grund vor, aus welchem er nicht auch den zweiten seiner Vorträge in deutscher Sprache halten könnte, zumal auch die Flensburger Dänen ganz überwiegend des Deutschen soweit mächtig sein dürften, daß sie seinem Vortrage zu folgen vermögen. Das Vorhaben Amundsens gewinnt nur dann einen Sinn, wenn man ihm einen ausgesprochen demonstrativen Charakter beilegt und annimmt, daß der Forscher, als er sich auf die norwegische Sprache verließ, nur dem dänischen Treuebewusstsein Zugeständnisse machen wollte. Um so mehr muß man das Verhalten des Regierungspräsidenten billigen.“

Kapitalistenterror.

Die städtischen Kollegien von Weine (Provinz Hannover) hatten kürzlich einen Antrag zur Gewerbesteuerordnung beschlossen, wonach die Gewerbebetriebe mit über 200 beschäftigten Arbeitern zu den Krankenhäusern mit herangezogen werden sollten. Als einziger Betrieb kommt dabei das Peiner Walzwerk in Betracht. Das Walzwerk hatte bisher schon vertraglich Beiträge zum Krankenhaus geleistet, aber es sollte durch den beschlossenen Antrag zur Gewerbesteuerordnung die Krankenhausleistung des Betriebes auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden. Schon in der beschlußfassenden Sitzung der städtischen Kollegien drohte der dem Kollegium angehörende Vertreter des Walzwerkes mit „schwerwiegenden Folgen“, die eine Annahme des Antrages nach sich ziehen würde. Jetzt hat das Werk tatsächlich diese Drohung ausgeführt, wie folgende Mitteilungen der „Peiner Zeitung“ besagen:

„Walzwerk und Stadtverwaltung. Die ausgebrochenen Differenzen zwischen der Verwaltung des Peiner Walzwerkes und dem Magistrat haben der Direktion des Peiner Walzwerkes Anlaß zu einer veränderten Stellungnahme gegenüber ihren bisherigen Peiner Lieferanten gegeben. Während bisher die Peiner Geschäftswelt in erster Linie bei der Vergabe von Arbeiten berücksichtigt wurde, soll fortan nur allein das Interesse des Werkes maßgebend sein und außerdem die bisherigen Lieferanten nur in einzelnen Fällen herangezogen werden. Es gilt diese Maßnahme für alle Geschäfte ohne Ausnahme, und wenn der einzelne Lieferant nicht zugleich die Folgen merkt, so wird er sie bei neuen Verhandlungen und Abschüssen merken. Wir können mitteilen, daß einige der bisherigen Lieferanten bereits von der Maßregel betroffen sind.“

Die Walzwerkleitung, die den schärfsten Terror gegen diejenigen ihrer Arbeiter übt, die sich ihrer Organisation anschließen oder sich sonstwie im Interesse der Arbeiter betätigen, verlangt also von einer Stadtverwaltung, daß sie sich ihren Wünschen fügt. Erfreulicherweise verhorrt aber die Stadtverwaltung bei ihrem Beschluß, wie die Erklärungen des Bürgermeisters in der Sitzung der städtischen Kollegien am Sonnabend zeigten. Die Stadtfiskus ist schuldig, auf gesetzliche Basis das Walzwerk zu den Lasten heranzuziehen. Da nicht anzunehmen sei, daß der Direktion die öffentliche Meinung gleichgültig sei, glaube er nicht, daß das Walzwerk sich soweit verweisen könne, die Existenz von Peiner Bürgern zu bedrohen. Ein solches Mittel sei vollständig untauglich. Der Bürgermeister

wachie dann noch weitere interessante Mitteilungen über eine Klage des Walzwerks beim Bezirksauschuss, von den verträglich zu leistenden Schullasten 20000 Mk. in Abzug zu bringen. Dem Versuch, diesen Abzug zu bewirken, bezeugte der Bürgermeister als m. i. l. l. i. c. h.

Man kann es hiernach begreifen, daß die Stadt sich hinsichtlich der Krankenhausbeträge des Werkes vor ähnlichen Erfahrungen schützen wollte. Eine besondere Note erhält das Vorgehen der Walzwerkleitung übrigens dadurch, daß der Mitbürgermeister und Syndikus des Werkes, Rechtsanwalt Meyer, Reichstagsabgeordneter für den 14. hannoverschen Reichstagswahlkreis (Gelle-Beine) ist und im Reichstoge seinerzeit zu jenen nationalliberalen Abgeordneten zählte, die den konservativen Antrag auf besseren Schutz der Arbeitswilligen unterstützten. Die Vorklatschdrohung gegen die Feiner Geschäftsleute entspricht also vollständig der scharfsinnigen Besinnung der Walzwerkleitung.

Der Kampf gegen die drohende Kommunalwahlrechtsverschlechterung in Schleswig-Holstein.

Die Nachricht, daß die preussische Regierung beabsichtigt, dem Landtage in der kommenden Tagung einen Gesetzentwurf über die Abänderung des Schleswig-Holsteinischen Kommunalwahlrechts vorzulegen, um das weitere Anwachsen der Sozialdemokratie in den Gemeindeverwaltungen zurückzuführen, wird den Wahlrechtskämpfern in Schleswig-Holstein von neuem entfachen. War er bisher mehr lokaler Natur, so wird er jetzt auf breiterer Grundlage erfolgen, ist es durch die preussische Regierung, die die Wahlrechtsverschlechterung für Schleswig-Holstein will. Die „Schleswig-Holsteinische Volkstimme“ kündigt bereits den Kampf an. Sie veröffentlicht in ihrer Dienstagsnummer zur Ausgabe gelangten Nummer einen Artikel, in dem die Kommunalwähler und besonders die Parteigenossen ganz Schleswig-Holsteins zum Kampfe gegen die preussische Reaktion aufgerufen werden. In dem Aufruf heißt es: Laßt den Bedruck durch die Städte gehen und schlagt Alarm, so daß der noch im Verborgenen schlummernde Feind den Rückzug antreten muß. Die Genossen werden aufgefordert, den Kampf zu organisieren, die Organisationen in Bewegung zu setzen, Flugblätter zu verbreiten, Versammlungen und Kundgebungen abzuhalten, in den Rathäusern zu interpellieren und zu protestieren, um das Klientel gegen das Wahlrecht abzuschlagen.

Kapitalistische Verschwendung.

In einer Eingabe an die Reichstagskommission für das Leuchtölgesetz befragt der Königsberger Vorsteheramt der Kaufmannschaft eine Entschädigung für die Königsberger Handelskompanie, falls es zur Einführung des Leuchtöl-Großhandelsmonopols kommen sollte. Das Vorsteheramt spricht von einer „Forderung der Gerechtigkeit und Billigkeit“, muß aber zugeben, daß sich die Hälfte der Aktien in den Händen der deutsch-amerikanischen Petroleumgesellschaft — einer Tochtergesellschaft der Standard Oil Company — befinden. Ein großer Teil der Entschädigung würde also in die Taschen amerikanischer Kapitalisten fließen. Doch auch sonst ist es unerhört, für diese Großhändler eine Entschädigung zu verlangen. Ihre Aktien sind nicht auf den Markt gebracht worden, sondern in gewissen Familien geblieben, und seit dem Jahre 1872 haben die Aktionäre ihr eingezahltes Kapital in Form von Dividenden bereits neunmal wieder bekommen. Es sind bis zu 41 Proz. Dividende gezahlt worden. Seit 1900 war die niedrigste Dividende 13 Proz. Die Aktionäre haben 1 150 000 Mk. eingezahlt, verlangen aber als Entschädigung die Kleinigkeit von 4 779 500 Mk. Die Abschaffung des Monopols dagegen wollen sie gnädigst der Monopolverwaltung überlassen. Und das nennt das Vorsteheramt der Kaufmannschaft eine „Forderung der Gerechtigkeit und Billigkeit“.

Konservative Rüpelerei.

Dienstag vormittag 10 Uhr wurde in der üblichen Weise der oldenburgische Landtag eröffnet. Als die Sozialdemokraten beim Hoch auf den Großherzog sitzen blieben, provozierte der konservative Abg. Müller-Korbhorn eine Geschäftsordnungsdebatte, in der er sie in der berlegendsten Art und Weise angegriff. Er tobte über das Verhalten unserer Fraktion, schrie nach dem starken Mann, machte den Ministerpräsidenten scharf und gebärdete sich, als ob er die Sozialdemokratie samt und sonders vernichten wollte. Unsere Genossen gaben dem reaktionären Heißsporn die entsprechende Antwort und wiesen seine Anrempelungen entschieden zurück. Der konservative Staatsreiter forderte darauf den Minister auf, den Landtag aufzulösen, um die Sozialdemokraten aus dem Landtag fernzuhalten. Er provozierte noch einmal in der unverfrorensten Weise die sozialdemokratische Landtagsfraktion und rief schließlich dem Minister zu: „Landgraf, werde hart!“ Der angereizte Minister ließ sich jedoch von dem Sozialistenreiter nicht treiben, sondern sagte ihm, was er eigentlich selber hätte wissen müssen, daß die Sozialdemokraten zu höflichen Diensten vom Landtage nicht gezwungen werden könnten. Er eruchte den Landtag, die Debatte abzubrechen. Nach dieser Belehrung fiel die auf bedenkliche Höhe gestiegene Temperatur im Müllerischen Patriotenherz wieder in den Normalzustand zurück.

Eine Anklage wegen Verächtlichmachung des Militarismus.

Auf Veranlassung der Elberfelder Staatsanwaltschaft hatte bekanntlich vor einigen Wochen die Polizei im ganzen Deutschen Reich eine Jagd auf die im Verlage des Kiedersheimer Verlagsunternehmens in Elberfeld erscheinende Broschüre „Wer will unter die Soldaten?“ von Peter Winnen veranstaltet. Die Deute ist im ganzen sehr gering gewesen, denn es konnten nur einzelne Exemplare in den verschiedensten Parteibüchereien beschlagnahmt werden. Die Mehrzahl der nach vielen Tausenden zählenden Auflagen ist schon unter die Leute gekommen. Jetzt hat der Staatsanwalt gegen die Genossen Winnen-Düsselhoff als Verfasser und Wilhelm Illenbaum-Elberfeld als Verleger das Strafverfahren eingeleitet. Die beiden Länder sollen durch diese Broschüre „den Militärdienst beziehungsweise den Militarismus verächtlich gemacht“ haben.

Die Anklage stützt sich auf den § 181 des Strafgesetzbuchs. Verurteilungen haben bereits stattgefunden. Man darf mit Recht darauf gespannt sein, wie die Staatsanwaltschaft aus dieser leidenschaftlichen, die jungen Leute nur orientierenden Broschüre die Voraussetzung für einen Aufreizungsprozeß schaffen will.

Polizeidirektor Bettinger bleibt Stuttgart erhalten.

Wie wir in der letzten Sonntagsnummer berichteten, hat das Stuttgarter Stadtparlament zwar die von der sozialdemokratischen Rathausfraktion beantragte gegen den Polizeidirektor Dr. Bettinger gerichtete Mißbilligungserklärung abgelehnt, trotzdem aber Herr Bettinger sein Entlassungsgesuch aufrecht erhalten. Jetzt hat ihm die Mehrheit der zuständigen Kommission des Gemeinderats den Gesallen erwiesen, das Gesuch abzulehnen. Die Sozialdemokraten stimmten für die Annahme des Gesuchs. Der Dienstvertrag des Direktors lautet noch auf etwa anderthalb Jahre. Nach Ablauf dieser Frist sieht es im Belieben des Herrn, wieder in den bayerischen Staatsdienst zurückzukehren, von dem er sich beurlauben ließ, um die Stuttgarter Polizei zu reformieren.

Zusammentritt der französischen Kammer.

Eine Niederlage der Regierung.

Paris, 4. November. (P. C.) Nachmittags um 2 Uhr fand die Eröffnung der Kammer statt. Das Ministerium war vollständig vertreten; das Präsidium führte Kammerpräsident Deschanel. Der Kammer wurde zunächst das Budgetprojekt für 1914 vorgelegt. Die Regierung beabsichtigt zur Deckung der außerordentlichen Ausgaben, die durch die nationale Verteidigung entstanden sind, zwei Anleihen aufzunehmen und zwar eine Anleihe in Höhe von einer Milliarde Francs für militärische Ausgaben und eine weitere Anleihe von 400 Millionen Francs für die militärischen Operationen in Marokko. Außerdem sollen 25 Millionen Francs durch neu einzuführende, teils direkte, teils indirekte Steuern gedeckt werden. Gleich der Beginn der Debatte brachte die Regierung eine Niederlage. Ministerpräsident Barthou eruchte die Kammer, zuerst die Abänderung des Gesetzes über die Laienschulen zu debattieren. Der Vorschlag stieß auf heftigen Widerstand, da ein Teil der Kammer zunächst die Wahlreform in Angriff nehmen wollte. Bei der Abstimmung wurde mit 296 gegen 273 Stimmen beschlossen, entgegen dem Wunsche des Ministeriums zunächst die Wahlreform und dann die Schulreform zu debattieren.

Oesterreich-Ungarn.

Sturmjahren im ungarischen Parlament.

Budapest, 4. November. Abgeordnetenhaus. In der heutigen Sitzung verlas Graf Apponyi eine Erklärung sämtlicher Fraktionen der Opposition. Darin wird gesagt, daß die Opposition in diesem Parlament, in dem eine mit militärischer Gewalt ausgerüstete Parlamentswache die Redefreiheit verletzt, an den Verhandlungen zwar grundsätzlich nicht teilnehmen könne. Mit Rücksicht darauf jedoch, daß hier ein förmlicher Feldzug gegen sämtliche Verfassungsgarantien eröffnet werde und die auf der Tagesordnung stehende Vorlage über eine Reform des Schwurgerichts, welche die Geschworeneneinrichtung in verfallener Form aufhebe, eine hervorragende Verfassungsgarantie vernichten wolle, so wolle die Opposition unter Wahrung ihres grundsätzlichen Standpunktes ihre Stimme bei der Beratung dieser Vorlage erheben.

Der Präsident erklärte, daß der Protest gegen die durch die Hausordnung eingeführte Parliamentswache keinerlei Bedeutung und keinerlei Wirksamkeit besitze. Hierauf hielt der Oppositionelle Benedek eine Rede. Gegen Schluß der Sitzung erhob sich großer Tumult, weil bei Festschließung der Tagesordnung der oppositionelle Abgeordnete Lohasz die Beschuldigung der Angelegenheit zur Sprache brachte, trotz wiederholter Mahnungen des Präsidenten auf dieser Abschweifung vom Gegenstande nicht verzichtete und sich in Schmäzungen gegen die Mehrheit erging. Nach wiederholten Mahnungen des Präsidenten wurde die Sitzung aufgehoben. Die Parlamentswache erschien im Saal, um die hauptsächlichsten Redner, die Abgeordneten Lohasz, Abraham und Johann Just, zu entfernen. Jedoch verließen sämtliche Mitglieder der Opposition den Beratungssaal. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Italien.

Das Wahlergebnis.

Rom, 3. November. Nach dem endgültigen Ergebnis wurden bei den 101 Stichwahlen zur Kammer 52 Ministerielle, 17 Radikale, 5 Republikaner, 2 reformistische Sozialisten, 19 Sozialdemokraten und 6 Katholiken gewählt.

Belgien.

Krupp.

Brüssel, 4. November. Auf Anfrage des liberalen Abgeordneten Flechet, ob der Kriegsminister keine Veranlassung nehmen wolle, eine Untersuchung einzuleiten, weil im Krupp-Prozeß der Zeuge v. Mehen erklärt habe, er habe als belgischer Vertreter Krupps bedeutende Summen ausgegeben, antwortete der Kriegsminister, es liege für ihn keine Veranlassung dazu vor.

England.

Gegen Homerule Steuererweiterung!

Belfast, 4. November. In einer Versammlung von über 6000 Geschäftsleuten, die ein Kapital von fast 100 Millionen Pfund Sterling vertraten, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Zahlung familiärer Steuern verweigert wird, sobald irgendein Versuch zur Anwendung der Homerulebill gemacht werde, und in der die Sympathie mit der Organisation von Freiwilligen für Ulster ausgedrückt wird.

Rußland.

Ein neues Bluturteil.

Die Gerichtskammer in Minsk fällt in diesen Tagen ein Urteil in dem Prozeß der Soboiwsker Organisation des jüdischen Arbeiterbundes. Eine Anzahl Personen waren angeklagt, nach dem Ausbruch an der Leina im April vorigen Jahres Flugblätter und illegale Literatur unter die Arbeiter verbreitet zu haben. Vor Gericht erwies es sich, daß der Prozeß von dem Privatlehrer Rudowski, der als Lockspiegel der Genarmierpolizei in der Organisation tätig war, inszeniert worden ist. Trotzdem kam das Gericht zu einem Schuldspruch und verurteilte den Angeklagten Wainer zu zwei Jahren acht Monaten und den Lockspiegel Rudowski zu vier Jahren Zuchthaus. Das letzte Urteil ist natürlich nicht ernst zu nehmen. Wird der Lockspiegel nicht insgeheim in Freiheit gesetzt, so braucht er nur an den Regierenden Senat in Petersburg zu appellieren, der neulich in dem Prozeß gegen die Agentin Schornikowa, die den Hochverratsprozeß gegen die sozialdemokratische Fraktion der zweiten Duma inszeniert hat, den Grundsatz aufstellte, daß die Lockspiegel der „Okrana“ straffrei ausgehen müssen.

Mexiko.

Die Vereinigten Staaten als Ordnungswächter.

Washington, 4. November. Wie amtlich mitgeteilt wird, ist die Regierung benachrichtigt worden, daß beinahe alle in Mexiko diplomatisch vertretenen Mächte geneigt sind, den Vereinigten Staaten die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Regierung in Mexiko zu überlassen.

Die Nachricht von der Ueberreichung eines Ultimatum an Guertia wird vom Staatssekretär Bryan demontiert.

Soziales.

Zu Tode geprügelt!

Wieder einmal hat ein Landarbeiter unter den Händen eines Agrariers sein Leben lassen müssen. Eine Witwe mit fünf noch unversorgten Kindern

sind dadurch ihres Ernährers beraubt worden. Und doch läuft der Totschläger noch frei umher, weil er aus „Notwehr“ gehandelt haben will.

Der verheiratete Pferdewechter Grallert war bei dem Gutsbesitzer Eisner auf dem Vorwerk bei Hahnau in Schlesien in Stellung. Beide Parteien kamen dahin überein, daß Grallert am verfloffenen Freitag ausziehen sollte. Grallert hatte eine Wohnung in Hahnau gemietet und zum Transport der Sachen eine Fuhrer bestellt. Am Vormittag erklärte der Gutsbesitzer, falls bis 12 Uhr mittags die Wohnung nicht geräumt sei, werde er die ganzen Sachen zum Fenster hinauswerfen lassen. Der Wagen traf nicht rechtzeitig ein. Wiederholt sah Grallert danach, ob er noch eintreffe. So auch um 1 1/2 Uhr. Vergeblich. Grallert machte sich deshalb wieder auf den Weg zu seiner Wohnung. Am Scheunentor traf er den Gutsbesitzer. Grallert sagte: es ist schon 12 Uhr durch, Sie können ja nun anfangen, die Sachen aus dem Fenster zu werfen. Darauf erwiderte ihm der Gutsbesitzer: er passe zu seiner Frau. Diese Worte wurden von Grallert, der schwärzhäutig ist, nicht verstanden. Er ging deshalb mit den Händen in den Hosentaschen auf diesen zu und fragte: Was er meine. Darauf schlug der Gutsbesitzer ohne jede Veranlassung mit seinem schweren eisernen beschlagenen Stod Grallert so wuchtig über die Stirn, daß dieser an das Scheunentor anstieß. Er raffte sich jedoch wieder auf und erreichte seine Wohnung. Dort verstarb er abends 6 1/2 Uhr, ohne die Befinnung wieder erlangt zu haben. Der schlagfertige Gutsbesitzer will in Notwehr gehandelt haben. Demgegenüber betonen aber alle Zeugen dieses Vorfalles, daß keinerlei Grund vorgelegen habe, so gegen den Erschlagenen vorzugehen, zumal dieser, als er den tödlichen Schlag erhielt, beide Hände in den Hosentaschen hatte. Der Erschlagene, der Mitglied des Landarbeiterverbandes war, wird von allen seinen Kollegen und Bekannten als ein ruhiger, mächterner Mann geschildert, der für seine starke Familie nach besten Kräften sorgte.

Sind Arbeiter und insbesondere Landarbeiter vogelfrei?

Das gefährliche Alter.

Für den Arbeiter gibt es ein gefährliches Alter, ein sehr gefährliches Alter. Es ist das Alter, in welchem er noch der Ansicht der Unternehmer nicht mehr genügend ausbeutungsfähig ist. Die Großindustriellen haben zwar vor einiger Zeit eine Schrift herstellen lassen, in der bewiesen werden soll, daß es die Fabrikarbeiter heute ungünstiger haben als früher. Die technischen Fortschritte im Produktionsprozeß, die weitestgehende Automatisierung der Betriebe soll die Arbeitskraft der Angestellten ganz außerordentlich schonen. Sie haben, so soll man glauben, eigentlich anderes nichts mehr zu tun, als ein bißchen auf die selbstständig arbeitende Maschine zu achten, sie mit leitem Fingerdruck zu dirigieren. Wie die Praxis lehrt, glauben die Werkherren an solche Geschichten selber nicht. Anders wäre es unerklärlich, daß sie Arbeiter, die das 40. Lebensjahr überschritten haben, grundsätzlich nicht mehr einstellen und solche „alte Knaben“ bei Gelegenheit an die Luft setzen.

Ein drastisches Beispiel dafür lieferte kürzlich eine Verhandlung vor dem Gewerbegericht in Dortmund. Ein Arbeiter klagte auf Zahlung eines Schadenersatzes in Höhe von über 100 Mk. Er war als Walzer auf dem Stahlwerk Goeth in Dortmund beschäftigt gewesen. In derselben Eigenschaft wurde er von dem Meister eines anderen Werkes engagiert unter Zustimmung eines bestimmten Durchschnittslohnes. Als das Engagement abgeschlossen war, kündigte der Mann sein altes Arbeitsverhältnis. Als er jedoch die neue Stelle annehmen wollte, blieb ihm das Fabrikort verschlossen. Aus seinen Papieren ersah man nämlich, daß er bereits 42 Jahre alt war. Dieses gefährliche Alter schloß seine Einstellung aus. Weil der Vertreter der beklagten Firma zugeben mußte, daß der Mann fest engagiert worden war, der Meister nur aus Unvorsichtigkeit sich nicht nach dem Alter erkundigt hatte, erklärte er sich bereit, gleichsweise zur Zahlung von 84 Mk. Schadenersatz bereit.

Nun ist das gefährliche Alter gerichtsnotorisch. Es beweist, daß für die Arbeiter gesorgt ist bis ins höchste Alter.

Ein unbegreifliches ärztliches Gutachten.

Wie wichtig und im Interesse des Verletzten liegend für einen Unfallverletzten eine Augenheilmittelnahme sein kann, zeigte sich recht deutlich in einer Verhandlung vor dem Chemnitzer Oberverwaltungsamt, das sich mit der Rentensache des Schmierers E. in Blumenau auf dessen Verufung zu beschäftigen hatte. Der Mann war am 12. März 1910 in der Papierfabrik der Firma Günther u. Richter in Bernsdorf bei Ausübung seiner Berufstätigkeit mit der rechten Hand abgeglitten und in das Getriebe hineingeraten. Dabei war ihm die rechte Mittelhand zermalmt worden. Vollige Erwerbsunfähigkeit war die Folge des schweren Unfalls. Aber nur kurze Zeit hatte E. die Vollrente von der Papiermacher-Vereinsgenossenschaft in Chemnitz erhalten, dann war die Rente auf 70 Proz. festgelegt worden. Diese Rente wurde auf Grund zweier Gutachten des Dr. Alide-Chernitz, der eine wesentliche Besserung „feststellte“ und die noch vorhandene Erwerbsbeschränkung auf 50 Proz. schätzte, auf 50 Proz. herabgesetzt. Dagegen hatte der Verletzte Einspruch erhoben und, als dieser nicht genügt hatte, Berufung beim Oberverwaltungsamt Chemnitz eingelegt. Der Berufungskläger versicherte, daß die Hand noch völlig gebrauchsunfähig sei, daß er mit ihr nichts arbeiten könne. Auf Veranlassung des Vorstehenden zeigte der Mann die verletzte Hand dem Gericht. Dieses war mit Einschluß des Vertreters der Vereinsgenossenschaft sofort einhellig der Meinung, daß die Hand noch völlig gebrauchsunfähig sei. Worte des Erstnamens wurden aber das ärztliche Gutachten laut. Ein Arbeitgeberbeisitzer sagte: Ich wundere mich über den Arzt; der muß doch wissen, daß diese Hand nicht zu gebrauchen ist! Vergleichsweise bot der Vertreter der Vereinsgenossenschaft 60 Proz. der Vollrente, als demjenigen Satz, der beim Verlust der ganzen Hand gewährt wird, dem Verletzten an. Dieser war vergleichsweise mit dieser Rente zufrieden und zog seine Verufung zurück.

Letzte Nachrichten.

Schwere Brandkatastrophe.

Wien, 4. November. (P. B.) Ein schweres Brandunglück, dem zwei Menschenleben zum Opfer fielen, ereignete sich heute in Groningen (Holland). Der Kaufmann Koosenboom bewohnte hier ein kleines Haus, in dem heute, während die Einwohner schliefen, ein Brand ausbrach. Bei den Rettungsarbeiten erlitt Koosenboom schwere Verletzungen. Die Dienstmädchen sprangen von der obersten Etage auf die Straße, wo sie mit schweren Verletzungen liegen blieben. Während sich die beiden Söhne retten konnten, fand man später die Frau und eine Tochter als Leichen auf.

2. Wahlkreis 8. Kommunal-Wahlbezirk.

Donnerstag, den 6. November 1913, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr,
im Lokal von Nabe, Fährstr. 29:

Kommunalwähler-Versammlung.

Tagesordnung:

Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen.
Referent: Landtagsabgeordneter **Adolf Hoffmann.**

Diskussion.

Ansprache des Kandidaten Stadtverordneten **Gottfried Schulz.**
206/15 Das Wahlkomitee.

Der Massenstreik gegen die Landeskirche muß lawinenartig anwachsen.

Um allen Streikkräften die Beteiligung möglichst bequem zu machen, werden alle diejenigen Geschäftleute (Restaurateure, Zigarrenhändler usw.) allerorts, welche bereit sind, eine

Abgabe, Ausfüll- und Sammelstelle für Kirchenaustrittsformulare zu übernehmen, ersucht, ihre Adresse postwendend per Karte einem der Unterzeichner einzusenden. — Die Abgabe des Formulars, event. Ausfüllung und Beforgung zum zuständigen Gericht soll für den Preis von 5 Pf. geschehen, welche der Inhaber der Stelle erhält.
Adolf Harndt, Berlin N, Bahnel-Allee 15/17.
Adolf Hoffmann, Berlin O, Blumenstr. 22.
Lehmann-Russbaldt, Berlin W, Regensburger Str. 30.

Deutscher Metallarbeiter-Verein.

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Donnerstag, den 6. November, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Branchen-Versammlung der Schmiede, Kesselschmiede und Autogenischweißer

in Bökers Festsälen, Weberstr. 17.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Tätigkeit der Branchenkommision. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Branchenkommision. 4. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Kollegen! Wir erwarten zahlreichen Besuch. Ferner sei hiermit nochmals darauf hingewiesen, daß der Besuch der Branchenversammlungen durch **Abrechnung im Mitgliedsbuch** vermerkt wird.

Donnerstag, den 6. November, abends 5 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Versammlung sämtl. Kollegen und Kolleginnen der Möbelschloßbranche

im Lokal von Brinkmann (früher Merkwost), Andreasstr. 26.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen **H. Wuschik.** 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Kollegen wird erwartet.

Metallarbeiter-Notizkalender 1914. Stüd 60 Pf. sind im Bureau und bei den Bezirkskassierern zu haben.

Die Ortsverwaltung.

Kranke Hagen fast immer über das Gelingen der ihnen vorgelegten Speisen und bereiten der Hausfrau dadurch mannie Verlegenheit. Bei Anwendung von „Kufete“ ist es so einfach, die Wünsche der Patienten zu befriedigen, denn „Kufete“ ermöglicht eine angenehme Abwechslung durch verschiedene Zubereitungen, führt gleichzeitig alle die Nährstoffe zu, die zum Wiederaufbau des Körpers nötig sind und bewirkt eine geregelte Verdauung. Wer selbst „Kufete“ versuchen will, lasse sich in der Apotheke oder Drogerie das „Kufete“-Kochbüchlein, das kostenlos erhältlich ist, beschaffen.

Öffentliche politische Versammlungen.

Sechster Wahlkreis.

Mittwoch, den 5. November, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Öffentl. Frauen-Versammlung

in Puhmanns Theater, Schönhauser Allee 147.

Tagesordnung:

1. Vortrag der Genossin Frau Dr. Weyl:

Welches Interesse haben die Frauen an den Stadtverordnetenwahlen?

2. Diskussion.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Einberuferin

Frau **Winnalohse,** Oberberger Str. 20.

Sechster Wahlkreis.

Öffentliche

Kommunalwähler-Versammlungen

am Freitag, den 7. November, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr

für den **26. u. 27. Kommunalwahlbezirk (5. u. 6. Wahlkreis)**

in **Büttners Festsälen,** Schwedterstraße 23/24

Referenten: Landtagsabgeordneter **H. Ströbel** und Stadtverordneter **Dr. H. Weyl;**

für den **30. Kommunalwahlbezirk**

in den **Schönhauser Festsälen,** Schönhauser Allee 129

Referent: Stadtverordneter **Dupont;**

für den **33. Kommunalwahlbezirk**

in **Frischs Viktoriagarten,** Badstraße 12

Referent: Reichstagsabgeordneter **Emanuel Wurm;**

für den **34. Kommunalwahlbezirk**

in den **Borussia-Sälen,** Ackerstraße 6/7

Referent: Stadtverordneter **Adolf Ritter;**

für den **38. Kommunalwahlbezirk (1., 5. u. 6. Wahlkreis)**

im Restaurant **Café Gärtner,** Holzsteiner Ufer 27/28

Referent: Reichstagsabgeordneter **Ferdinand Ewald;**

für den **41. Kommunalwahlbezirk**

im **Moabiter Gesellschaftshaus,** Wickeffstraße 24

Referent: Reichstagsabgeordneter **Fritz Zubeil.**

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Die Aufgaben der Sozialdemokratie im Noten Hause.
2. Freie Diskussion.

Die sozialdemokratischen Wahlkomitees.

Die reellsten und billigsten Möbel

und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit 25 Jahren bestehenden Möbelabrik von **A. Schulz,** Reichenberger Straße 5. Größte Auswahl in allen Holz- und Stilarten mit zehnjähriger Garantie. (5 Proz. Kassakonto.) Ev. auf Ratenzahlung

10 Mk. monatliche Raten

liefern elegante Herren-Garderoben u. Maß. Strengste Diskretion.
W. Krüger jr., Berlin N 58, Oberberger Str. 12, im Laden.

Patentanwalt **Prillwitz**
Berlin NW 21, Thurmtstraße 34.

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend

E. G. m. b. H. Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 16/26.

Donnerstag: Seefische.

Schellfisch per Pfd.	30 Pf.	Seehecht per Pfund	30 Pf.
Kabliau ohne Kopf, per Pfd.	28 .	Rotzungen	30 .
Seelachs	26 .	Schollen	22 .
See-Aal	28 .	Knurrhahn	26 .

Heute und morgen: **FrISCHE Räucherwaren.**

Freitag und Sonnabend:

Hühner * Gänse * Kaninchen * Hirsch

Täglich: **Aepfel, Birnen, Weintrauben, Tomaten.**

Rettige, Rot-, Weiß- und Wirsingkohl, Mohrrüben * Kohlrüben.

107/19

Der Vorstand.

Auf 2 Lose ein Gewinn garantiert
Ziehung schon 16. Novemb.
Münchener Lotterie
Gewinne im Werte von Mark
100000
Hauptgew. **15000**
Wer 2 Lose kauft, eine gerade u. eine ungerade Nummer, muss gewinnen.
Lose 2 M. Forts u. Liste 30 Pf.
H. C. Kröger
BERLIN W 8, Friedrichstr. 193a.
Tel.-Adr.: „Goldquelle“.

Sie fühlen sich wie neugeboren, wenn Sie

Milo - Schnupftabak

Schnupfen.

Bester russischer Augentabak.

- Milo** gegen Schnupfen
- Milo** gegen Verschleimung
- Milo** gegen Trockenheit der Nasenschleimhäute
- Milo** beseitigt die Schwellung
- Milo** ist frei von schädlichen Substanzen
- Milo** der beste Schnupftabak der Gegenwart und Zukunft
- Milo** wird nach altem Rezept 100jähr. Rezept hergestellt
- Milo** kostet die Dose 10 Pf.
- Milo** durch den Zigarrenhandel zu beziehen

General-Vertrieb für Deutschland

S. Rund

Zigarren- und Tabak-General-Agenturen

Berlin NW 87, Tel. No. 8117.

Haben Sie Stoff?
ich fertige davon **Anzug od. Paletot nach Maß, schick, dauerhaft, Zutaten von 25 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 8, II. (Städt. Bän.)**

Gegründet 1864



Peiz-
waren
Engros - Export
S. Schlesinger
Neue Königstr. 21
(Ordnungshaus)
Einzelverkauf
wie alljährlich zu billigen Preisen
Peizstolas - Muffen
Reparaturen prompt und sauber
Bitte genau auf 21 zu Hause Nummer 21 achten
eröffnung von 12-2 Uhr geöffnet

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

Möbel

Wir liefern direkt an Private frei Haus durch eig. Gespann
Stube u. Küche 30, 208, 244, 30, 276, 50, 317, 357, 370, 420, 493,
2 Stube u. Küche 30, 280, 300, 359, 427, 50, 501, 500,
Schlafzimmer 30, 223, 276, 313, 355, 429, 460, 540,
Rüben 30, 51, 58, 75, 92,
Ständ. Lager 300 Einrichtungen.
Reichhalt. Preisb. gratis u. franco.
Abgabe einzelner Stücke ohne Preisermäßigung!

Hoffner's Möbel-Engroshaus
Berlin N. 201.
Veteranenstr. 11, 12, 13

Persil



das selbsttätige Waschmittel

Kaffeeflecken
auch solche von Kakao, Tee, Obst, Blut, Tinte etc. herrührend, beseitigt spielend einmaliges Waschen in Persil.

Denkbar gründlichste Reinigung bei grösster Schonung des Stoffes und garantierter Unschädlichkeit.

Überall erhältlich, nie lose, nur in Original-Paketen.
HENKEL & Co., DÜSSELDORF.
Auch Fabrikanten der alibellian

Henkel's Bleich - Soda

Gewerkschaftliches.

Verflechtung der Tarifabschlüsse im Baugewerbe.

Seit dem Tage, wo die Zentralorganisationen der Arbeiter im Baugewerbe und der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe den Beschluß gefaßt haben, die Vorschläge der Unparteiischen, Magistratsrats v. Schulz, Gewerbegerichtsdirektors Dr. Brenner und Bürgermeisters Rath, zur Beilegung der Differenzen im Baugewerbe anzunehmen, sind bereits sechs Monate verstrichen. Man sollte annehmen, daß längst völlige Ordnung in den Tariforten bestehen würde und alle Verträge ordnungsgemäß vollzogen wären. Leider haben von den circa 800 Tarifverträgen, die geschlossen werden sollen, bisher nur 28 die unterchriftliche Sanction erhalten und für alle übrigen Verträge besteht noch heute keine Gewißheit, wann sie als endgültig angenommen bezeichnet werden können; ja, man kann für eine Anzahl von Verträgen heute nicht einmal den Ort ihrer Aufbewahrung angeben.

Diese ganze Verflechtung ist ausschließlich auf das Verschulden des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe zurückzuführen, nach dessen Anweisungen Bestimmungen in die örtlichen Verträge hineingeschrieben worden sind, die von den Zentralvorständen der Gewerkschaften unter allen Umständen abgelehnt werden müssen. Es steht heute fest, daß der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe über einige Entscheidungen der Unparteiischen allgemeine Regeln aufgestellt hat, die zu beachten er seinen Ortsgruppen zur Pflicht gemacht hat.

Dabei hat der Arbeitgeberbund Auffassungen zutage gefördert, an die kein Mensch gedacht hat; auch die Unparteiischen nicht! Es mag zugegeben werden, daß die von den Unparteiischen formulierten Bestimmungen es im einzelnen an der nötigen Klarheit haben lassen und daß aus diesem Grunde der Arbeitgeberbund sich die ihm beliebige Auslegung selbst zurechtgelegt hat. Aber nachdem der Bund durch die näher präzisiertere Meinung der Unparteiischen und ihrer Entscheidung im Haupttarifamt, wie es beispielsweise in dem Streit über die von dem Arbeitgeberbund beabsichtigte Verallgemeinerung der Affordarbeit der Fall ist, nicht mehr im Zweifel darüber sein konnte, daß seine Auffassung falsch ist, hätte man von dem „tariffreundlichen“ und „friedlichen Arbeitgeberbunde“ erwarten dürfen, daß er nunmehr alles tun würde, um die Hindernisse für die Unterzeichnung so schnell als möglich zu beseitigen. Statt dessen läuft der Arbeitgeberbund mit einem grundsätzlichen Antrag aufs neue Sturm für die Ausdehnung der Affordarbeit. Die nächste Sitzung des Haupttarifamts, die vom 11. bis 13. November in Berlin abgehalten wird, soll nicht weniger als 48 Verhandlungspunkte erledigen, von denen außer dem obigen Antrag noch in zehn Fällen über die Affordarbeitfrage zu entscheiden ist, wo entweder die Unternehmer die Zulassung der Affordarbeit fordern oder die Arbeiterorganisationen das Verlangen abzuwehren suchen.

Bei seinem Vorgehen ist der Arbeitgeberbund geradezu skrupellos. Dafür nur einige Beispiele: Aus dem ganzen rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist bisher nicht ein Vertrag zur Unterchrift vorgelegt worden. Dasselbe trifft für das mitteldeutsche Gebiet zu, wo Herr Richter-Frankfurt a. M. das Repter führt. Aus der Provinz Hannover, aus Thüringen, aus Bayern ist ebenfalls bisher kein Vertrag zur Unterchrift vorgelegt worden. In München weigert sich der Arbeitgeber-

verband sogar, an einer Verhandlung teilzunehmen, die zur Aufstellung eines Affordtarifs dienen soll, für Arbeiten, für die Afford ausnahmsweise zulässig ist. Er begründet sein tarifwidriges Verhalten damit, daß der örtliche Vertrag nicht bestehe, weil der Vorstand des Bauarbeiterverbandes sich weigert hat, den Vertrag zu unterschreiben. Das letztere stimmt schon; aber der Arbeitgeberverband in München verweigert dabei zu sagen, daß die Unterschrift verweigert wurde, weil er in dem Vertrage etwas verlangt hat, wozu er nach der Entscheidung der Unparteiischen kein Recht hatte. Es wäre doch wirklich gar zu verrückt, wenn man mit solchen Ansichten, wie sie der Arbeitgeberverband in München zum Ausdruck bringt, einen Vertragsabschluß vollständig verhindern könnte.

Auf diese Art wird der Abschluß der Tarifverträge für das Baugewerbe durch den Arbeitgeberbund verstopft. Es ist gewiß kein Zufall, daß außer Karlsruhe keine Großstadt mehr vorhanden ist, die einen fertigen Vertrag hat, an dem der Arbeitgeberbund beteiligt ist. Man fragt sich unwillkürlich: welche Absicht steckt dahinter, und sollen die Arbeiter sich das ruhig gefallen lassen?

Die Unparteiischen des Haupttarifamtes hätten auch wohl Ursache, nach dieser Richtung hin einmal energisch einzugreifen, soweit ihre Befugnisse dazu reichen. Nebenfalls kann es auch ihnen nicht gleich bleiben, wenn all ihre Mühen um die Sache so hintertrieben werden.

Berlin und Umgegend.

Ein Facharbeitsnachweis für das Berliner Schneidergewerbe.

Die Arbeitsvermittlung im Berliner Schneidergewerbe liegt bisher sehr im argen. In der Hauptsache erfolgt sie durch die Tageszeitungen. An bestimmten Stellen der Stadt erfolgt jeden Nachmittag die Ausgabe des „Arbeitsmotes“. In langen Reihen finden sich dann dort die Arbeitsuchenden ein, um schleunigst nach einer der amonzierten Stellen zu laufen.

Nebenher geht noch eine andere Art der Arbeitsvermittlung. Der die Quartiere der Berliner Damenkonfektion aus dem Wedding, im Norden und Osten der Stadt oder Neußölln durchwandert, sieht an vielen Häusern Plakate ausgehängt mit der Aufschrift: „Manjells auf Mäntel oder Röcke“. Vielen dieser Plakate sieht man an, daß sie ständig Wind und Wetter ausgesetzt sind und sich fortgesetzt auf der Suche nach Arbeitskräften befinden. Einem Teil der Arbeitsuchenden wird damit vielleicht gleich die Luft genommen, sich um die dort angebotene Arbeit zu bemühen, da ja das ständige Suchen nach Arbeitskräften auch einen Rückschlag auf die Güte der angebotenen Stellung zuläßt.

Lange sind in Berlin große Anstrengungen gemacht worden, die Arbeitsvermittlung zu organisieren. Vom Verband der Schneider wurde in den neunziger Jahren eine besondere Zeitung herausgegeben, jedoch ohne auf die Arbeitsvermittlung größeren Einfluß zu gewinnen. Einzelne Gastwirte betrieben eine Stellungsvermittlung in ihrem Lokal. An Stelle dieser Arbeitsvermittlung wurde ein Zentralarbeitsnachweis im Verbandsbureau mit genügend Raum zum Aufenthalt für die Arbeitslosen geschaffen. Nach Verlauf einiger Jahre wurde dann wieder zur Arbeitsvermittlung in Restaurationen gegriffen. Diese Art der Arbeitsvermittlung hat sich aber nie lange gehalten. So bestand das dem wieder bis vor zwei Jahren nur auf dem Bureau des Schneiderverbandes eine Arbeitsvermittlungstelle. Mit den vorhandenen Einrichtungen war jedoch niemand zufrieden, da der Arbeitsnachweis nie eine größere Bedeutung erlangte.

Diese unzureichenden Zustände haben sich lange Zeit erhalten, obwohl in der weitauß größten Branche, der Damenkonfektion, der Wunsch nach Errichtung von Arbeitsnachweisen äußerst lebhaft war. Während und nach dem Streit der Damenkonfektionsknecht und Schneiderinnen im Jahre 1911 ist diesem Verlangen des öfteren Ausdruck gegeben worden. Auch von Seiten der Zwischenmeister dieser Branche ist bereits damals anerkannt worden, daß die Arbeitsvermittlung organisiert werden muß. Dabei ist es aber geblieben.

Mit der Durchführung der Tarifverträge in der Berliner Herren-

Stapelkonfektion wurde auch ein Arbeitsnachweis geschaffen, der sich seither gut bewährt hat. Ursprünglich war derselbe in einer Kneipe untergebracht. Zu Beginn dieses Jahres wurde an die Ortsverwaltung der Antrag gestellt, den Arbeitsnachweis aus der Kneipe herauszunehmen und in eigene Räume zu verlegen. Dem ist entsprochen worden.

Im Laufe des Jahres zeigte die Stadt Berlin das Bestreben, den von dem Oberbürgermeister Wermuth gegebenen Anregungen, einen städtischen Arbeitsnachweis einzurichten, Rechnung zu tragen. Die Stadt Berlin zahlt dem Verein für Arbeitsnachweis, welcher unter der Leitung des Dr. Freund steht, einen jährlichen Zuschuß von 144 000 M. Sie garantiert die Riete für die für Arbeitsnachweiszwecke zur Verfügung stehenden Räume. Der oben genannte Zuschuß ist von Zeit zu Zeit erhöht worden. Bei der letzten Erhöhung verlangte die Stadt im Vorstand des Vereins für Arbeitsnachweis einen möglichen Einfluß in der Weise, daß sie 51 Proz. der Stimmen für sich in Anspruch nahm. Damit ist im Verein für Arbeitsnachweis gegen den Willen des Magistrats kein Beschluß mehr möglich. Es dürfte dieser Zustand in der Tat den Weg für den kommunalen Arbeitsnachweis ebnen. Möglicherweise wird auch in absehbarer Zeit die Kommunalisierung des Arbeitsnachweises herbeigeführt.

Im Sommer dieses Jahres wurden Vertreter der in Frage kommenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer von der Stadt zu Beratungen wegen des Arbeitsnachweises nach dem Rathaus geladen. Anfänglich wollten die Verhandlungen nicht recht vom Fleck kommen. Die Arbeitgeber konnten sich nicht so ohne weiteres mit dem Arbeitsnachweisgedanken befremden. Hinzu kam, daß einige Unternehmer bei den Verhandlungen zugegen waren, die selbst keine Arbeiter, sondern nur Zwischenmeister beschäftigen.

Nach langwierigen Verhandlungen kam dann eine Vereinbarung zustande, wonach sich genügende Unternehmergruppen bereit erklärten, an der Errichtung eines Nachweises mitzuwirken. Es sind daran beteiligt: Die „Berliner Schneiderinnung“ (die auch 2000 M. Zuschuß leisten wird), „Arbeitgeberverband für das Damenkonfektionergewerbe Deutschlands“, die „Damenmäntel-Schneiderinnung zu Berlin“, der „Verein Berliner Schneidermeister für Damenkonfektion“ und der „Detailistenverband“.

Diese Organisationen vertreten einen Kreis von Unternehmern, die etwa 100 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigen. Die Errichtung eines Facharbeitsnachweises für eine so große Zahl von Arbeitskräften dürfte die Gewähr dafür bieten, daß eine umfassende Ordnung und Organisation der Arbeitsvermittlung in die Wege geleitet wird.

Für die einzelnen Stadtgebiete sind Vermittlungsstellen in Aussicht genommen, so daß die Arbeitslosen sich in ihren Bezirken auf dem Arbeitsnachweis melden können. Zugleich soll damit auch bezweckt werden, daß die beteiligten Unternehmer und Arbeiter in geeigneter Weise durch den Arbeitsnachweis bedient werden. Die Errichtung derselben soll beschleunigt werden. Zur Verwaltung des Arbeitsnachweises ist bereits ein Kuratorium gebildet, das sich aus gleichen Teilen aus Unternehmern und Arbeitern zusammensetzt.

Deutsches Reich.

Zur Lohnbewegung in der Lehrer Kartonagenindustrie.

Jeher als die Unternehmer glaubten, hätten die Streikenden zusammen; nur wenige sind abgefallen. Nun sollte das Gewerbegericht herhalten, sie kurre zu machen. Auf Grund einer verstaubten Arbeitsordnung, die in irgendeinem Winkel hing, klagten die meisten Fabrikanten auf Zahlung eines durchschnittlichen Wochenlohnes, die kleinen Unternehmer mit weniger als 20 Beschäftigten um einen ordentlichen Wochenlohn. Selbst die Firma Mand u. Worfstadt, die die unbedingten Arbeiter entlassen und einen ungeschickten und strapazierten Streikvermerk in deren Arbeitsbuch eingeschlagen hatte, klagte auf einen Wochenlohn, sogar gegen einen Arbeiter, der zum Militär einrücken mußte und nur 1 1/2 Tag an der Arbeitsniederlegung beteiligt war. Die betreffenden Arbeiter, denen durch jenen Streikeintrag ins Arbeitsbuch sowie durch schwarze Listen jede Arbeitsgelegenheit unterbunden war, wurden mit ihrer Entschädigungsklage gegen die Firma abgewiesen, und Herr Worfster, so heißt der Inhaber der Firma, mußte sich lebhaft verpflichten, andere Arbeitsbücher auszustellen — von Rechts-

Kleines feuilleton.

Drillerfolge. In dem udermärktischen Bauerndorfe Lunoto hielt der Kantor Religionsstunde. Es wurde noch nach dem alten Katechismus unterrichtet.

Eine Haberland mußte natürlich nichts, nicht einmal die Antwort auf die Frage konnte er geben:

„Was soll deine vornehmste Sorge sein?“ Dem Kantor reicht die Gebuld. Eine muß sich zur Strafe draußen auf der Straße vor der Schulkür hinstellen, um über die ernste Frage nachzudenken.

Das ist der Schandplag; wer vorbei geht, der wird Timen heffeln.

Da kommt ein hochbeladener Heutwagen angerumpelt. Oben drauf thront der alte Bauer Christian Henning. Er knurrt den heulenden Timen gutmütig an:

„Na, was hast du denn utjefährt?“

„Ich weet nich, wat mine vornehmste Sorge sind soll!“

„I wot! Loop man rin und seih: „Dah ich den Willen Gottes tue!““

Schnell fährt sich Timen mit dem Kermel über das Gesicht und hinein geht's.

Erfreut, daß Timen Gedächtnis doch noch funktioniert, wiederholt der Kantor die schwerwiegende Frage und Timen beantwortet sie richtig: „Dah ich den Willen Gottes tue!“

Der Kantor will seiner Freude die Krone aufsetzen und richtet auch gleich die nächste Katechismusfrage an Timen, welche lautet: Woher weist Du das? — und worauf die Antwort zu geben ist: Aus der Heiligen Schrift und den zehn Geboten, die ich nicht gehalten habe.

Timen schaudert's, aber dann antwortet er mutig und wieder: „Alle Christ Henning hat mir's gesagt.“

Der Kreislehrer inspektör ist angesagt, und der menschenfreundliche Kantor steht in seiner Not, den hohen Herrn nur einigermaßen zufriedenzustellen, keinen andern Ausweg, als den umfangreichen Katechismus in einzelne Teile zu zerlegen und jedem Schüler nur zwei bis drei bestimmte Fragen zum Auswendiglernen aufzugeben. Er merkt sich bei den betreffenden Fragen die Namen der Jungen vor, die die richtige Antwort intus haben, in der wohlwollenden Absicht, bei der Prüfung nur an Hand dieser Liste die Fragen zu stellen.

Auf Timen ist der zweite Artikel des Glaubensbekenntnisses gefallen: Und an Jesum Christum usw.

Wider alle Gewohnheit wird der Schulkür inspektör aber, durch die verblüffende und ungewohnte Exaktheit der Antworten veranlaßt, selbst zur Fragestellung überzugehen.

„Erlauben Sie, Herr Kantor,“ damit unterbricht er diesen und wendet sich außer der Reihe an Timen: „Sage mir dein Glaubensbekenntnis, mein Sohn!“

Timen erhebt sich und legt tapfer an: „Und an Jesum Christum, Gottes eingeborenen Sohn, unseren Herrn.“

„Ja, aber glaubst du denn nicht, daß dich Gott geschaffen hat samt aller Creatur?“

Das ist gegen die Verabredung, denkt Timen ärgerlich, und es

entführt ihm, in ungetrübter Ueberzeugungstreue auf seinen Nachbar zeigend:

„Das glaubt ja der Justab hier!“

Kronprinz und Humorist. Es ersticht eine Wochenschrift „für das Berliner Leben“ seit zehn Jahren vor den Gottbegnadeten. Mit distreten Enthüllungen macht sie aufsehenerregenden und gefinnungsschädigen Staat, aber das warme Interesse, das der „bessere“ Jude im Westen für das angekommene Herrscherhaus und die Aristokratie empfindet, nähert sie kaltblütig mit pikanten Gerüchten und delikaten Kriechereien. Sie hat gehört, daß die Untersuchung gegen den geschwägigen Freund des Heihühorns aus prinziplichem Gehäße ihren Fortgang nimmt. Sie weiß, daß der Kronprinz aus seinem Schriftwechsel mit dem Reichszkanzler kein Geheimnis gemacht hat, und daß es einer seiner Jagdgäste in Hopsfrennen war, der eine im Gepräch hingeworfene Aeußerung aufgehoben und nach Leipzig weitergegeben hat. Sie betont das, weil der Schein der Laternen, mit denen man den falschen Günstling sucht, gegen einen echten Humoristen fällt.

„Unseres Wissens — rühmt sie sich — beschränken sich die Beziehungen des Kronprinzen zur deutschen Publizistik auf einen freundschaftlichen Verkehr mit dem Dr. Rudolf Presbör, dem lebenswärtigen Blaudeker, der Kobellen und Schwänke, Liebeslieder und Ringelgänge mit spielender Leichtigkeit aus einem uner schöplichen Hauberdarmel schüttelt. Herr Dr. Rudolf Presbör war es, der des Kronprinzen Bücher überarbeitete und ihrem Inhalte jene letzte literarische Glättie verlieh, die sich eben nicht ohne die Beherrschung der journalistischen Technik erreichen läßt. Der Verfasser des Stizzenbandes „Von Leuten, die ich lieb gewann“ ist aber viel zu geschmackvoll, um Aufhebens zu machen von dem Vertrauen, das der Kronprinz zu ihm begt. ... Herr Dr. Rudolf Presbör steht mit sämtlichen Mäusen auf ne d i s c h - f r e u n d - l i c h e m Fuße steht, ist der literarische Handlanger des zukünftigen deutschen Kaisers!“

Besser sind die Bücher des Kronprinzen durch Presbör's Ueberarbeitung gerade nicht geworden, aber die letzte literarische Glättie, die er ihrem Inhalt verliehen hat, war einfach erstklassig.

Ein Humorist, der mit sämtlichen Mäusen auf ne d i s c h - f r e u n d - l i c h e m Fuße steht, ist der literarische Handlanger des zukünftigen deutschen Kaisers!

Der kleinste Gegenstand auf dem Mond. Direktor Moreux, der Leiter der Sternwarte in Bourges, der sich namentlich um die Planetenforschung mancherlei Verdienste erworben hat, erstert im Pariser „Cosmos“ die Frage, welche Ausmaße der kleinste Gegenstand habe, der sich mit den heutigen Hilfsmitteln der Astronomie auf dem Mond noch wahrnehmen ließe. Die Antwort hängt von der Feststellung ab, um wieviel ein Fernrohr den Mond zu vergrößern und dem Auge scheinbar näher zu rücken vermag. Nimmt man die mittlere Entfernung des Mondes von der Erde zu 385 000 Kilometern an, so würde ihn eine zehnfache Vergrößerung so zeigen, als ob er nur 38 500 Kilometer entfernt wäre. Eine hundertfache Vergrößerung würde ihn also auf 3850, eine tausendfache auf 385 Kilometer nähern. Eine tausendfache Vergrößerung gibt es nun mit unseren Fernrohren bei einer Mondbeobachtung gar nicht, und doch lehrt die Erfahrung, daß wir mit blohem Auge in einem Abstand von 385 Kilometern eigentlich über-

haupt nichts mehr erkennen können oder sicher nur ganz grobe Umrisse ohne jede Einzelheit. Daraus ergibt sich, daß sich auf der Mondoberfläche nur ganz grobe Gegenstände, also ungeheure Bergmassen, Krater von sehr großen Durchmesser und andere Gebilde von gewaltiger Ausdehnung untersuchen lassen. Das war wenigstens der Schluß, zu dem der berühmte Physiker Laplace gelangte. — Moreux übt eine Kritik an diesem Urteil in dem „Sunk“, daß sich ein Vergleich zwischen unserem Sehvermögen auf der Erdoberfläche und demjenigen gegenüber Himmelskörpern, die hoch über dem Horizont stehen, gar nicht ziehen lassen. Der aufwärts gerichtete Blick hat selbstverständlich eine viel geringere Schärfe der Atmosphäre zu durchdringen als das waagrecht gerichtete Auge. Die Atmosphäre aber ist gerade in ihren unteren Teilen ein starkes Hindernis für die Sehschärfe, ein mehr oder weniger dichter Vorhang, der durch seine Beladung mit Staub und Wasserdämpfen und außerdem noch durch heftige Bewegungen die Reichweite des Auges erheblich einschränkt. Moreux hat versucht, der Frage auf anderem Wege beizukommen. Die Erfahrung lehrt, daß schon eine Winde Vergrößerung einen Fleck von einer Wogensekunde, die im Mittelpunkt der Mondscheibe etwa einer Länge von 1830 Metern entspricht, sichtbar macht. Mit noch größeren Fernrohren kann man aber eine viel stärkere Vergrößerung erreichen, und es müßte mit einem Fernrohr von einem Meter Öffnung möglich sein, auf dem Monde sogar einen Gegenstand von nur 18 Meter Durchmesser zu erkennen.

Notizen.

Theaterchronik. Im Kleinen Theater findet die Uraufführung von Hans Müllers heiterem Terzett „Bestimmung“ erst Sonnabend statt.

Vorträge. Das Amt für soziale Arbeit der Berliner freien Studentenschaft hält im Paradenauditorium der Universität am 8. November einen Vortragsabend ab. Bürgermeister Dr. Reide und Prof. Dr. v. Soden werden über das Thema „Großstadt und Not“ sprechen. Der erste Redner wird die materielle, der zweite die geistige Seite des Problems erörtern.

Freunde antiker Kunst haben eine Vereinigung gebildet, um Mittel für das Berliner Antikemuseum aufzubringen. Es wird nach dem Muster des Bodleian Kaiser-Friedrich-Museumsvereins auf die Eitelkeit von Kapitalisten spekuliert, die Sehnsucht nach Titeln, Orden und vornehmen Beziehungen haben.

Der Generalintendant v. Ledebur, der seit 1883 das Schweriner Hoftheater leitete, ist im 83. Lebensjahre gestorben. Im Gegenzug zu den meisten seiner Kollegen, die zwar das Vertrauen ihrer pp. Fürsten besaßen, aber doch nur Hofkuchens und -schranken bleiben, hat der Offizier von ehemals auch als Theaterfachmann etwas geleistet.

Leoncaballos neue Operette „Bist Du da?“, die am Sonnabend in London ihre Uraufführung erlebte und dem Publikum als ein neues Kunstwerk, als „Revue-Operette“ angekündigt war, verschaffte den Londonern die lange nicht erlebte Sensation eines regelrechten Theaterlandals und eines Durchfalls.

Neue Dramen. Franz Wedekind hat drei Stücke beendet: „Simon oder Scham und Eifersucht“, „Die Höhe oder der Schmerzstanz“ und „Die Kaiserin von Neufundland“.

Die Titel, die jeden Kolportageromantik Ehre machen, sind natürlich nur des Aufsehens wegen.

wegen! Herr Reiter, Kassierer des demokratischen Vereins Lahr, lehnt jede Verhandlung mit der Arbeiterschaft und deren Organisation ab; bedingungslose Unterwerfung der Arbeiter unter den Willen ihrer „Herren“ ist auch sein demokratisches Ideal.

Die Vertreter der besagten Arbeiter und Arbeiterinnen, Klotz und Schröder vom Buchbinderverband, bestritten jeden Entschädigungsanspruch der Unternehmer, weil diese die Arbeitsniederlegung durch rigoroses Vorgehen gegen die Arbeiter und deren Vertreter selbst verschuldet hätten, weil ferner Verhandlungen mit Schlichter vorgekommen und eine größere Firma sogar sich der Freiheitsberaubung schuldig gemacht habe, indem sie die Fabrikstore verschloß und nunmehr von allen Beschäftigten eine schriftliche Erklärung darüber verlangte, ob sie sich an der Lohnbewegung beteiligen wollten oder nicht. Die Unternehmer hätten auch gar keinen Widerspruch gegen die Arbeitsniederlegung erhoben, sich also stillschweigend damit einverstanden erklärt, wohl in der stillen Hoffnung, daß nach ein paar Tagen die meisten zur Arbeit wieder zurückkehren würden. Die Vertreter der Besagten bestritten aber auch sonst die Ansprüche der Unternehmer, weil die Arbeitsordnungen nicht den gesetzlichen Vorschriften entsprächen, weil auch die Durchschnittslöhne zu hoch angegeben seien; sie verlangten daher den Nachweis der Rechtsgültigkeit der Arbeitsordnungen und das Vorliegen der Geschäftsbücher. Als das Vorlegen der Geschäftsbücher verlangt wurde, führten die Unternehmer, die zahlreich mit ihren „Aufsehern“ anwesend waren, wie von der Tarantel gestochen auf und sie beruhigten sich erst, als der Gewerbegerichtsvorsitzende auch die eideschwörende Richtigkeit der Lohnangaben durch die mit der Aufstellung derselben Beauftragten für genügend erklärte. Zur Prüfung der Rechtsgültigkeit der Arbeitsordnung wird der Vorsitzende mit den Vertretern der Streikenden eine Besichtigung in den Fabriken vornehmen.

Welch ein „patriarchalisches Geistes“ in den Lahrer Kartonnagen- und Einwickelfabriken noch umhert, wird am besten dadurch erhärtet, daß selbst verheiratete Leute von den Unternehmern und ihren „Aufsehern“ — charakteristischer Lokal Ausdruck für Berufsführer — oft noch mit „Du“ angeredet werden. Es war daher die höchste Zeit, gegen die modernen Gebräuche der „Herren“ und ihre Mißachtung der Arbeiterschaft einmal energig Front zu machen.

Die Glasarbeiter-Aussperrung in Biesau ist am Montag beendet worden. Die Arbeitszeit beträgt bis 1. Januar 1914 9½ Stunden, einschließlich einer halbtägigen Frühstück- und einer halbtägigen Mittagspause. Sie beginnt um 8 Uhr früh und endet 4½ Uhr nachmittags. Vom 1. Januar 1914 ab beträgt die Arbeitszeit 9½ Stunden, so daß dann die Forderung der Arbeiter, die Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden herabzusetzen, vom 1. Januar 1914 ab erfüllt wird.

Ausland.

Achtstundentag im Züricher Bildhauergewerbe.

Durch eine jüngst vor dem Einigungsamt zwischen den Vertretern der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen abgeschlossene Vereinbarung wurden die tägliche Arbeitszeit für das zürcherische Bildhauergewerbe auf 8 Stunden und die täglichen Normallöhne auf 10 bis 12 Fr. festgesetzt, ferner der freie Sonnabendnachmittag bei sechsstündiger Vormittagsarbeitszeit eingeführt. Mit diesen neuen Arbeitsbedingungen dürften die Züricher Bildhauer an der Spitze der Arbeiter in der Schweiz marschieren.

Wilhelm Schröder tot.

Ein alter Kämpfer ist wieder von uns gegangen. Am Montag, den 3. November, nachmittags, starb, wie wir gestern bereits kurz meldeten, im Alter von 52 Jahren im Sanatorium Schledehausen bei Osnabrück unser Genosse Wilhelm Schröder, Redakteur der Parteikorrespondenz. Schon seit Jahren quälte ihn ein Darmleiden, über dessen Natur die Ärzte nicht klar werden konnten. Vor einigen Wochen unterzog er sich auf den Rat von Spezialärzten einer Darmoperation, die zwar gut verlief und rasch wieder verheilte, die ihn aber doch nicht vor dem Tode retten konnte. Außerordentlich schwach und entkräftet suchte er das Sanatorium Schledehausen auf. Die erhoffte Kräftigung trat nicht ein; im Gegenteil, in den letzten Tagen verschlimmerten sich die Nachrichten und Montag nachmittags hat ihn der Tod von seinem Leiden erlöst.

In Wilhelm Schröder ist wieder einer von den alten tapferen Genossen dahingegangen, die nicht viel Lebens von ihrer Arbeit machten und doch ihre ganze Kraft in den Dienst der Partei stellten. Er war ein Hamburger Kind, das die Trübsal der Arbeiterjugend auch in vollem Maße auskosten mußte, wie seine „Jugendgedenken“ zeigen, die er unlängst in der „Arbeiter-Jugend“ veröffentlicht hat. In dem Beruf als Zigarrenfortierer, den er ergriff, mußten ihm auch keine Rosen; aber er sollte ihn nicht lange ausüben. Schon sehr jung betätigte er sich für die Sozialdemokratie, und die Hamburger Partei setzte in seine Zuverlässigkeit und Loyalität das große Vertrauen, daß sie ihm die Verbreitung des „Sozialdemokrat“ übertrug. Fast gegen seinen Willen geriet er ein wenig später auf die journalistische Laufbahn. Die Buchdruckerei Fr. Meyer in Hamburg stellte zu Anfang der 90er Jahre eine ganze Reihe Gewerkschaftsblätter, u. a. auch „Die Arbeiterin“, die Vorläuferin der „Gleichheit“, her. Der Inhaber der Druckerei beehrte eines Tages unsern Wilhelm Schröder, der arbeitslos war, und engagierte ihn für die Redaktion seiner Gewerkschaftsblätter. Unter den damaligen Verhältnissen bestand diese Redaktion freilich im wesentlichen nur in der Umstellung und Wiederverteilung des für das Gewerkschaftsblatt schon gebrauchten Satzes für die anderen Gewerkschaftsblätter. Dem unermüdeten Lernerifer Schröder konnte diese mehr mechanische Arbeit keinen Abbruch tun; er bildete sich auch unter diesen Umständen als tüchtiger Journalist heraus. Und als Ignaz Auer ihn im Jahre 1893 erfuhrte, in den „Vorwärts“ einzutreten, hatte er sicher einen sehr guten Griff mit dieser Wahl getan. Raslos wie selten einer hat er während seiner zwölfwährigen Tätigkeit am „Vorwärts“ gearbeitet. Früh und spät auf dem Posten, konnte er nur ein Ziel, seinen Teil und das Blatt so gut als möglich zu gestalten. 1905 verließ Schröder mit fünf Kollegen infolge des bekannten Konflikts mit der Parteileitung die Redaktion des „Vorwärts“. Er war darauf kurze Zeit vertretungsweise in Dresden tätig, und übernahm dann die Redaktion der Parteikorrespondenz. Mit demselben Eifer, wie früher am „Vorwärts“, schmiedete er hier in der neuen Stellung unabhängig die Waffen, die unsere Genossen im politischen Kampf schwingen sollten. Damit war aber seine große Arbeitskraft noch nicht erschöpft. Eine große Reihe von Agitationschriften und Werken dauernden Wertes hat Wilhelm Schröder der Partei gegeben. Wir nennen nur das Handbuch der sozialdemokratischen Parteitarbeit, die Schrift über die Geschichte der sozialdemokratischen Parteioorganisation, die in mehreren Auflagen erschienene Schrift über die Wahlkämpfe unserer Gegner. Auch die „Sozialistischen Monatshefte“ konnten ihn zu ihrem eifrigsten Mitarbeiter zählen. Gern sprach er, der der parteitaktischen Richtung der „Monatshefte“ sehr nahe stand, dort seine persönliche Meinung über innere Parteifragen aus. Sehr viele haben diesen seinen Auffassungen sicher nicht zugestimmt; aber das Zeugnis muß ihm jetzt an seiner Wahre ausgestellt werden, daß er nie ein verlegendes Wort gegen die ausgesprochen, die er bekämpfte.

Rum hat dem Nimmermüden der Tod die Feder aus der Hand genommen. Ein Leben ging zur Ruhe, das Arbeit, intensive Arbeit für die Partei war bis zum letzten Atemzuge. Und Wilhelm Schröder, der kein Redner war, hat dabei nie Wert darauf gelegt,

für seine Arbeit auch öffentlich gewürdigt zu werden. Um so mehr mußten ihn freilich alle die zu schätzen, die den treuen, aufrichtigen und stets hilfsbereiten Genossen näher kennen lernten. Die Partei verliert in ihm viel und wird ihm sicher ein treues, ehrenvolles Andenken bewahren.

Aus der Partei.

Kommunalwahlsieg.

Einen schönen Erfolg errang die Sozialdemokratie bei der Stadtverordnetenwahl in Landsberg a. W. Während für unsere Genossen Gottschall, Neumann, Knapich und Redakteur Hoffmann 1508 Stimmen abgegeben wurden, erhielten die bürgerlichen Kandidaten nur 1237 Stimmen. Dieser Sieg ist um so bedeutungsvoller, als dadurch die gesamte dritte Abteilung des Stadtparlaments in den Besitz der Sozialdemokratie übergegangen ist.

Parteitag der finnischen Sozialdemokratie.

Unser finnischer Mitarbeiter schreibt uns: Am 20. Oktober wurde in Tammerfors der achte Kongress der finnischen Sozialdemokratie eröffnet. Es waren gegen hundert Delegierte erschienen. Die Gewerkschaftszentrale war durch ihren Vorsitzenden O. Tokoi und die Landtagsfraktion durch den Abgeordneten Genossen K. Wanner vertreten. Als Gäste waren erschienen Genosse Fredrik Ström und die Genossin Amanda Krosell aus Schweden und der Vorsitzende der Dumafraktion Genosse Tschaidse aus Petersburg.

Genosse Matti Paasivuori, der Vorsitzende des Parteivorstandes, eröffnete den Kongress mit einer kurzen Ansprache, in der er in großen Zügen ein Bild der politischen und sozialen Reaktion in Finnland entwarf und die intensive Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei seit dem letzten Kongress im Jahre 1911 kennzeichnete. Die herrschende Reaktion hat in den letzten Jahren ihren Höhepunkt erreicht und selbst die ärgste Reaktion unter dem russischen Diktator Sabrikow in den Schatten gestellt. Jeder Tag bringt neue Gewalttaten, neue Vorstöße der Finnlandseroberer gegen die kulturellen und wirtschaftlichen Errungenschaften des Volkes. Die neue Volkvertretung sollte die Lage der arbeitenden Klassen verbessern helfen, aber die Reaktion hat es verstanden, den Landtag auf diesem Gebiete fast völlig lahm zu legen.

Sehr bezeichnend für das herrschende Verhältnis, das sich in den letzten Jahren zwischen der finnischen und der russischen Sozialdemokratie herausgebildet hat, ist die Rede, mit der der Vorsitzende Genosse Oskar Tokoi zu Beginn der Nachmittagsession den etwas später eingetroffenen russischen Gast begrüßte. Genosse Tokoi wies darauf hin, wie die geschichtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse die finnische Sozialdemokratie ganz besonders an die russische Bruderpartei ketten. Der Kampf gegen den gemeinsamen Feind führe zu einem immer engeren Zusammenschluß der finnischen und der russischen Arbeiterklasse.

Genosse Tschaidse betonte, er glaube als Dolmetsch der gesamten Arbeiterklasse Rußlands den Kongress begrüßen zu dürfen. Er begrüßte die finnische Bruderpartei zu ihrem glänzenden Wahlsieg im August dieses Jahres, der der finnischen Sozialdemokratie eine Anzahl neuer Mandate gebracht hat. Auf die politischen Verhältnisse im Reich übergehend erklärte Genosse Tschaidse, die Reaktion habe schon ihre Mittel erschöpft und sich deshalb genötigt gesehen, in der Inzenerierung des schwachbollen Steiner Ritualmordprozesses Rettung zu suchen. Um ihre Existenz aufrecht zu erhalten, lehnen die reaktionellen Schichten der russischen Gesellschaft kein anderes Mittel, als das dunkle Mittelalter herauszubekämpfen. Die Tagesordnung des Kongresses enthält außer dem Bericht des Parteivorstandes und der Landtagsfraktion folgende Fragen: Ergänzung des Programms, Ausgestaltung der Partei, Übernahm des Zentralorgans „Työmies“, in den Besitz der Partei, Agrarfrage, Wahlrechtsfrage, Steuerbewilligungsfrage, Aufgaben der Fraktion im Landtage.

Eine Arbeiterzeitung in Rußland-Polen.

Die erste Arbeiterzeitung seit dem Revolutionsjahre 1905/06 erscheint seit kurzen in Warschau unter dem Titel „Kowe Slowo“ („Neues Wort“). Die erste Nummer enthält einen Brief des Warschauer Dumaabgeordneten Jagiello von der polnisch-sozialistischen Partei (P. S. S.), in dem die Bekämpfung aller Arbeiterforderungen und die Loslösung der Arbeiter von der ganzen Tätigkeit der sozialistischen Dumafraktion durch die bürgerliche und liberale Presse gekennzeichnet wird. Andere Artikel sind dem Kampfe für die Krankenversicherung, der gegenwärtig von der polnischen Arbeiterschaft gegen die Unternehmer geführt wird, und der Gewerkschaftsbewegung in Polen gewidmet.

Gerichts-Zeitung.

Wie werden Polizeibrutalitäten geahndet?

Eine Auffehen erregende Polizeitat, die sich in der Nacht zum 24. Februar d. J. in Witterfeld ereignet hat, beschäftigt am Sonnabend die Strafkammer in Halle a. S. Angeklagt war der Polizeigeorgant Otto Körper, früher in Witterfeld, jetzt in Schönebeck, der in Ausübung seines Amtes den Ingenieur Pröpster, den Kaufmann Koch und den Cafetier Gehrhardt mißhandelt und beleidigt hat. A. hat die Polizeischule besucht, ist dann drei Jahre in Witterfeld tätig gewesen und hat nach den begangenen Robeiten Stellung in Schönebeck gefunden — und zwar wieder als Polizeibeamter.

In der erwähnten Nacht hatten A. und sein Kollege, Polizist Scheinichen, Straßendienst. Beide gingen verbotswidrig in das Lokal „Zum Rheinischen Hof“, stellten sich im Saal an das Buffet und tranken tüchtig. Sie schauten zu, wie sich die Mitglieder des Militärärztervereins beim Tanz amüsierten. Als es in einem Nebenzimmer zwischen einem Vereinsmitgliede, Ingenieur und Kaufmann zu einem ganz harmlosen Streit kam, gingen die beiden Polizisten ohne jede Aufforderung auf die Ingenieure und Kaufleute los und warfen zwei, mir nichts dir nichts, in der gewalttätigen Weise zum Lokal hinaus. Der Strafkammervorsitzende mußte anerkennen, daß das Tun der Polizeibeamten um so schlimmer sei, da sie doch selbst nicht in das Lokal hineingekommen. Bei dem Hinabwurf wurde Ingenieur Pröpster mit dem Kopf gegen die Tür gestoßen und direkt geschlagen. Zeuge befandete, als er die Nummer 85 wissen wollte, habe dieser Polizist die Hand erneut zum Schläge erhoben und gesagt: „Sie Affe, Sie Affe! Ich werde Ihnen die Nummer schon besorgen.“ Draußen wurde der „Arrestant“ von dem „Schwamm“ zur Treppe hinuntergestoßen, gegen die Aniechlen und Waden getreten, so daß blutige Risse entstanden. Zeuge B. sagt, der Polizist habe sich wie ein Tollwütiger

benommen; alles sei sprachlos gewesen. Der Kaufmann Koch wurde auf noch schlimmere Weise von A. hinausbefördert. Er wurde bei der Verabreichung von Stößen und Schlägen am Hals gewürgt und erhielt draußen von dem Polizist Scheinichen einen Faustschlag ins Gesicht, daß die Lippen bluteten und die Zähne locker wurden. Infolge der Mißhandlung bekam Koch eine Zahnwurzelverletzung, an der er längere Zeit ärztlich behandelt werden mußte. Der Cafetier Gehrhardt, der in der Nacht vom Bahnhof kam und mit dem Vorfall im Lokal auch nicht das geringste zu tun hatte, wurde von A. im Drange der Geschäfte ohne jeden Anlaß von der einen Straßenseite nach der anderen hinübergeschoben, so daß er gegen einen Briefkasten flog. Ein Kasinowirt, der zuschaute und dann sagte: „Der Polizist ist wohl betrunken“, wurde ebenfalls gleich abgeführt. Als schließlich das sehr geduldige Publikum eine drohende Haltung einnahm und rief, man solle sich doch nicht zuviel Polizeimißhandlungen gefallen lassen, verschwanden die Schwelmer

schließlich. Den „Arrestanten“ Koch hatten sie einem Wächter zum Transport nach der Wache übergeben.

Polizist Scheinichen stand nicht etwa als Angeklagter, sondern als Zeuge vor Gericht, weil ein gegen ihn anhängig gewesenes Verfahren eingestellt worden ist. Da er sich aber als Zeuge der nachfolgenden Vorgänge schwer „erinnern“ konnte, und auf die Frage, ob er dem Kaufmann Koch den brutalen Faustschlag ins Gesicht verleiht hat, die Antwort verweigerte, wurde gegen ihn ein neues Verfahren angehängt.

Der Staatsanwalt meinte: es sei die Pflicht, räubige Schafe aus dem Beamtenstand auszuschalten. Körper habe sich unter Ausbeutung seines Amtes gegen das Publikum in der schwersten und tollsten Weise vergangen. Er habe sich nicht geschämt, von hinten Personen in die Aniechlen zu treten usw. Er beantragte eine

Gefängnisstrafe von einem Jahre

und die sofortige Verhaftung. — Das Gericht erkannte wohl an, daß A. sehr heftig und roh vorgegangen sei und er zweifels ohne benutzt widerrechtlich handelte. Es wurden dem Angeklagten aber mildernde Umstände zugebilligt. So kam er mit einer

Geldstrafe von 350 Mark

davon. Diefem Fall stelle man folgenden an demselben Tage vor dem Reichsgericht verhandelt

Prozeß gegen einen Gewerkschaftsbeamten

Der Gewerkschaftsbeamte Knöner wurde vom Landgericht in Erfurt am 8. April zu 5 Monaten Gefängnis wegen angeblicher Verleumdung eines Arbeitswilligen verurteilt. Worin wurde die Verleumdung erblickt?

Die Fensterputzwerker hatten einen Streik begonnen, aber einer von ihnen, der Arbeiter R., hatte schon am zweiten Tage des Streiks die Arbeit wieder aufgenommen. Der Angeklagte, der bei der Leitung des Streiks beteiligt war, hatte dies erfahren und ging mit einem anderen Streikenden namens N. in die Wohnung des R. Er traf nur die Frau des R. an, auf deren Veranlassung R., wie man ihm gesagt hatte, die Arbeit wieder aufgenommen hatte. Der Angeklagte machte ihr deshalb Vorwürfe, erhielt aber von Frau R. zur Antwort, daß ihr Mann keine Familie erhalten müsse. Auf die Frage des Angeklagten, ob ihr Mann denn wisse, was er sei, antwortete Frau R.: „Ein Hund, der meinen Mann einen Streikbrecher nennt!“ Hierauf erwiderte der Angeklagte: „Ihr Mann ist ja einer!“ In diesen Worten hat das Gericht die Verleumdung des Arbeitswilligen R. erblickt und auf 5 Monate Gefängnis erkannt. Das Reichsgericht verworft die Revision.

Herrscht in der Tat keine Klassenjustiz?

Zum Plafatgesetz.

Welch tolle Blüten der Plafatparagraf des Preßgesetzes zeitigt, zeigt folgender Fall.

Der „Dresdener Generalanzeiger“ hatte unter dem Kopf der Zeitung die neuesten Depeschen aushängen lassen. Und zwar nicht bloß an eigenen Geschäftslokal, sondern die Zeitung hatte auch andere Einrichtungen zulassen genommen. So hatte, gemäß einer Vereinbarung, der Zigarrenhändler Kmann außen an seinem Geschäftslokal auf einem in die Wand eingelassenen Brett täglich diese einseitig bedruckten Zettel, die die Zeitung lieferte, anleihen lassen. Kmann wurde deshalb — wegen Übertretung des § 9 des preussischen Preßgesetzes angeklagt.

Das Landgericht in Dresden sprach den Angeklagten frei.

Das Kammergericht verworft jetzt die noch von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision. Begründend wurde ausgeführt:

Die Zusammenstellung des Inhalts der Anschläge sei nach den Bestimmungen der Vorinstanz von der Redaktion der Zeitung selber lediglich im geschäftlichen Interesse des Zeitungunternehmens gemacht. Solche gewerbliche Nachrichten unterliegen aber nicht dem Verbot des § 9 des preussischen Preßgesetzes, der an sich noch gültig sei. Da der Angeklagte nur als Werkzeug der Zeitung gehandelt habe, so sei die Freisprechung gerechtfertigt.

Wann endlich wird der Plafatparagraf aufgehoben werden.

Uberglaube.

Wie stark der Uberglaube auch in Berlin grassiert, ergab sich aus der Befragung, die gestern eine Frau Klügel vor der Strafkammer 10 des Landgerichts I als Verlesungszeugin gegen die wegen Betruges angeklagte Frau Marie Kahl machte.

Frau Kahl ist eine Landmännin der Zengin und hat diese in kaum glaublicher Weise zur Kärrin gemacht. Als Frau K. der Angeklagten ihre Not klagte, machte ihr diese den Vorwurf, zum Ankauf eines Potterleises 3 M. herzugeben; es würde ihr dann nie geahntes Glück erblühen, denn sie habe es in der Hand, ein solches Los zum Gewinn zu bringen. Frau K. gab die 3 M. her und vollzog auch gläubig allen möglichen Poluspokus, den ihr die Angeklagte vorschrieb. Dazu gehörte zunächst, daß sie zu gewissen Zeiten mit dem Daumen und dem Zeigefinger Salz auf den Boden streuen mußte. Dann mußte sie wieder einen Eimer mit Wasser in die Speisekammer stellen und Brotkrumen darauf streuen, sie durfte nicht unter das Reittissen blicken, dagegen durfte sie nach Cranienburg fahren und an dem Grabe der Mutter beten. Dieses und anderes dummes Zeug vollführte Frau K. gläubigen Gemüts in der festen Überzeugung, daß der große Gewinn nicht ausbleiben könne und in dieser Ueberzeugung hatte sie auch kein Bedenken, der Angeklagten nach und nach etwas Geld in Gefangenschaft von 52 Mark zu borgen. Sie hat davon nichts wiedergesehen. Wenn sie nicht Geld genug hatte, um die Ansprüche der Angeklagten zu befriedigen, ließ sie sich verleiten, Sachen ihres Ehemannes zu verpfänden.

Das Gericht verurteilte die abgefeimte Schwindlerin mit Rücksicht auf ihre Vorstrafen zu einem Jahre Zuchthaus. Verschuldet nicht letzten Endes die herrschende Klasse durch ihren Kampf gegen Aufklärung die Möglichkeit solchen Uberglaubens und seiner schamlosen Ausbeutung?

Jugendveranstaltungen.

Reutal. Jugendheim II, Bogalstr. 15, Mittwoch, den 5. November: Vierter Vortrag des Herrn Pöhl über „Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts“.

Freitag, den 7. November: Unterhaltungabend. Musik, Gesang und Rezitation.

Am Sonntag, den 9. November, findet für die gesamte Reutalener Jugend eine humoristische Partie nach Münchshof statt. Teilnehmer zahlen a 20 Pf. müssen vorher in den Jugendheimen entnommen werden, wofür eine Bursch mit Salat gegeben wird. Fahrpreis 50 Pf. Treffpunkt um 7 Uhr früh an folgenden Stellen: 1. Bezirk, Bahnhof Hermannstraße; 2. Bezirk, am Wasserturn; 3. Bezirk, am Bobbinplatz; 4. Bezirk, am Reuterplatz; 5. Bezirk, am Richardplatz.

Witterungsbericht vom 4. November 1913.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenlage	Temperatur Grad C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenlage	Temperatur Grad C
Eutin	758	SW	4	10,0	Hamborn	758	SW	4	10,0
Hamborn	758	SW	4	10,0	Hamborn	758	SW	4	10,0
Hamborn	758	SW	4	10,0	Hamborn	758	SW	4	10,0
Hamborn	758	SW	4	10,0	Hamborn	758	SW	4	10,0
Hamborn	758	SW	4	10,0	Hamborn	758	SW	4	10,0
Hamborn	758	SW	4	10,0	Hamborn	758	SW	4	10,0
Hamborn	758	SW	4	10,0	Hamborn	758	SW	4	10,0
Hamborn	758	SW	4	10,0	Hamborn	758	SW	4	10,0
Hamborn	758	SW	4	10,0	Hamborn	758	SW	4	10,0

Wetterprognose für Mittwoch, den 5. November 1913.

Nachts kühl, am Tage wieder ziemlich mild, zeitweise heiter, aber veränderlich bei lebhaften westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.



Amol das Hausmittel

Allgemein-Verchiedenes

Kirsch

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham

Arbeiter-Berufskleidung

Auto-Fahrschule

Bade-Anstalten

Bad Al-Moabit 104

Bad Godesberg

Bad Nauheim

Bad Soden

Bad Wildungen

Bad Nauheim

Bad Nauheim

Bad Nauheim

Bad Nauheim

Bad Nauheim

Bad Nauheim

Bad Nauheim

Bad Nauheim

Bad Nauheim

Bad Nauheim

Bad Nauheim

Bad Nauheim

Bad Nauheim

Erscheint 2 mal wöchentlich

Bäcker- u. Conditoreien

Bäckerei Künscher

P. Lampa, Immanuelkirchstr. 20

C. Habels Brauerei

Goldbier

ist nicht nur ein Erfrischungsgetränk

Weissbier - Caramelbier

Löwen-Brauerei

Münchener Brauhaus

Schlöbbräu-Flaschenbier

Verlins-Brauerei Teutonia

Brottfabrik

Liebing's Zerpenschleuser

Burlen u. Sollerwaren

Bildereinrahmung

Butter, Eier, Käse

H.P. Biedermann

Bruno Freche

Gebrüder Groh

August Holz

F. HAGEN

Gebrüder Manns

W. Pletz, Buttergroßhdlg.

Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte

Paul Reinike Butter

Bezugsquellen-Verzeichnis

Cigarrenfabriken

Cigarrenhandlungen

Fleisch- u. Wurstwaren

A. Möbes Ndf.

Dampf-Waichanstalt

Drogen und Farben

Verlins-Brauerei Teutonia

Brottfabrik

Liebing's Zerpenschleuser

Burlen u. Sollerwaren

Bildereinrahmung

Butter, Eier, Käse

H.P. Biedermann

Bruno Freche

Gebrüder Groh

August Holz

F. HAGEN

Gebrüder Manns

W. Pletz, Buttergroßhdlg.

Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte

Paul Reinike Butter

Cigarrenfabriken

Cigarrenhandlungen

Fleisch- u. Wurstwaren

A. Möbes Ndf.

Dampf-Waichanstalt

Drogen und Farben

Verlins-Brauerei Teutonia

Brottfabrik

Liebing's Zerpenschleuser

Burlen u. Sollerwaren

Bildereinrahmung

Butter, Eier, Käse

H.P. Biedermann

Bruno Freche

Gebrüder Groh

August Holz

F. HAGEN

Gebrüder Manns

W. Pletz, Buttergroßhdlg.

Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte

Paul Reinike Butter

Cigarrenfabriken

Cigarrenhandlungen

Fleisch- u. Wurstwaren

A. Möbes Ndf.

Dampf-Waichanstalt

Drogen und Farben

Verlins-Brauerei Teutonia

Brottfabrik

Liebing's Zerpenschleuser

Burlen u. Sollerwaren

Bildereinrahmung

Butter, Eier, Käse

H.P. Biedermann

Bruno Freche

Gebrüder Groh

August Holz

F. HAGEN

Gebrüder Manns

W. Pletz, Buttergroßhdlg.

Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte

Paul Reinike Butter

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkauf.

Kaufhäuser

Kaufhaus Britz

Paul Falkenstein

Kolonialwaren

Karl Greising

Hokenkamp & Neumann

Paul Seidel, Schönhaus Allee 80

Gustav Seichter

Otto Schreiber

Kurz, Wolf, Wollwaren

M. Gardels

Albert Vogt

Lederhandlung

Lehrantfalten

Handels-Kurse

Mehlhandlungen

Bethke, Georg

Prese, Ernst

Gaage, Otto

W. Lau, Ch. Krumme Str. 54.

Gust. Hoppe, Spandau

W. Lau, Ch. Krumme Str. 54.

Gust. Hoppe, Spandau

W. Lau, Ch. Krumme Str. 54.

Gust. Hoppe, Spandau

W. Lau, Ch. Krumme Str. 54.

Gust. Hoppe, Spandau

Möbelfabrik und Versand

Rossien - Möbel

Gustav Richter

Möbelmagazine

Hoche & Co., Tegel

Ferd. Joachim Nachfolg.

Möbel-Ramerling

Herm. Kogel

Lange, Max

C. Linkogel, Nostitzstr. 45

Möbel-Nahlf

W. Strohscheer

Nahrungsmittel

Nähmaschinen

Singer Nähmaschinen

Obst, Gemüse

Kleine Markthalle

Optiker, Mechaniker

Partiewaren u. Reitlager

Potentialwägte

Photographische Ateliers

Photogr. Apparate

M. Albrecht

Hugo Schultz

Pianos

Rechtsbüros, Detektivs

Restaurants

Röhrschlächtereien

Fortsetzung s. nächste Seite.

Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion

in der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

1. Oktober 1911 bis 30. September 1913.

Schulwesen. — Bildungswesen.

Das Gemeindeforschungsamt hat sich immer der besonderen Liebe der sozialdemokratischen Fraktion erfreut. Sind auch die Sozialdemokraten von der Mitwirkung in der städtischen Schuldeputation durch das vom reaktionären Preussischen Landtag geschaffene ministerielle Beiratsgremium ausgeschlossen, so läßt die sozialdemokratische Fraktion keine Gelegenheit vorübergehen, in der ihr geeignet erscheinenden Weise das Gemeindeforschungsamt zu fördern.

Im der drohenden Verschlechterung des Berliner Schulwesens entgegenzutreten, interpellierten unsere Genossen am 15. Februar 1912 den Magistrat darüber, wie es mit dem Schulklassenstufensystem stehe, das allem Anschein nach durch eine vom Unterrichtsminister einberufene Kommission einer Revision unterzogen werden solle.

Heber die neue Dienstverweisung für Schulkommissionen konnte die Stadtverordnetenversammlung mit dem Magistrat nicht in reine kommen. Diese Anweisung sieht im Gegensatz zu früher auch Frauen in den Schulkommissionen als Helferinnen vor.

Die Übernahme des hauswirtschaftlichen Unterrichtes in Gemeinderegie erfolgte in der Sitzung am 28. November 1912. Dieser Unterricht war bisher von einem Verein ausgeübt worden, der von der Stadt so subventioniert wurde, daß die Stadt so ziemlich die gesamten Kosten trug.

Eine für das Schulwesen sehr wichtige Frage ist die Schulpflicht. Soll der in der Schule erhaltene Unterricht gebrüchlich sein, so müssen die Kinder auch in der Lage sein, dem Unterricht folgen und ihn aufnehmen zu können.

Erneut hatte sich die Stadtverordnetenversammlung mit der Vergabe der städtischen Turnhallen an den Arbeiter-Turnverein „Richte“ zu befassen. Gegenüber einem früheren Urteile des Reichsgerichts hatten die vereinigten Senate des Reichsgerichts ein Urteil herausgebracht, nach welchem die Erteilung von Turnunterricht an jugendliche Personen unter 18 Jahren einer Erlaubnis unterliege.

12. Juni 1913, dem Turnverein „Richte“ auch ferner die städtischen Turnhallen zu überlassen, eventuell aber Vorzüge zu treffen, um dem genannten Verein andere Räumlichkeiten zugewiesen. Ein Ausschuss, der mit der Sache betraut wurde, kam zur Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge.

Das ist die schärfste Kennzeichnung des Resseltrabens gegen die Arbeiterturner!

Die Jugendpflege in den Fortbildungsschulen gab unseren Genossen Veranlassung, in den Sitzungen am 14. und 21. März 1912 die bedauerlich untergeordnete nationale Jugendpflege und die mit offen polizeilichen Schritten verfolgte proletarische Jugendbewegung in der heftigen Beleuchtung zu zeigen.

Die Pflichtfortbildungsschule für Mädchen, welche von der sozialdemokratischen Fraktion seit Jahren gefordert worden war, wurde in der Verichtszeit zur Tatsache, nicht ohne daß erst ein neuer Anstoß gegen den Stadtkämmerer erfolgen mußte, weil dieses Finanzgenie die Vereinstellung der Mittel verbittern wollte.

Auf dem Gebiete des Bildungswesens hat die sozialdemokratische Fraktion das Streben unterstützt, der breiten Masse der Bevölkerung für ein geringes Eintrittsgeld einen wahren Anstich zu bieten. Aus diesem Grunde haben unsere Genossen sich wirksam für die Subventionierung des Philharmonischen Orchesters eingesetzt.

Eine zweite Gelegenheit der Förderung der Volkstümlichkeit bot sich bei der Vergabe von 2 Millionen als Hypothek an die Neue Freie Volkshöhne zwecks Errichtung eines Theaterbaues im ehemaligen Scheunenviertel, womit sich die Stadtverordnetenversammlung in ihren Sitzungen am 9. und 30. Januar 1913 befaßte.

Wahlrechtsfragen.

Die Stadtverordnetenversammlung, die auf Grund des Dreiklassenwahlrechts und des Hausbesitzprivilegs zusammengesetzt ist, kann nur in bedingter Weise sich mit Wahlrechtsfragen befassen. Während in der vorletzten Berichtsperiode (1909—1911) der Magistrat durch die Stadtverordnetenversammlung veranlaßt wurde, in einer Petition an den Landtag die reaktionäre Wirkung der beschleunigten Wahlrechtsreform vom Standpunkt der Berliner Bürgerschaft aus darzulegen, stellte die sozialdemokratische Fraktion in der abgelaufenen Berichtsperiode den Antrag, zum Zwecke der Erleichterung des Wahlgeschäfts bei den Reichstagswahlen amtliche Wahlkästen den Reichstagswählern auszustellen und auszuliefern, genau so, wie das schon bei den Landtags- und Stadtverordnetenwahlen geschieht.

Das Wahlrecht zum Gewerbegericht betraf ein sozialdemokratisches Antrags, der in der Sitzung am 24. November 1912 verhandelt wurde. Anlaß hierzu gab der Umstand, daß die Polizei den Arbeitern, die länger als sechs Wochen arbeitslos waren, die Abstempelung der Wahllegitimationen zum Gewerbegerichtswahl ablehnte.

Von gegnerischer Seite wurde erwidert, daß diesem Antrage nicht zugestimmt werden könne; man müsse die Angelegenheit erneut prüfen, ob tatsächlich im Statut eine Lücke enthalten sei.

Herr Hamburger erklärte mündlich in der Sitzung am 14. November 1912: „Wir haben uns gesagt: Die Wahl findet Mitte November statt, die Ausstellung dieser Bescheinigung wird ungefähr Mitte des Oktober in den meisten Fällen erfolgen, aber sechs Wochen vor diesem Zeitpunkt an zurückgerechnet, fällt noch in den September, eine Jahreszeit, in der von einer allgemeinen Stillegung der Arbeit in Saisonberufen, wie es in späterer Zeit üblich zu sein pflegt, noch nicht die Rede sein kann; der größte Teil der Arbeiter wird zu dieser Zeit, wenn er Arbeit haben will, noch Arbeit haben.“

Wir haben uns gesagt: Die Wahl findet Mitte November statt, die Ausstellung dieser Bescheinigung wird ungefähr Mitte des Oktober in den meisten Fällen erfolgen, aber sechs Wochen vor diesem Zeitpunkt an zurückgerechnet, fällt noch in den September, eine Jahreszeit, in der von einer allgemeinen Stillegung der Arbeit in Saisonberufen, wie es in späterer Zeit üblich zu sein pflegt, noch nicht die Rede sein kann; der größte Teil der Arbeiter wird zu dieser Zeit, wenn er Arbeit haben will, noch Arbeit haben.“

Verichts kam die Angelegenheit in der Sitzung vom 23. Oktober 1913 zum Abschluß, als die Stadtverordnetenversammlung beschloß, einer Deklaration der gemäßigten Deputation zuzustimmen, nach welcher bis zu sechs Wochen Arbeitslosigkeit die Wahlberechtigung bestehen soll.

Wer in Wahlrechtsfragen konsequente Vertreter im Rathaus haben will, muß am 9. November für die Wahl von Sozialdemokraten eintreten.

Zu den Stadtverordnetenwahlen.

Erster, fünfter und sechster Wahlkreis!

Zu den Stadtverordnetenwahlen finden an folgenden Tagen, abends 7 Uhr, von den bekannten Stellen aus wichtige Flugblattverbreitungen statt:

Heute Mittwoch im 34. Kommunalwahlbezirk,

morgen Donnerstag im 26., 27., 30., 33., 38 (dieser Bezirk gehört zum 1., 5. und 6. Kreis und kommt besonders das Hansa-, Luisen- und Kriminalgerichtsbiertel in Betracht) und 41. Kommunalwahlbezirk.

Besonders im 26. Kommunalwahlbezirk, der zum 5. und 6. Wahlkreis gehört, sowie im 38. Bezirk machen die Gegner die äußersten Anstrengungen zur Wiedergewinnung.

Parteienossen! Diese Bezirke müssen von uns erobert werden.

Wir fordern deshalb die Genossen aus den nicht zur Wahl stehenden Bezirken auf, sich für den

26. Kommunalwahlbezirk am Sonntag, früh 8 1/2 Uhr, im Lokale von Brandshädel, Lothringer Str. 101, und für den

38. Bezirk bei Pöschel, Thomasstr. 23, zur Verfügung zu stellen.

Von der Wahlagitiation des Berliner Kommunalfreijunns.

Für die Stadtverordnetenwahlen der dritten Klasse, die in Berlin am nächsten Sonntag zu vollziehen sind, agitierten die Freijünglinge mit viel Emsigkeit da, wo sie sich auch Erfolg versprechen. Daß mit der am Wahltag zu leistenden Heranholung säumiger Wähler wenig zu machen ist, wenn nicht eine ausgedehnte persönliche Agitation voranging, das haben allmählich auch sie begriffen.

Aus diesem Eifer der Freijünglinge erwächst unseren Genossen die Pflicht, durch rührige Agitation in Beschrift und Haus bis zum Tage der Wahl dafür zu sorgen, daß die Wählerschaft der dritten Klasse über die Volksfeindlichkeit des unsozialen Berliner Kommunalfreijunns aufgeklärt wird.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Die Genossen der ersten, zweiten und vierten Gruppe werden ersucht, am Donnerstag- und Freitagabend recht zahlreich zu den Wahlarbeiten zu erscheinen.

Am Freitag findet in allen Bezirken eine wichtige Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus statt.

Charlottenburg. Am kommenden Sonntagabend, den 8. November, bezieht der Wahlverein in den Gesamträumen des Volkshauses, Hofenstr. 3, sein 24. Stiftungsfest. Das Programm setzt sich zusammen aus gesanglichen und registratorischen Vorträgen; außerdem Festansprache. Die Arbeiterschaft Charlottenburgs wird ersucht, sich an diesem Feste recht zahlreich zu beteiligen. Anfang 1/2 9 Uhr. Karten à 25 Pf. erhältlich in der Vorwärts-Expedition, Senefelderstr. 1 und bei den Bezirksführern.

Schöneberg. Heute Mittwoch, den 5. d. M., abends 7 1/2 Uhr: Wichtige Flugblattverbreitung. Die Genossen des ersten und dritten Kommunalbezirks treffen sich bei Wille, Rollendorfstr. 16; des zweiten und vierten Bezirks bei Folger, Hufschäferstr. 26; des fünften Bezirks bei Wille, Mühlstr. 8a; des sechsten und siebenten Bezirks bei Brod, Bahnstr. 19; des achten Bezirks bei Welner, Gosenstr. 51; des neunten Bezirks bei Welner; des zehnten, zehnten, elften und zwölften Bezirks bei Rathmann, Tempelhofer Str. 18a. Die Radfahrer wollen nicht veräumen, sich den zur Wahl stehenden Bezirken zur Verfügung zu stellen.

Aldershof. Heute Mittwoch, abends 7 Uhr: Flugblattverbreitung von bekannter Stelle aus.

Mahlsdorf. Sonntag, den 9. November, nachmittags 2 Uhr, im Lokale von G. Anders, Bahnhofsstraße: Große öffentliche Versammlung mit anschließender Jugendchriften- und Wandschmuckausstellung. Vortrag über: „Die Kunst dem Volke“.

Röntgenial, Zepernitz, Buch. Donnerstag, den 6. November, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Lange, Siemensstraße 10 (Röntgenial), der zweite Vortragabend über die „Wissenschaftlichen Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung“ statt. Vortragender: Genosse Wilhelm Wengels. Arbeitslose, sowie Jugendliche haben freien Zutritt.

Potsdam. Heute Mittwoch, bei Hausmann Mitgliederversammlung. Auf der Tagesordnung steht u. a. Stadtverordnetenwahl.

Berliner Nachrichten.

Die Verschärfung der Hundesperre.

Der Polizeipräsident macht folgendes bekannt: Die neuerdings festgestellten beiden Tollwutfälle haben die für Berlin und den Regierungsbezirk Potsdam zuständigen Behörden veranlaßt, die Sperrevorschriften für Hunde und Katzen wieder in der für gefährdete Bezirke vorgeschriebenen Schärfe in Kraft zu setzen. Eine besondere Beachtung verdient der § 4 der neuerlassenen Viehbesatzpolizeilichen Anordnung vom 24. Oktober d. J., wonach jede

Hund und jede Kage, die — den Vorschriften zuwider — frei umherlaufen, getötet werden. Immer wieder sind in den letzten Monaten in Berlin und Umgebung neue Fälle von Tollwut festgestellt worden. Und da die Genuß sich nur durch Übertragung des Ansteckstoffes von einem Tier auf das andere verbreitet, unterliegt es keinem Zweifel, daß die erkrankten Tiere von einem tollwütigen gebissen worden sind, und daß sich wahrscheinlich noch mehrere infizierte Hunde oder Katzen in Berlin befinden. Entläßt nun ein Hund seinem Besitzer, so liegt, bei der Keizung der Tiere zusammenzulassen, der Verdacht vor, daß er von einem erkrankten das Tollwutgift aufgenommen hat. Im eigenen Interesse des Besitzers, seiner Angehörigen und der bei ihm verkehrenden Personen müssen deshalb Hunde, die frei umherlaufen, getötet werden. Da Ausnahmen nicht gemacht werden dürfen, kann nur dringend angeordnet werden, die Hunde so zu beaufsichtigen, daß sie nicht entlaufen. Die Situation ist leider so ernst, als daß auf Wünsche der Tierbesitzer, ihre Hunde oder Katzen dem Töten zu entziehen, Rücksicht genommen werden dürfte.

Der Markenerlös der Landesversicherungsanstalt Berlin betrug im September d. J. rund 1,3 Millionen Mark, oder 26 610 M. mehr als im September v. J. In den ersten neun Monaten dieses Jahres wurden an Markentbeiträgen 11 458 340 M. eingenommen, d. h. 158 694 M. mehr als in dem gleichen Zeitraum des vorigen Jahres.

Einwanderung der Untergrundbahn Woodbit-Treptom. In der gestrigen Sitzung der Verkehrsdeputation wurde beschlossen, dem vom Stadtbaurat Krause vorgelegten Projekt für die Aenderungen der städtischen Untergrundbahn Woodbit-Treptom grundsätzlich zuzustimmen. Diese Aenderungen bestehen darin, daß die Linie nicht mehr wie früher durch die Dorotheenstraße über das Kastanienwäldchen und durch die Oberwallstraße nach dem Dönhofsplatz geführt wird, sondern von Woodbit am Neuen Opernhaus vorbeiführt, dann durch die Sieges-Allee, Bellevuestraße und Leipziger Straße geleitet und beim Dönhofsplatz in die früher projektierte Linie übergeführt wird. Es sollen Bahnhöfe am neuen Opernhaus, am Klemmerplatz, am Potsdamerplatz und an der Kreuzung der Friedrich- und Leipziger Straße angelegt werden. Der Bahnhof am Klemmerplatz ist derartig geplant, daß eine Verbindung der von Schöneberg geplanten Fortsetzung seiner Bahn, die jetzt Rosendorferplatz endet, geschaffen wird, so daß die Bewohner des Bezirks dadurch eine Schnellbahnverbindung zum neuen Opernhaus erhalten.

Ein Frauenmord?

Ein graufiger Leichenfund, dem vielleicht ein Kapitalverbrechen zugrunde liegt, rief gestern mittag die Kriminalpolizei nach der Waisenbrücke. Dort sahen kurz vor 12 Uhr drei junge Leute einen menschlichen Oberkörper in der Spree treiben. Sie machten einen Schußmann darauf aufmerksam und landeten ihn mit dessen Hilfe. Die oberflächliche Besichtigung ergab, daß man es mit dem Oberkörper einer weiblichen Person von etwa 25 bis 30 Jahren zu tun hatte. Der Unterkörper, von dem nicht eine Spur vorhanden war, ist von dem Oberkörper ungefähr in Taillenhöhe roh abgetrennt. Die Trennung ist allem Anschein nach nicht durch Schmitz, sondern durch Schläge, wahrscheinlich von Dampferschrauben, erfolgt. Denn auch die inneren Organe, wie die Leber, die aus der Körperöffnung in Fetzen herausgingen, sind nicht durchschnitten, sondern durchgeschlagen. Der Rücken zeigte eine große Fleischwunde, die auch von Bootshaken oder Dampferschrauben herühren kann. Welleider war der Oberkörper nur noch mit Fetzen einer blauweilrotgefärbten Bluse und eines Hemdes. Die Revierpolizei benachrichtigte die Kriminalpolizei, und bald darauf erschienen Beamte der Mordekommission. Der Leichenfund wurde nach dem Schauhause gebracht.

Nach im Laufe des Mittags fand im Leichenhause eine eingehende gerichtliche Besichtigung des Oberkörpers statt. Nachdem die Leiche von dem Schamm, mit dem sie umgeben, gereinigt worden war, stellte sich heraus, daß sie nicht nur die große Fleischwunde am Rückgrat aufweist, sondern auch der Kopf, die Hände und die Arme sichtbar Verletzungen zeigen. Auch sie lassen die Annahme zu, daß sie von Dampferschrauben oder Bootshaken herühren, doch kann dieses bestimmt noch nicht gesagt werden. Auf die Rekonstruktion der Toten sowohl wie auf die Auffindung der noch fehlenden Leichten, des Unterkörpers bis zur Taille, hat die Kriminalpolizei deshalb eine Belohnung ausgesetzt. Nach den vorgenommenen Messungen war die tote ungefähr 1,55 Meter groß. Sie hat dunkles Haar und eine gerade Nase. Ihre Zähne sind vorstehend. Der linke Schneidezahn fehlt und ist durch einen künstlichen ersetzt. Nach dem ersten Befunde glaubte man, daß ihre Bluse ist blauweilrot gefärbt gewesen sei. In Wirklichkeit handelt es sich jedoch um zwei Blusen, die die tote trug, und zwar einer roten, mit dünnen, schwarzen, unterbrochenen Längsstreifen und einer weißen mit schwarzen Streifen. Erstere trug sie oben. Diese war an den Händen und am Halbe mit einer schwarzen Spitze befestigt. Vor der Brust trug sie eine schwarze Samtjacke, die mit einer pfeilartigen Emailnadel mit rotem Stein festgesetzt war. Die Knöpfe waren bei ihr schwarz, während sie bei der unteren weiß waren. Ueber die Brust hatte sie ein Handtuch gelegt. Das Hemd ist aus grobem Leinen gefertigt und mit Spitzen eingefast. Eine Obduktion der Leiche, die zur völligen Klärung des rätselhaften Fundes mit beitragen dürfte, wird erst heute stattfinden können.

Der geflüchtete „Staatsanwalt“.

Der Arbeiter Robert Lange, über dessen verwegene Flucht aus dem Untersuchungsgefängnis seinerzeit berichtet wurde, ist jetzt auch aus der Charité entwichen. Der Entprungene gehörte einer aus vier Köpfen bestehenden Bande von Kollidieben an, die es besonders auf Geschäftswagen von Dampfmaschinen abgesehen hatte. Die Kriminalpolizei mußte besondere Maßnahmen treffen, um dem Treiben der Bande, das vielen Wäldereien schweren Schaden brachte, ein Ende zu machen. Nach langen Beobachtungen gelang es Mitte Januar, die Diebe hinter Schloß und Riegel zu bringen. Als nun Lange dem Untersuchungsrichter zum Verhör vorgeführt werden sollte, wandte er sich, als er kaum seine Einzelzelle des Untersuchungsgefängnisses verlassen hatte, dreist an einen Oberaufseher, der gerade des Weges kam, stellte sich ihm als „Staatsanwalt König“ vor und erklärte ihm, daß er vom Oberstaatsanwalt den Auftrag habe, den Durchstichereien im Untersuchungsgefängnis endlich ein Ende zu machen. Er betonte dabei, daß die Sache ganz geheim gehalten werden müsse, ging in das Zimmer eines Staatsanwalts hinein, holte daraus ein Altkleid hervor, übergab es dem Oberaufseher und wies ihn an, auf ihn zu warten, bis er von einer kurzen Besprechung mit dem Oberstaatsanwalt zurückkomme. Der Oberaufseher wartete umsonst. Der verlagene Dieb verließ das Gefängnis, rief aus der nächsten Anzeihe die Kriminalpolizei an, bedankte sich bei den Beamten, die ihn festgenommen hatten, für die freundliche Aufnahme und teilte ihnen mit, daß er sich selbst entlassen habe und nunmehr die Reise nach Kiel, von der er ihnen bereits gesprochen habe, antreten werde. Lange wurde wieder ergriffen, als er im Begriff stand, seine Wohnung, die er aufgesucht hatte, in der Kleidung seiner Frau zu verlassen. Im Untersuchungsgefängnis wurde Lange nun „geisteskrank“. Anfangs Oktober kam er zur Beobachtung nach der Charité, wo es ihm vorgestern früh gelang, in Anstaltskleidung zu entweichen. Sein Aufenthaltsort konnte bisher noch nicht ermittelt werden.

Selbstmord eines Husaren.

Gestern hat sich der Husar Johannes Kof, der als Bursche zu einem in der Rürnberger Straße 48 wohnenden Hauptmann kommandiert war, das Leben genommen. Er war vor einigen Tagen in eine Schlägerei verwickelt worden, bei der er einen Pionier durch einen Säbelhieb über den Kopf sehr schwer verletz hat. Der Verletzte liegt augenblicklich in bedenklichen Zustände im Garnisonlazarett danieder. Der Husar hatte für diese Tat eine empfindliche Strafe zu erwarten, der er sich durch Selbstmord zu entziehen beabsichtigte. Gestern nachmittag erhängte er sich in seiner Stube an einem Sattelriemen.

Ein Kampf mit einem Einbrecher hatte gestern die Frau des Malers Gustav Michaelis, Türkenstraße 24, zu bestehen. Den Umständen, daß die Frau zwischen 3 und 4 Uhr abends zum Einschlafen gegangen war, hatte ein Einbrecher ausgenutzt, um in die Wohnung einzubrechen und alles Wertvolle zusammenzupacken. Als er gerade mit einem Bündel Kleider und Wäsche die Treppe herabkam, lehrte Frau M. nach Hause zurück. Sie erkannte in dem Bündel sofort ihr Eigentum und forderte den Fremden auf, es sofort wieder herauszugeben. Als dieser es nicht tat, wollte sie ihn festhalten, und es entstand eine Kauererei, bei der der Einbrecher die Frau einige Treppen mit herunterschleifte. Dann verlegte er ihr einen Schlag gegen den Kopf, der ihr für einen Augenblick die Besinnung raubte, so daß sie den Mann loslassen mußte. Dieser ergriff jetzt die Flucht, ließ aber nun auch das Bündel im Stich. Bei der Kauererei verlor er auch seinen grünen weichen Hut und einen dunkel gemusterten Schlips, welche Gegenstände später der Polizei übergeben wurden. Es handelt sich um einen Mann, anfangs der Zwanziger mit dunklen Haaren. In der Wohnung hatte er auch noch verschiedene andere Wertgegenstände bereitgestellt, die er wahrscheinlich gleich hinterher abholen wollte.

Vor den Augen der Kinder Selbstmord verübt.

Ein erschütterndes Drama hat sich gestern morgen in dem Hause Joffener Str. 42 abgepielt. Der im dritten Stock wohnhafte 37 Jahre alte Oskar Leutner, der in den Kammerlichtspielen angestellt war, hatte mißlicher Familienverhältnisse wegen den Entschluß gefaßt, Selbstmord zu begehen. Er schritt sich vor den Augen seiner beiden Kinder, einem sechsjährigen Knaben und einem vierjährigen Mädchen, die Pulsabern der rechten Hand auf. Blutüberströmt brach der Lebensmüde zusammen. Die beiden Kinder rannten aus dem Zimmer hinaus zu den Nachbarn. Als diese dann hinzukamen, lag O. in einer großen Blutlache auf dem Erdboden. Ein schleunigst herbeigekommener Arzt vermochte nichts mehr auszurichten; der Lebensmüde war bereits an Verblutung gestorben. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

Ein Fälscher von Zwanzigmarscheinen, auf dessen Ergreifung das Reichsbankdirektorium Mitte dieses Jahres eine Belohnung von 3000 M. aussetzte, ist gestern von der hiesigen Kriminalpolizei ermittelt und festgenommen worden. Er entpuppte sich als ein 40 Jahre alter Stubenmaler Paul Preuß aus der Friedrich-Karl-Straße zu Tempelhof.

Ein zweiter Leichenfund in der Spree wurde gestern mittag am Wühlendammwehre gemacht. Dort landete man die Leiche eines jungen Mannes, der als der 17 Jahre alte Sohn Willi des Hauseigentümers Fiedert aus der Dillitzer Straße festgestellt wurde, über dessen Selbstmord wir vor 14 Tagen berichteten.

Der recht mangelhafte Zustand der Rettungsapparaturen an den Berliner Gewässern zeigte sich gestern wieder bei einem Unfall, den ein junger Mann erlitt und bei dem er beinahe infolge des Fehlens geeigneter Rettungsmittel zu Tode gekommen wäre. An dem Ufergelände des Landwehrkanals zwischen Oranien- und Waldbornstraße hatte der junge Mann Turnübungen gemacht, war ausgeglitten und ins Wasser gestürzt. Auf seine Hilferufe warfen ihn Vorübergehende einen Rettungsball zu. Die Absicht, ihn dann in einen Rettungsboje zu bringen, konnte aber nicht ausgeführt werden, weil — keiner zu sehen war. Man mußte dazu übergehen, den jungen Mann, der halb erstarrt war und sich nur unter Aufbietung aller Kräfte festhalten konnte, mit dem Strick des Balles die Uferböschung heraufzuziehen. Wie uns mitgeteilt wird, hat sich ein ähnlicher Vorfall vor etwa 6 Wochen an derselben Stelle bereits bemerkbar gemacht. Als man einer Frau, die ins Wasser gefallen war, einen Rettungsball zuwarf, riß der Strick. Dasselbe wiederholte sich bei einem zweiten Rettungsball, den man dann schnell herbeiholte. Wer will die Verantwortung dafür übernehmen, wenn es durch diese unheilbaren Zustände einmal nicht gelingt, ein Menschenleben zu retten?!

Kindesmord?

Auf einen Kindesmord deutet ein Leichenfund hin, der gestern nachmittag in Schöneberg gemacht worden ist. Auf dem unbebauten Grundstück Jnsbruder Straße 14, in der Nähe des neuen Hofhauses, stieß der Schüler Hermann H. aus der Reisinger Straße 2, als er mit einem Spaten einen in der vergangenen Nacht teilweise zugeschütteten Graben ausdoh, auf ein Paket, aus dem der Kopf eines Kindes sichtbar wurde. Der Knabe grub den Fund aus und machte dem zuständigen Polizeirevier in der Havelstraße Mitteilung. Bei der näheren Untersuchung fand man in dem Bündel die Leiche eines neugeborenen Knaben, die mehrere Verletzungen aufwies, die noch frisch waren und wohl durch Spatenstiche verursacht worden sind. Ob das Kind gelebt hat, muß die ärztliche Untersuchung ergeben. Die kleine Leiche wurde nach der Halle in der Entschstraße gebracht. Die Nachforschungen nach der unnatürlichen Mutter sind bisher ohne Erfolg geblieben.

Ein aufregender Vorfall. In eine recht gefährliche Lage geriet Montagabend ein Radfahrer an der Ecke der Invaliden- und Adersstraße. Der Radfahrer wollte den Fahrweg kreuzen, dabei geriet er zwischen zwei Straßenbahnwagen und kam zu Fall. Durch die Gegenwart des Wagenführers, der seinen Wagen sofort bremste, wurde verhindert, daß der Radfahrer, der bereits mit den Füßen unter dem Motorwagen lag, überfahren wurde. Glücklicherweise kam der Radfahrer mit einigen Hautabschürfungen und dem bloßen Schreden davon.

Der Deutsche Händlerverband veranstaltete am Montag im „Luisenstadtkino“ eine öffentliche Versammlung der Straßenhändler, Hausierer usw. Der Referent V r e n d e l schilderte die Lage dieser Händlergruppen. Er zeigte, wie ihnen ihre ohnehin kümmerliche Existenz erlähmt wird durch Gegner, die von allen Seiten gegen die ambulanten Händler vorgehen. Da sind zunächst die verschiedenen Organisationen der festhaften Händler, vor allem der Bund der Handel- und Gewerbetreibenden, die kein Mittel verschont, um die Straßenhändler und Hausierer, deren Konkurrenz ihnen unangenehm ist, zu schädigen und behördliche Maßnahmen gegen sie zu fordern. In der gleichen Richtung bewegen sich die Bestrebungen der Haus- und Grundbesitzervereine. Auch sie stehen dem Straßenhändler feindselig gegenüber, denn die Hausbesitzer wollen ja ihre Höfen zu hohen Preisen vermieten. Ferner wird dem ambulanten Händlerstand durch die Polizei das Leben sehr schwer gemacht. Durch drückende Polizeiverordnungen wird ihr Gewerbebetrieb eingeregelt. Erst in allerletzter Zeit sind zu den für den Straßenhandel verbotenen Straßen 16 hinzu gefügt worden. Die Befolgung der zahlreichen Polizeiverordnungen wird auf das strengste bewacht, so daß eine Fülle von Strafmandaten den Händlern beizugehen werden. Zum gemeinsamen Schutz gegen die Gegner des ambulanten Händlerstandes empfiehlt der Referent die Organisation. Die Versammlung stimmte dem zu durch Annahme einer entsprechenden Resolution.

Großfeuer in Berlin D. In der Pflanzstraße 8 im Osten Berlins kam gestern mittag ein großer Dachstuhlbrand zum Ausbruch. Das Feuer war auf dem Boden des Vorderhauses entstanden und hatte an dem Inhalt der Bodenverläufe reichliche Nahrung gefunden. Als die Feuerwehr mit den Löschzügen 7 und 20 eintraf, standen die Dachstühle des Vorderhauses und Seitenflügels schon zu einem erheblichen Teil in Flammen. Der Brandinspektor Teubner ließ mit drei Rohren, die von Dampfspritzen gespeist wurden, Wasser geben, und zwar erfolgte der Löschangriff über eine mechanische Leiter und die Treppen. Nach einstündiger Arbeit war die Gefahr beseitigt. Die beiden Dachstühle sind größtenteils durch das Feuer vernichtet worden. Die Ursache des Brandes konnte nicht ermittelt werden. Mit den Aufräumarbeiten hatte die Wehr noch bis gegen Abend zu tun.

Im jüdischen Krematorium in der Gerichtstraße fanden im Monat Oktober 91 Einäscherungen statt. Von den Verstorbenen waren 54 Männer und 37 Frauen, 48 stammten aus Berlin, 40 aus den übrigen Gemeinden Groß-Berlins und 8 von außerhalb. 72 waren evangelisch, 3 katholisch, 7 mosaisch, 8 Dissidenten, 1 andersgläubig. Es wurden 98 religiöse Trauerfeiern abgehalten. Seit Eröffnung des Krematoriums (1. Dezember 1912) sind 708 Einäscherungen vorgenommen worden.

Bermitt. Der laubstummne Schuhmacher Ignaz Bogulski, 63 Jahre alt, mittelgroß, hat sich seit dem 28. September aus dem Hause entfernt; seit dem Tage fehlt jede Spur von ihm. Er ist fremd in Berlin und kann nur seinen Namen schreiben. Sollte jemand über den Verbleib des Vermissten etwas wissen, wird um gütige Nachricht gebeten an Frau M. Konorowski, Steinstraße 11, vorn 3 Treppen.

Gefunden. Eine Frau hat am Montag eine alte Börse mit 1 M. 15 Pf. Inhalt und einer Wochentarte gefunden. Abzuholen bei L. Wagner, Hufelandstr. 41.

Zeugen gesucht, die am 27. September kurz vor 6 Uhr abends in einem Sidingzug bei der Ausfahrt aus Bahnhof „Alexanderplatz“ mitangesehen haben, wie einem Fahrgast durch eine zuschlagende Tür der Zeigefinger der rechten Hand zerquetscht wurde. Meldungen bei Pape, Neulöh, Hermannstr. 123, vorn, 4 Treppen.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Der Verkauf billigen russischen Fleisches ist seit einiger Zeit wieder aufgenommen worden. Die vom Magistrat eingerichteten Verkaufsstellen befinden sich Dorfweg 32, Frischestr. 58 und Nordhausener Straße 23; sie sollen nach Bedarf vermehrt werden.

Eine **Volksspeisehalle** ist auf Anregung des Charlottenburger Magistrats im April vorigen Jahres von der Berliner Volks-Kaffee- und Speisehallengesellschaft in Charlottenburg, Grünir. 16, die Hebbelstraße eröffnet worden. Die freundlich eingerichtete Halle ist von 1/2 8 Uhr morgens bis 9 Uhr abends geöffnet und bietet 110 Personen Raum. Es wird eine kräftige und wohl-schmeckende Kost in reichlichem Maße zu niedrigen Preisen verabfolgt. Zum Mittagbrot stehen mehrere warme Gerichte zum Preis von 20-40 Pf. zur Auswahl; für 5 Pf. erhält man eine Tasse Kaffee oder Kakao. Von der Einrichtung, daß Speisen auch außer dem Hause verkauft werden, wird von vielen Familien Gebrauch gemacht. Die Speisehalle ist keine Wohlthätigkeitsanstalt. Die Vorteile des Großbetriebes und der Verzehrung ermöglichen es der Gesellschaft, für die geringen Preise gute und schmackhafte Speisen und Getränke zu liefern.

Im Kanalisationsbau verstorben.

In einer am Kommandamm belegenen Laubenkolonie waren gestern nachmittag Arbeiter mit Reparaturarbeiten an den Kanalisationsröhren beschäftigt. Zu diesem Zwecke stieg der Arbeiter Paul Richter aus der Sophie-Charlottenstraße 40 in einen Schacht. Als er nach längerer Zeit nicht wieder zum Vorschein kam, begaben sich seine Kollegen in den Schacht. Sie konnten ihrem Kollegen aber keine Hilfe mehr bringen. Er war bereits wahrscheinlich infolge Einatmung giftiger Gase verstorben.

Tempelhof.

Tödliche Brandwunden erlitt am Sonntag durch herabfallende brennende Spirituslampen von einer beim Anfeuern der Gasflammen benutzten Holzstange das achtjährige Töchterchen der Schulzeisen Eheleute in der Parkstraße. Auf das Geschehen der Kleinen, welche mit dem Anzünden der Treppenbeleuchtung beschäftigt war, eilten Hausbewohner herbei, um die in Brand geratenen Kleider des Kindes zu erlösen, doch hatte das Mädchen bereits so schwere Brandwunden erlitten, daß es am folgenden Tage im Dräger Krankenhaus verschied.

Sichtenberg.

Ein **schwerer Straßenbahnunfall** hat sich Montag in Kummelsburg ereignet. Vor dem Hause Wühlstr. 30 wollte die 23jährige Witwe Wilhelmine Springer aus der Warshawer Straße kurz vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der sogenannten Zubringerbahn den Fahrdamm überqueren. Die alte Frau wurde umgestoßen und geriet unter den Vorderperren. Sie erlitt eine schwere Beckenquetschung, eine Kopfwunde und erhebliche Hautabschürfungen an den Armen. Die Verunglückte erhielt von einem in der Nähe wohnenden Arzte die erste Hilfe und wurde dann nach dem Krankenhaus am Urban gebracht.

Wilmerdorf.

Ein **tödlicher Automobilunfall** hat sich am Montag in der Kaiser-Allee zugegetragen. Die siebenjährige Tochter Christine des Kaufmanns Kersten aus der Hufelandstr. 130 befand sich gegen 8 Uhr abends in Begleitung des Kinderfräuleins auf dem Nachhausewege. In der Kaiser-Allee kurz vor der Meier-Dtto-Straße erblickte das Kind auf dem jenseitigen Bürgersteige eine Schulfreundin. Das Mädchen riß sich von der Hand des Kinderfräuleins los und lief auf den Fahrdamm, um die Schulfreundin zu begrüßen. Dabei stolperte das Mädchen nicht auf das Herannahende eines Automobils. Infolge der geringen Entfernung vermochte der Chauffeur den Kraftwagen nicht mehr rechtzeitig zum Stehen zu bringen, die Kleine wurde umgerissen und geriet unter das schwere Gefährt, dessen Vorderräder über den Körper des Kindes hinweggingen. Die Verunglückte erlitt schwere äußere und innere Verletzungen und verstarb auf dem Transport zu einem in der Nähe wohnenden Arzte.

Orig.

Aus der **Gemeindervertretung.** Zunächst berichtete der Bürgermeister, daß die hiesigen Gemeindefschulen gegenwärtig von 2048 Kindern besucht würden und zwar von 996 Knaben und 1052 Mädchen. Außerdem beständen zwei Hilfsklassen für 31 Kinder. Hierauf gelangte ein Antrag, die Marienstraße zu regulieren, worauf ein Anwohner hat sich bereit erklärt, zu den Kosten 1000 M. zuzuzahlen. Der Gemeindevorstand Wendt bemängelte, daß diese Arbeiten schon in Angriff genommen worden sind, noch ehe die Genehmigung hierzu eingeholt worden sei. Ein Stadtrat der gepflasterten Andoverstraße, das über Torfbrech fährt, hat sich nicht angeschlossen. Die Firma, welche die Pflasterung auszuführen hat, hat von den 17314 M. betragenden Kosten 3000 M. abgelassen, womit die Straße ordnungsmäßig hergestellt wird. Frei werdendes Gemeindegeld soll an Laubenkolonisten zum Preise von 50 Pf. pro Quadratmeter verpachtet werden.

Eine sehr lebhaft debattierte die Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Fraktion herbor, der die Gemeinde ersucht, in Anbetracht der vorherrschenden Krise und des damit verbundenen Notstandes, Maßnahmen zu ergreifen. Genosse Gutschmidt begründete den Antrag, er forderte Speisung bedürftiger Schulkinder, Einführung

des billigen Seefisch- und Fleischverkehrs, Vergebung von Koffhandarbeiten während des Winters und die Einführung einer Arbeitslosenversicherung in Groß-Berlin. In der hierauf folgenden Besprechung gaben die meisten Redner den herrschenden Kostendruck und die Erklärung, daß die Gemeinde inslande sei, hier helfend einzugreifen. Der Antrag wurde einer Kommission überwiesen, die sich hiermit eingehender beschäftigen und in einer demnächst stattfindenden Sitzung Bericht erstatten soll. Der Bürgermeister teilte noch mit, daß, wenn die im Bau begriffenen Schnellbahnen vom Hermannplatz aus verlängert würden, der Bebauungsplan für Brigg in Rücksicht darauf umgeändert werden müßte.

Neufölln.
Eine Gefahr für Radfahrer bildet der auf Brigg Gebiet liegende Teil der Rudower Straße vor dem Neuföllner Krankenhaus. Dort sind die geradeaus gehenden Schienen der Straßenbahn nur mit Sand ausgefüllt; der asphaltierte Teil der Straße macht eine Kurve nach links, hier wird er durch eine Vorflut abgelenkt. Schon mehrfach ist es vorgekommen, daß Radfahrer in der Dunkelheit mit ihren Rädern in die Schienen gerieten, zu Falle kamen und sich verletzten. Es wäre daher an der Zeit, daß jene Gefahrenquelle beseitigt würde, noch ehe ein größeres Unglück geschieht.

Adlershof.
Aus der Gemeindevertretung. Die Vorlage, betreffend die Ueberreitungen des Voranschlags für das Rechnungsjahr 1912 in Höhe von circa 19 000 M. wurde angenommen. Für das laufende Rechnungsjahr wurden für die beiden Abchnitte VI und X 1900,25 M. nachbewilligt. Ein Schmerzenskind für die Gemeinde ist die Bedürfnisanstalt. Diese ist jetzt auf dem Grundstück Bismarckstraße 10 untergebracht. Wiederholt sind von unseren Genossen Beschwerden aus der Bevölkerung vorgebracht worden, daß erstens die Lage eine sehr unangenehme und die Anstalt nie beleuchtet sei. Auf Grund der eingezogenen Beschwerden ist es nun zur Klärung des Vertrages gekommen. Unsere Genossen traten in der Kommission dafür ein, daß endlich diese Frage dadurch gelöst wird, daß eine Bedürfnisanstalt von der Gemeinde gebaut wird. Dem stehen aber zurzeit noch unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen. Die Anstalt soll vorläufig auf dem Grundstück des Gastwirts Köpfer, am Marktplatz, untergebracht werden. Unsere Genossen betonten im Plenum nochmals, daß sie dem nur zustimmen, da es sich um die vorläufige Unterbringung handelt; sie erziehen den Gemeindevorstand jedoch, alles zu tun, um eine endgültige Lösung der Frage herbeizuführen. Schon am 4. Juli hat die Gemeindevertretung beschlossen, mit den beiden Nachbargemeinden Rudow und Alt-Glienide betreffs Einrichtung des Nachbarsprechdienstes in Verbindung zu treten. Beide Gemeinden haben sich hierzu bereit erklärt, doch soll bei Alt-Glienide nur der alte Ortsteil bei der Verrechnung der Kosten in Frage kommen. Der neue Teil Falkenberg gehört postalisch zu Grünau und ist an das Adlershofer Amt nicht angegliedert. Die Reichspost ist zur Einrichtung des Nachbarsprechdienstes bereit, wenn für die ca. 2100 M. betragenden Unkosten Garantie geleistet wird. Im Prinzip erklärte sich die Gemeindevertretung mit dieser Regelung einverstanden, doch sollen noch Verhandlungen mit der Reichspost und dem Amtsvorstand geführt werden. Die Vertretung gab noch ihr Einverständnis, daß bei großen Bränden die Brigg Motorspritze herbeigerufen wird. Die Feuerwehr von Brigg ist hierzu bereit; die Kosten belaufen sich bei einem etwaigen Gebrauch auf 10 M. für jede angefangene Stunde. Bei der Erörterung über die Neuregulierung der Chauffee zwischen Adlershof und Köpenick kam es zwischen dem Gemeindevorstand und dem Schöffen Wendelsohn zu einer derartigen persönlichen Auseinandersetzung, daß es unmöglich war, die Verhandlung weiter zu führen. Der Bürgermeister verzichtete deshalb die Sitzung auf eine Stunde. Bemerkenswert ist, daß der Gemeindevorstand die Angelegenheit, einen anderen Ton in die Sitzungen hineinzubringen. Welcher Art dieser „Ton“ sein wird, kann man ermeinen, wenn man bedenkt, daß er drohte, eine Harmonika mitzubringen. Bei Wiederbeginn der Sitzung wurde vom Gemeindevorstand der Antrag gestellt, die Geschäftsordnung einer Revision zu unterziehen. In die hierfür bestimmte Kommission wurde auch Genosse Jabel gewählt. Dem Antrage unserer Genossen „Lieferung von Frühstück an hilfsbedürftige Schulkinder“ wurde nach einer kurzen Begründung des Genossen Jabel einstimmig zugestimmt. Ebenfalls fand der Antrag auf Wiedereinführung des Verkaufs von russischem Fleisch im Prinzip einstimmige Annahme. Die weitere Ausführung des Beschlusses wurde dem Feuerungsaußenamt übertragen. Auf eine Beschwerde an die Reichspostverwaltung ist jetzt die Antwort erfolgt, daß die letzte Briefkastenerweiterung abends 10,30 Uhr geschieht und daß diese Briefe am nächsten Morgen mit der ersten Bestellung in Köpenick ausgetragen werden.

Potsdam.
Die letzte Stadtverordnetenversammlung brachte die Vorlage, welche die Rentenverhältnisse der städtischen Beamten einschließlich der besoldeten Magistratsmitglieder regelt, unter Dach und Fach damit verschiedene Verbesserungen für die Beamten und eine Gleichstellung mit den Rentenverhältnissen der staatlichen Beamten. Die Bürgermeisterwahl, die von dieser Vorlage abhing, wird nunmehr in den nächsten Tagen erledigt werden. Ueber die Gewährung eines Unabnehmens an die Hinterbliebenen der städtischen Bediensteten und Arbeiter konnte noch nicht Beschluß gefaßt werden, weil die betreffende Kommission noch keine Zeit zur Tagung gefunden hatte. Ein städtischer Fleischverkauf soll wieder eingerichtet werden. Man hielt die Angelegenheit aber noch nicht für spruchreif, vielmehr soll erst den Stadtverordneten eine ausführliche Denkschrift über die Erfahrungen des Magistrats bei dem vorjährigen Fleischverkauf zugestellt werden.

Die Stadtverordnetenwahlen sind nunmehr ausgeschrieben. Die 3. Abteilung wählt am 24. und 25. November in vier verschiedenen Lokalen. Früher wurde nur in zwei Lokalen gewählt, doch hatte der Androhung namentlich in den letzten Wahlstunden den Magistrat veranlaßt, die zwei bestehenden Wahlbezirke in je zwei Unterbezirke zu teilen. Im ersten Wahlbezirk wird gewählt im Turnsaal der höheren Mädchenschule in der Baisenstraße und im Schulgebäude am Neuen Markt, und zwar wählen im ersten Lokal die Wähler mit den Anfangsbuchstaben A bis F am ersten Tage und am zweiten Tage die Wähler von L bis R; im zweiten Lokal die Wähler von

G bis K beginnend, von S bis Z. Im zweiten Wahlbezirk wird gewählt im Schulgebäude in der Jägerstraße und im Schulgebäude in der Nauener Straße in der gleichen Namensbeileilung wie im ersten Wahlbezirk. Gewählt wird in der Zeit von 1 Uhr mittags bis 8 Uhr abends. Jeder Wähler erhält eine Wahllegitimation zugestellt, die er zum Wahltermin mitzubringen hat. — Arbeiter und Parteigenossen! Sorgt bereits in euren Bekannten- und Freundeskreisen für eine rechte rege Beteiligung an der Wahl, damit es endlich möglich wird, der Sozialdemokratie Eingang in die Stadtverordnetenversammlung zu verschaffen.

Der Ortslohn für den Stadtbezirk Potsdam ist nunmehr für das Jahr 1914 vom Oberverwaltungsamt festgesetzt worden: Er beträgt für männliche Personen über 21 Jahre 2,80 M., für solche von 16 bis 21 Jahren 2,30 (bisher für männliche über 16 Jahre 2,25 M.), für solche unter 16 Jahren 1,40 (bisher 0,90 M.). Für weibliche Personen über 21 Jahre beträgt der Ortslohn 2.— M., für solche von 16 bis 21 Jahren 1,60 (bisher für weibliche Personen über 16 Jahre 1,20 M.), für solche unter 16 Jahren 1 M. (bisher 0,75 M.).

Spandau.
Die Stadtverordnetenwahlen der 3. Abteilung brachten uns nur für den 2. Wahlbezirk (Hafelhorski-Kommendamm) eine Enttäuschung, weil hier die beiden Kandidaten der Kommunalen Vereinigung gleich in der Hauptwahl mit 30 Stimmen Mehrheit gewählt wurden. Die schädlichsten Mittel waren hier angewandt worden, um die Wähler zu beeinflussen. Zwei Tage vor der Wahl schlossen diese „Arbeitervertreter“ ein von langer Hand vorbereitetes Wahlbündnis mit den Gelben. In den Siemens-Werken wurden die Kandidaten der Kommunalen Vereinigung offiziell als solche der Gelben proklamiert und mit offenen und versteckten Drohungen schätzerte man die Wähler ein und während der Arbeitszeit wurden Bahnauforderungen verteilt. In dem Wahllokal selbst war ein ganzer Stab von Obergelben versammelt. Schon und verschloßen sich eine große Anzahl Wähler wieder aus dem Wahllokal, während andere mit niedergeschlagenen Augen die Kandidaten des gelben Mißmachers wählten. Von der städtischen Arbeiterkolonne Hafelhorski wurden die Wähler trappweise abkommandiert, um für die reaktionären Kandidaten der Kommunalen Vereinigung ihre Stimme in die Wahllokale zu werfen. Geradezu ein Skandal war es, daß die Listen, welche die Partei vom Magistrat für schweres Geld hatte abschreiben lassen, mit der amtlichen Wählerliste nicht übereinstimmten. Dadurch, daß die fortlaufenden Nummern auf den abgeschriebenen Listen alle falsch waren, mußten die Listenführer die Wohnung und Adresse jeden Wählers aufschreiben und die Schleparbeit wurde dadurch sehr erschwert. Auf dem Kommendamm wählten auch Wähler, die in den abgeschrieben Listen gar nicht enthalten waren. So wurde von unserer Seite festgestellt, daß ein Wähler gewählt hatte, der zur zweiten Abteilung gehöre. Auffallend viel Wähler, welche von einem Anhänger der Kommunalen Vereinigung legitimiert wurden, hatten den gleichen Namen. Der amtliche Listenführer hatte annehmend vergessen, die Namen der Wähler, die schon gewählt hatten, in der Liste anzustreichen, so daß den Wählern die Möglichkeit gegeben war, zweimal ihr Wahlrecht auszuüben. Da also genügend Protestgründe vorhanden sind, werden voraussichtlich die auf dem Kommendamm „gewählten“ beiden Stadtverordneten bald ihr Mandat niederlegen müssen.

Mit dem Wahlergebnis in Spandau selbst kann die Partei den Umständen nach zufrieden sein, sind doch in letzter Zeit auf den königlichen Fabriken etwa 2000 freie Arbeiter eingestellt worden, die jetzt als Wähler für uns nicht mehr in Frage kamen. Nur den dritten Wahlbezirk, der für uns aussichtslos war, mußten wir ohne besonderen Kampf der Kommunalen Vereinigung überlassen, da alle verfügbaren Kräfte nach dem 8. Bezirk dirigiert wurden, wo wir das Mandat des Genossen Pieper zu verteidigen hatten, der denn auch mit erheblicher Majorität wiedergewählt wurde. In sehr aussichtsreichen Stützpunkten stehen wir im 6. und 7. Wahlbezirk, sehen uns doch dort nur rund 30 Stimmen, um die Kommunale Vereinigung zu überflügeln.

Auch bei der am Montag stattfindenden Wahl der 2. Abteilung muß der letzte Mann auf die Beine gebracht werden, um einen Sieg der Kandidaten der Kommunalen Vereinigung, die als rücksichtslosste Fraktion im Rathaus jedem sozialen Fortschritt hindernd im Wege steht, unter allen Umständen zu verhindern.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

- Grünau.** Heute Mittwoch 6^{1/2} Uhr im Gemeinde-Amtgebäude Zimmer 1.
Marientdorf. Donnerstag, den 6. November, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus, Kafferstraße.
Rosenfeld. Morgen Donnerstag, den 6. November, abends 6 Uhr, in der Aula der Gemeindegemeinschaft Schillerstraße.
Tempelhof. Morgen Donnerstag, den 6. November, nachmittags 5^{1/2} Uhr, im Gemeindegemesszimmer, Dorfstr. 42.
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Aus aller Welt.

Eisenbahnkatastrophe in Südbrasilien.

Wie ein Telegramm aus Rio de Janeiro meldet, hat sich in der Nähe von Sao Paulo ein folgenschweres Eisenbahnunglück zugetragen. Zwei Schnellzüge der Mogana-Eisenbahn stiegen in voller Geschwindigkeit aufeinander. Von beiden Zügen schoben sich mehrere Wagen ineinander. Nach den bisherigen Feststellungen sind bei dem Unglück etwa 50 Menschen ums Leben gekommen. Außerdem sind zahlreiche Verletzte zu verzeichnen, die nach Sao Paulo geschafft worden sind.

Ein verschwundener Anwalt.

Seit einigen Tagen wird der in Karlsruhe ansässige Rechtsanwalt Dr. Karl Lorenz vermißt. Dr. Lorenz ist u. a. Testamentsvollstrecker im Nachlaß des 1910 verstorbenen Professors an der Kunstakademie Ernst Schurz. In den Schurz'schen Nachlaß sollen, wie man hört, etwa 800 000 M. fallen. Professor Schurz, eine in Karlsruhe sehr beliebte Persönlichkeit, hatte in seinem Testament neben Liegenschaften auch etwa 115 000 M. seiner Heimatgemeinde Neustadt im Schwarzwald vermacht, von denen diese aber erst etwa ein Drittel der Summe erhalten hat. Das Verschwinden des Rechtsanwalts Lorenz erregt in Karlsruhe außerordentliches Aufsehen.

Zu Kampfe mit Räubern.

Der Inhaber der Webfabrik Ziembeidi in Krakau wurde in seiner Wohnung von drei Banditen überfallen und nach heftiger Gegenwehr erschossen. Herbeigeeilte Polizisten und Arbeiter wurden von den Banditen mit Revolverkugeln empfangen, wobei acht Personen tödlich, mehrere andere leichter verletzt wurden. Es gelang den Banditen zu entkommen.

Kleine Notizen.

Arbeitererfisk. In Ueberhausen wurden bei Arbeiten am Rhein-Herne-Kanal durch einen Erdstreich drei Arbeiter verunglückt. Zwei davon erstickten.
Der Tod in der Grube. Wie aus Rio Tinto gemeldet wird, sind fünf englische und zwei spanische Seeräuber, die in den brennenden Schacht San Dionisio hinabgestiegen waren, darin erstickt.
Vernichtete Natursehne. Der Brand der Petroleumquellen bei Moreni ist durch Aufschüttung von Sand gelöscht worden. Achtzehn Bohrörter sind ausgebrannt. Verluste an Menschenleben sind nicht zu bezweifeln. Das Feuer hat sehr ergiebige Bohrquellen vernichtet, so einen Bohrturm der Kolombiengesellschaft, welcher jährlich 40 000 Sackons Petroleum lieferte.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 60, von vier bis sechs Uhr abends, wochentags von 4^{1/2} bis 7^{1/2} Uhr abends, Sonnabends, von 4^{1/2} bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Nachname und eine Zahl als Merkmal beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Kronenentscheidung beizufügen ist, werden nicht beantwortet. Ullige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.
G. R. 11. November 1888. — **B. 2. 2.** Höhere Fachschule für Textil- und Bekleidungsindustrie, Marktstr. 49. Alles Nähere dort. — **B. 3. 100.** Das ist keine Angelegenheit, sondern ein Verbrechen. — **B. 3. 100.** Die Resolution hat ihre Erledigung noch nicht gefunden. — **B. 3. 100.** Das ist die Aufgabe des Briefkastens. — **272 R.** Neben Sie mit einem Arzt. — **B. 3. 41.** 1. Eltern sind nicht halbtier. 2. Nur nach Ablauf von fünf Jahren ist die neuerliche Ladung zulässig; anders, wenn glaubhaft gemacht wird, daß Schuldner inzwischen Vermögen erlangt hat. — **B. 3. 66.** Zur Abgabe Ihrer Einmündungserklärung halten wir Sie für verpflichtet, sofern die Behauptung der Hofkammer, daß die ursprünglichen Nachhaken unrichtig nicht mehr ermittelt werden können, zutrifft. — **B. 3. 65.** Die Strafverfolgung ist nur dann zulässig, wenn die Tat deswegen rechtswirksam geschehen ist. Die Strafverfolgung geschieht auf Antrag durch die Staatsanwaltschaft. — **B. 3. 12. Rein.** — **B. 3. 100.** Sofern nicht anderweitige Vereinbarungen vorliegen, hat Ihre Tochter Anspruch auf Fortzahlung des Lohnes unter Führung des Krankengeldes, wenn die Krankheit nicht länger als 14 Tage andauert. — **B. 3. 6.** In der Regel bis 11 Uhr. — **R. 4. 1858.** Von Ihrer Heimatsbehörde wollen Sie sich ein Staatszugehörigkeitszeugnis besorgen und alsdann bei Volkswahlamt unter Beiliegung dieser Urkunde und unter Ueberreichung eines Sachverständigen, aus dem sich Ihre Anknüpfung am Orte ergibt, den Antrag auf Aufnahme in den preussischen Staatsverband stellen. Privatgesellschaften empfehlen wir nicht. — **B. 3. 27.** Setzen Sie sich mit dem Vorstand des Bauvereins des Bundesverbandes in Berlin, Engelauer 14 (Bismarckhaus) in Verbindung. — **B. 3. 54.** Es kann Verneinung von der Versicherungsgesellschaft beantragt werden. Ein solcher Antrag empfiehlt sich jedoch nicht, so daß es zweckmäßiger ist, sich eine Annahmeform ausstellen zu lassen, falls Sie versicherungspflichtige Beschäftigung annehmen. — **Eine Ratte.** Sie können in der Angelegenheit auch nichts mehr verlangen. — **B. 3. 30. 1. Ja,** in Höhe von etwa 5 M. 2. Rein. **R. 3. 100.** 1. Rein. 2. Ihre Ratte kann auf Herausgabe Klage erheben. Damit ihr keine Kosten entstehen, soll sie sich ein Armenattest verschaffen. Sie können sich Ihre Bruder zum Erstattung der Armenkosten je nach Vermögen oder Einkommen verschaffen. — **B. 3. 87. 1. Ja,** an den Oberpräsidenten, in weiterer Instanz an den Minister des Innern. 2. Rein. 3. Ja. — **Rat 82.** In der Regel 10 Wochen, wobei ^{1/2} des Jahresarbeitsverdienstes eingehält sein muß. — **B. 3. 25.** Dazu haben Sie kein Recht. Eine strafbare Handlung würde allerdings nicht eintreten. Der Vermieter hätte einen zurechnungsfähigen Zahlungsanpruch. — **B. 3. 15.** Sie sind zahlungspflichtig, Verjährung ist nicht eingetreten. — **B. 3. 99. 1. Rein. 2.** Das ist unzulässig, Geldstrafe bis zu 150 M. 3. Wenn es sich um einen politischen Bezirk handelt und der Vorstand nicht gewählt worden wäre, wenn man die Stimmen der unter 18 Jahre alten Mitglieder abgibt, so halten wir die Wahl für ungültig. — **R. 3. 15.** Das neue Wintermärchen ist immer nur (zuerst in den siebziger Jahren) anonym erschienen. — Zur zweiten Frage ist zu empfehlen, eine Sachhandlung am Rat anzugehen.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 8. 11. 2. 11.		Wasserstand	am 8. 11. 2. 11.	
	cm	cm		cm	cm
Remel, Tilsit	158	-5	Saale, Groditz	64	+6
Bregel, Jüterburg	-4	-2	Saale, Spandau ¹⁾	40	+2
Reichel, Thom	162	-2	Kathenon ²⁾	4	0
Dder, Ratibor	111	+1	Spree, Spremberg ³⁾	76	0
• Krossen	105	-2	Beetzow	90	0
• Frankfurt	109	-1	Bezer, Ründen	100	+5
Barthe, Schrimm	26	-2	Ründen	180	0
• Landsberg	9	-2	Rhein, Rarmitzschau	318	-2
Rege, Borsdamm	-8	0	Raub	116	-1
Gibe, Zeitmeritz	-11	-9	Rhin	89	-2
• Dresden	-168	+6	Redar, Heilbrunn	42	+17
• Barby	47	-8	Main, Danau	107	-1
• Magdeburg	47	-7	Roßel, Arier	41	+9

¹⁾ + bedeutet Hochs. — Fall. — ²⁾ Unterpegel.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69.

Neuerscheinung:
Nikolaus Welter
Hochofen
Ein Büchlein Psalmen.
Preis 1.20 M.

Jahreshefte, Lat. Stamml.,
Dachblätter, Metallverkauf, Spezial-
geschäfte, Wasserstraße 66. 1514R

**Land-
und
Bauparzellen**

für Vormärkte schon mit
100 Mark Anzahlung.
Keine jährliche Teilzahlung, im
westlichen Vorort, direkt am
Bahnhof, Güter Boden, große
Wertsteigerung zu er-
warten. Bevor Sie unter-
zeichnet beschließen, prüfen Sie
dieses Angebot, da streng recht-
schreiben Sie sofort an
M. Buchholz, Berlin,
Aniproduktstr. 19. Klänge, Prospekt,
Kaufsumme kostenlos.

Haben Sie bereits Ihren Gratis Quaker Oats Löffel empfangen?

Sammeln Sie die Gutscheine aus den Quaker Oats Paketen, dann senden Sie die nötige Anzahl an uns vor dem 31. Dezember 1914, und wir werden Ihnen einen wertvollen stark versilberten Quaker Oats Löffel gänzlich kostenlos zugehen lassen.

Sie brauchen nicht zu warten, bis Sie sämtliche Gutscheine beisammen haben, senden Sie uns per Postanweisung **M. 1.25**, und wir werden Ihnen den Löffel sofort zusenden. **Dieser Betrag wird Ihnen zurück-erstattet,** wenn uns bis zum 31. Dezember 1914 die erforderl. Anzahl Gutscheine zugesandt wird.

Quaker Oats Company, m. b. H., Hamburg, Abt. A. C.

Genauere Abbildung in Naturgröße. Ohne Reklameaufdruck.

Ich soll doch noch etwas mitbringen?

Rauers Mischungen

Marke Gelb: pro Pfund m. 1.00
Ja, das war's!

Bitte probieren Sie:

Rauers feinste Mischung
pro Pfund 1,10 Mark.
Rauers Marke weiß
pro Pfund 80 Pfennig.



Kaffee-Rösterei Rauer & Co.

Spezialgeschäft mit Kaffeemischungen, bestehend
aus Bohnenkaffee mit bewähr. Kaffeezusatzstoffen
Nur C 54, Neue Schönhauser Str. 3.

Wir bitten, auf die Hausnummer achten zu wollen,
da wir weder Filialen noch Niederlagen unterhalten.

Garbáty
Cigaretten

Qualität

Stoffe

für eleg. Maßanzüge,
Paletots Meter M. 5, 7, 9
Kostüm- und
Wollestonstoffe Meter M. 3, 4, 5
Persianer imit.
Plüsch 130 cm br. Meter M. 7⁵⁰ 9⁵⁰
Seiden-Seal prima Qual. Meter M. 15
Astrachan, Feh-
tutter Meter M. 4⁵⁰ 6⁵⁰

Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der
Petrikirche

Allgemeine Ortskrankenkasse
Berlin-Weißensee.

Bekanntmachung.

Die zum Donnerstag, den 6. No-
vember cr. einberufene Wahl der
Bezirke zum künftigen Ausschuss
findet nicht statt, da sowohl von den
Versicherten als auch von den Arbeit-
gebern nur eine gültige Vorschlags-
liste eingereicht worden und dem-
zufolge die Bestimmung einer Wahl
nach § 9 der Wahlordnung nicht er-
forderlich ist.

Berlin-Weißensee, 27/20⁹
den 3. November 1913.

Der Vorstand.
H. H. Fuhrmann, Vorsitzender.

Ohne jede Anzahlung!
Keine Rasterer, keine Raten!
Bett- u. Leibwäsche, Teppiche,
Portieren, Bilder, Gardinen,
Stores, Stepp- u. and. Decken.
MATZNER,
Fuldastraße Nr. 41.

Schlanke Figur

ohne Diät durch Reichel's „Grazianna“,
rationelles, natürliches Entfettungs-
mittel aus Meeresthemen (Fucus),
deren fettlösende Wirkung wirt-
schaftlich anerkannt ist. Wirksam ohne
Nachteil und ohne Veränderung der
Lebensweise: jede ungesunde und be-
schwerliche Körperbau, harte Leib,
breite Hüften, Doppelfurc u. c. Effektive
Erfolge laut glänzenden Anerken-
nungen. Prof. Dr. Otto Reichel,
Berlin 43, Eisenbahnstraße 4.

Stärkungs-
Rotwein für blä-
sige u. trunks Re-
konvaleszenten.
In Apothek, Drogerie
u. Delikat-Gesch.
Fl. 1,50 u. 2 M.
Nach-
nahmen
zurück-
weisen!

Feurig-
Süsser
Santa Lucia

Edle Kelt. 28 Stg.
Gewandlich-Süßwird
Fischer

Spezialarzt
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Hata. Blutuntersuchung.
Schnelle, sich. Heilung. Mäßige Preise.
Dr. med. Wockentuf,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
Sprechst. v. 8—8, Sonntags 8—10.

Reuters Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 5. November 1913.
Anfang 8 Uhr.
Schiller-Charlottenburg. Göt von
Berlinsingen.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Berliner. Ein Volkstheater.
Anfang 8 Uhr.
Eines Volkes am Zoo. Varieté-
Lichtspiele.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Eines Kollendorfer-Theater. Varieté-
Lichtspiele.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Catastroph
Elassische Ernstüberzeugung.
Kgl. Schauspielhaus. Die We-
nermächtigen. Die jährliche Ver-
wandten.
Deutsches. Der lebende Leichnam.
Johann Schickel. Galopierkunst.
Virtus Schumann. Galavorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Rosenmontag.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Großstadtluft.
Freitag, abends 8 Uhr:
Wenn der neue Wein blüht
Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Mittwoch, nachmittags 3 Uhr:
Göt von Berlinsingen.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Jugendfreunde.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Wenn der neue Wein blüht
Freitag, abends 8 Uhr:
Rosenmontag.
Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Die heitere Residenz.
Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr:
Die Kronbraut.
Komödienhaus.
8 Uhr: Hinter Mauern.
Berliner Theater.
8 Uhr:
Wie einst im Mai.
Lessing-Theater.
8 Uhr: Pygmalion.
Lichtsp. in 3 Akten v. Bernhard Scham.
Deutsches Künstlertheater
Sozialist.
Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
8 Uhr: Hanneles Himmelfahrt.
Der zerbrochene Krug.
Montis Operntheater.
Tägl. Leihar-Novität:
Die ideale Gattin. 8 Uhr.
Dr. Wolfard, N. Spielmann a. G.
8 Uhr: Residenz-Theater
Hoheit — der Franz!
Wunderliche Geschichte in 3 Akten von
Karl Zandberger und Emil Wolf.
Wahl von Robert Winterberg.
Vorg. u. i. Tage: Hoheit — der Franz!

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater.
Mittwoch 8 1/2 Uhr:
Hopfenraths Erben.
Goldstück mit Gesang und Tanz.

Walhalla-Theater.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Der Liebesonkel.
Pöffe mit Gesang und Tanz.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppelkonzert!
Berliner Konzerthaus-Orchester. Leitung: Komponist Frz. v. Blon.
Als Gastdirigent: Hofkapellmeister Prof. Traugott Ochs.
Musikkorps Garde-Füsilier-Regiments. Dirig. Oberm. Dippel.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen bei freiem
Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert Eintritt.

Die
CINES
Theater
Palast am Zoo
Täglich Anfang 8 Uhr.
Sonntags 3 Uhr Matinée.
Komplettes Programm großer
Variété-Akte
sowie unsere
renommierten Lichtspiele
Preise von 65 Pfennig an.
Apollo-Theater
Täglich Anfang 8 Uhr.
Komplettes Programm
großer Variété-Akte sowie
unsere renommierten
Lichtspiele
Preise von 45 Pfennig an.
Tägl. nachm. 1/2 5 Uhr:
Lichtspiel-Vorstellungen
nur zwei Preise
35 Pfennig und 60 Pfennig
Friedr.-Wilhelmsi.
Commissé Ursel
Film-Lustspiel mit
Henny Porten
u. unsere anderen renommierten
Lichtspiele
Ununterbrochene Vorstellung
täglich von 4 Uhr an.
Nur zwei Preise
35 Pf. und 60 Pf.
Keine teureren Plätze.
Nollendorf-Theater
Cleopatra
Die Herrin des Nils
Das Filmwunder der Welt
Heute Mittwoch:
Zum 100. Male! Cleopatra.
Jede Dame erh. 1 Jubiläumsgabe
Wochentags Anfang 8 1/2 u. 9 Uhr
Sonntags 4, 6 1/2 u. 9 Uhr
Jugend-Vorstellung
Mittwoch und Sonnabend 4 Uhr
zu halben Preisen.
In allen „Cines“-Theatern:
Einzug des Herzogpaares
Ernst August
in Braunschweig.

Neukölln
Pflüger-Straße.
Nur kurze Zeit!
Circus
Barum-
Schau
Täglich abends 8 1/2 Uhr:
Das grandiose
Programm
mit 22 Weltattraktionen.
Heute Mittwoch, den 5.
brillante
2 Vorstellungen 2
nachm. 4, abds. 8 1/2 Uhr.
In der Nachmittags-Vorstellung
ein unvertägliches Tages-Pro-
gramm zu kleinen Preisen für
Kinder unter 12 Jahren.
Erwachsene:
Loge 1,50 Mk.
Parquet 1,25
Sperreih 1,—
1. Platz 0,80
2. Platz 0,60
3. Platz 0,40
Galerie 0,20
Kinder unter 12 Jahren:
Loge 0,75 Mk.
Parquet 0,65
Sperreih 0,50
1. Platz 0,40
2. Platz 0,30
3. Platz 0,20
Galerie 0,15
Täglich ab nachmittags 10 Uhr:
Öffentliche Tierdau
verbunden mit großem
Promenaden-Konzert
der eigenen Hauskapelle.
Alleiniger Billetvorverkauf
Cigarrenhaus Richter & Franke,
Prenzlauerplatz, Ecke Bismarckstr.

URANIA
Taubenstraße 48/49
8 Uhr: Direktor Franz Goerke:
Mit dem „Imperator“
nach New York.
Hörspiel 8 Uhr: Dr. W. Berndt:
Darwins Lehre.

Zirkus Busch.
Heute Mittwoch, 5. November,
abends 7 1/2 Uhr:
Gebr. Boston
Spezial-Equibristik in höchster
Vollendung.
Ferner die unendlichen
Fenschen-Affen
Max, Moritz und Teddy
aus C. Hagenbecks Tierpark.
Zum Schluss:
die neue große Ausstattung-
Pantomime
Aus unseren Kolonien.

Zirkus
Alb. Schumann.
Heute Mittwoch, 5. November,
abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Sport-Vorstellung.
Prolongiert! U. a. Prolongiert!
10 Bengal-Königs-Tiger 10
yorgeführt von Herrn Sawade.
Direktor Alb. Schumann
mit seinen einzig dastehenden
Schul- und Freiheitdressuren.
Neu! The 2 Coenen Neu!
in ihrem Perche-u. Leitersakt.
Um 9 1/2 Uhr:
Tango vor Gericht!
Pantomimische Burleske
in 3 Akten mit Gesang u. Tanz.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Seine Geliebte.
Voigt-Theater
Bodstraße 38.
Heute Mittwoch, 5. Novbr. 1913:
Mein Leopold.

Folies Caprice.
Ritter Baldrian
Das Adoptivkind
Die Mißgeburt

Admiralspalast.
Eis-Arena. — Allabendlich
das neue mit durchschlagendem
Erfolg aufgeführte Eisballlet
Die lustige Puppe.
Beginn der Vorstellung 8 1/2 Uhr.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.

Metropol-Theater
Abends 7 Uhr 55 präzise:
Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.

Casino-Theater
Kochstraße 37. Täglich 8 Uhr.
Der neue Saison-Posen-Schläger
Ferdinand der Engendhaffte.
Das droll. Stück seit Besuchen d. Ideal-
Vorher das erstl. Spezialität-Geogr.
Sonntag, nachm. 4 Uhr:
Mutterliebe.

Gr. Ausstattungsl. m. Ges. u. Tanz in
19 Akten, m. vollständig. freier Benutzung
des Jules Verne'schen Romanes von
Julius Freund.
Wahl von Jean Gilbert.
In Szene gef. v. Dir. Richard Schultz.
Karl Bachmann, Joseph Giampietro,
Guido Thielscher, Alfred Schmasow,
Leopold Woll, Ludwig Woll,
Helene Ballot, Ida Russka, J. de Lande.

Berliner Prater-Theater
Katharinen-Allee 7—9.
Jeden Mittwoch:
Heiterer Familien-Kaharett-Abend.
Kulturrein. erstklassiger Bühnenkräfte.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: Freitanz.
Freitag, den 7. November:
Die Kino-Königin.
Vorverkauf täglich im Theater.

WINTERGARTEN
Neues Programm.
Willard
der wachsende Mann.
Grete Freund Paul Beckers
Operetten- Komiker
Diva
Crispi und Farren
Ex-centr. Tanz-Duo
und die übrigen
November-Attraktionen!
Rauchen gestattet!

Germania-Prachtsäle
N. Chausseestr. 110. K. Richter.
Jeden Mittwoch:
Paul
Mantheys
lustige
Sänger.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Nachdem Freitanz.
— Vorzugsarten gelten. —
Jeden Donnerstag:
Großes Militär-Streich-Konzert
anschl. Familienfranzosen.
Für den Inhalt der zu erste
abermittelt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Urania. Direktor Franz Goerke:
Mit dem „Imperator“ nach New
York.
Hörspiel: Dr. W. Berndt:
Darwins Lehre.
Kammerstücke. Der verlorene Sohn.
Vertrag. Argination.
Königgrätzer Straße. Die Kron-
braut.
Berliner. Wie einst im Mai.
Theater am Kollendorferplatz. Der
lebende Leichnam.
Theater des Westens. Polenblut.
Deutsches Künstler-Theater.
Hanneles Himmelfahrt. Der
zerbrochene Krug.
Neues Operntheater (Apol.).
Gehtloshen.
Thalia. Die Langobringel.
Komödienhaus. Hinter Mauern.
Montis Operetten. Die ideale
Gattin.
Schiller O. Rosenmontag.
Schiller Charlottenburg. Jugend-
freunde.
Reichshallen. Hoheit — der Franz.
Metropol. Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.
Folies Caprice. Ritter Baldrian.
Die Mißgeburt. Das Adoptiv-
kind.
Walhalla. Der Liebesonkel.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Der lebende
Leichnam.
Anfang 8 Uhr.
Admiralspalast. Die lustige Puppe.
Eines Kollendorfer-Theater. Varieté-
Lichtspiele.

ROSE-THEATER
Große Kaufstraße, Str. 182.
Im weißen Rössl.
Lichtspiel in 3 Akten von
Hannenthal u. Habelberg.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Morgen: Im weißen Rössl.
Sonnabendm. 4 Uhr: Schneewittchen.
Sonntags, 3 U.: Der Müller u. sein Kind.
Passage-Panoptikum
50 wilde
Kongoweiber
Männer und Kinder
in einem eigens auf-
gebauten Kongodorfe
in ihren Sitzen u. Gebirgen.
Und die anderen Attraktionen.
Die gr. Kino-Variété-Vorstellung
von 5 (Sonntags 3) bis 11 Uhr.

Die ideale Gattin. 8 Uhr.
Dr. Wolfard, N. Spielmann a. G.
8 Uhr: Residenz-Theater
Hoheit — der Franz!
Wunderliche Geschichte in 3 Akten von
Karl Zandberger und Emil Wolf.
Wahl von Robert Winterberg.
Vorg. u. i. Tage: Hoheit — der Franz!

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
Zidenbeens Künstler-
agentur.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.
3 Uhr zu ermäßig.
Preisen.
Zidenbeens
Künstler-
agentur.
Zoo 1 Str., Balf. 75 Str. Entree 30 Pf.

Der neue Krupp-Prozeß.

Berlin, 4. November 1913.

Zu Beginn der heutigen Sitzung wird vom Oberstaatsanwalt Chrzeszczinski mitgeteilt, daß die Post in Darmstadt die telegraphische Ladung an General z. D. Erzelenz v. Wädling brieflich nach Meran nachgeschickt hat.

Vert. Justizrat Dr. v. Gordon kommt dann auf die viel-erörtere Wendung in dem Antwortbrief des Angeklagten Eccius an Herrn v. Wehen zu sprechen, worin gesagt ist, daß auf die An-gelegenheit Brandts

aus nahegelegenen Gründen

nicht brieflich geantwortet werde. Die Verteidigung und der An-geklagte Eccius erklären auf Grund des inzwischen herbeigezogenen Stenogramms aus dem Bureau des Direktor Eccius, daß das Schreiben tatsächlich nicht ganz richtig übertragen habe. Es fehle ein Komma; und die Worte „aus nahegelegenen Gründen“ bezögen sich nicht auf die Brandtsche Angelegenheit als solche, sondern nur darauf, daß Direktor Eccius das Schreiben v. Wehens in Bezug auf Brandt nicht beantworten wolle, ehe ihm nicht auch die Äußerungen von Brandt selbst zu dieser Sache vorlägen.

Vorgänge im Reichsmarineamt

zurück und erklärt, daß auf Grund eines Verdachtes, der sich in der Untersuchung ergeben habe, gegen zwei Beamte des Reichsmarine-amts Ermittlungen nach Schwaben, die noch nicht abgeschlossen sind, weil die Akten noch hier in Mosabit sind. Es handle sich jedoch nicht um Verrat militärischer Geheimnisse oder um Bestechung, sondern nur um Dinge, die disziplinar zu verfolgen sein würden. — Oberstaatsanw. Dr. Chrzeszczinski stellt fest, daß ein Grund zur Straf-verfolgung gegen Beamte des Reichsmarineamts sich also nicht er-geben habe.

Bevor nunmehr in der Verlesung der Kornwalzer fortgefahren wird, wird zu diesem Zweck

die Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatssicherheit ausgeschlossen.

Es tritt der Zeuge v. Wehen vor und kündigt an, daß er auf die Aussage des Abg. Dr. Liebknecht sachlich noch manches zu erwidern habe. — Vert. H.-A. Löwenstein: Der Zeuge wird ja beurteilen können, ob sich möglicherweise an seine Aussage noch neue Beweiserhebungen anschließen können. — Zeuge v. Wehen: Das wird sicher der Fall sein. — Vors.: Wir werden auf diesen Punkt an geeigneter Stelle zurückkommen.

Die nichtöffentliche Verhandlung wird auf die Bitte des Zeugen v. Wehen unterbrochen, der sich wegen Krankheit von Gerichtsstelle zu entfernen und die Ergänzung zu seiner Zeugenaussage sofort zu machen wünscht. Die Öffentlichkeit wird daher für kurze Zeit wieder hergestellt und Zeuge v. Wehen teilt mit, daß er sich auf Grund der Liebknechtschen Zeugenaussage für verpflichtet halte, mitzuteilen, daß er einmal in dem Berliner Bureau habe feststellen können, wie unvorsichtig der Angeklagte Brandt mit den Kornwalzern umging; er habe einmal den Schrank, in dem die Kornwalzer aufbewahrt werden, weit offen gefunden, so daß ein Dieb mit Leichtigkeit sich Abschriften hätte machen können. — Oberstaatsanw.: In dem Brief an Dr. Liebknecht steht aber, daß die Kornwalzer in Offen in einem Schrank des Herrn v. Dewitz aufbewahrt werden. Das kommt ein Dieb, der mit den Verhältnissen nicht vertraut ist, doch nicht wissen. — Vors.: Der Zeuge v. Wehen will sich offenbar erneut gegen den Verdacht wehren, daß er die Kornwalzer dem Abgeordneten Liebknecht zugesandt hat. — Vert. Reichsanw. Löwenstein: Dem-gegenüber stehen wir auf dem Standpunkt, daß es bis zur äußersten Grenze wahrscheinlich ist, daß Herr v. Wehen derjenige ist, durch den die Abschriften der Kornwalzer dem Abg. Dr. Liebknecht zugänglich gemacht wurden. — Zeuge v. Wehen: Nach meiner Meinung wußte Herr v. Wehen ganz genau, daß die Kornwalzer in einem Schrank meines Privatbureaus in Offen aufbewahrt werden, denn ich habe ihm gelegentlich eines Besuches gesagt: Herr v. Wehen, in diesem Schrank werden die Kornwalzer aufbewahrt. — Vors.: Er hat Sie also gefragt: Wo sind die Kornwalzer? und da haben Sie geantwortet: Hier in dem Schrank liegen sie. — Zeuge v. Dewitz: Ob es genau mit diesen Worten geschah, weiß ich nicht; soweit ich mich aber er-innern kann, habe ich gesagt: Hier sind sie, und habe dabei auf den Schrank gezeigt. — Vors.: Das ist doch aber nur die

Vermutung einer Möglichkeit.

Zeuge v. Dewitz: Nein, es ist sogar sehr wahrscheinlich, daß ich so gesagt habe. — Zeuge v. Wehen: Wenn diese Aussage des Herrn v. Dewitz als einwandfrei betrachtet wird, dann bin ich ja rettungslos über die Aussage preisgegeben. — Zeuge v. Dewitz (sehr bestimmt): Meine Aussage ist einwandfrei. — Vors.: Sie haben aber selbst zugegeben, daß Sie nur von einer

Möglichkeit der Wahrscheinlichkeit

gesprochen haben. Können Sie uns die genauen Worte sagen, mit denen Sie dem Zeugen v. Wehen mitgeteilt haben, daß in dem einen genau bezeichneten Schrank die Kornwalzer aufbewahrt werden? — Zeuge v. Dewitz: Den Wortlaut weiß ich nicht, aber dem Sinn nach habe ich das gesagt. — Vert. H.-A. Löwenstein: Hat der Zeuge v. Wehen eine Erklärung dafür, warum der Lieb-knechtsche Brief im Wortlaut fast genau überein- stimmt mit dem Brief des Herrn v. Wehen an Direktor Wuehlon? In beiden Briefen wird davon gesprochen, daß die Firma Krupp in Berlin ein Bureau unterhalte, wo Bestechung und Spionage betrieben wird. Es liegt hier eine verknüpfte Ähnlichkeit vor. — Oberstaatsanw.: Ich verstehe gar nicht, warum sich die Verhandlung auf diesen einen Punkt konzentriert. Ich stelle fest, daß dies nur durch den Antrag des Zeugen v. Wehen, sein Zeugnis zu ergänzen, veranlaßt ist. — Vors.: Der Liebknechtsche Brief und der Brief an Herrn Direktor Wuehlon stimmen durchaus nicht so miteinander überein. — Zeuge v. Wehen: Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß ich diese Sachen einmal zur Sprache bringen würde. Auf der anderen Seite ist es auch richtig, daß ich mich in Kenntnis dieser geheimen Dinge der Firma Krupp gegenüber außer-ordentlich stark fühlte. Wenn ich diese Geheimnisse vor der Zeit preisgegeben haben würde, so würde das

allen meinen Interessen zuwidergelaufen

sein und auch dem Verlauf der Sache, wie ich ihn mit gewünscht hätte; ich hätte dann an der Firma Krupp eine kopflose Sache bedürfnis befriedigt und ich hätte meine eigenen Inter-essen zerstört. Ich bin der Meinung, daß ich in meinem Prozeß gegen die Firma Krupp mit diesen Geheimnissen

einen Trumpf in der Hand habe,

und es wäre doch unklug, diesen Trumpf aus der Hand zu geben. — Vors.: Sie erklären erneut, daß Sie unter keinen Umständen mit der Abfindung der Kornwalzer an Dr. Liebknecht etwas zu tun haben? — Zeuge v. Wehen: Nein, ich hätte mich dadurch am schwersten geschädigt.

Darauf wird der Zeuge v. Wehen wegen Krankheit vorläufig entlassen und die Verlesung der Kornwalzer nimmt in nichtöffentlicher Sitzung ihren Fortgang.

Parteitag der deutschen sozialdemo-kratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

3. Verhandlungstag.

Wien, den 3. November.

Bei der Abstimmung über die Resolution zur Taktik der Fraktion wird der Antrag Germal angenommen mit Ausnahme des letzten Absatzes, der durch das Zurückziehen der Anträge Graz und Wien XII erledigt ist.

Einmütig angenommen wird ein Antrag Wischmann, der der Fraktion uneingeschränktes Vertrauen ausspricht.

Angenommen wird noch ein Antrag der Bezirksorganisation Römertadt, der die Fraktion auffordert, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die Wahlordnung nach deutschem Muster (Wahlzelle, amtliches Stimmzettel, die Stimmzettel nicht amtlich) ge-ändert wird.

Die auswärtige Politik und die Militärforderungen.

Verichterstatter Abg. Leuthner: Viermal hunderttausend Reservisten wurden mobilisiert. Das ganze Reich war 12 Monate hindurch von wüstem Kriegslärm erfüllt. Die Grundfesten un-seres Wirtschaftslebens wurden erschüttert und tiefer verwirrt, als ein Krieg es gekonnt hätte. Was ist nur das Ergebnis von alledem? Nichts als eine halbe Milliarde neuer Schulden. Alles ist toll, toller als es das Zollhaus erinnern mag. Aber der Spott kann nicht über die Lippen angeht der furchtbaren Tatsache, daß dieser hohle, in seine Bestandteile zerfallende Staat die Rolle übernommen hat, der Friedensstörer in Europa zu sein. Wenn es noch ländergerierige Eroberungsjucht wäre, die bestimmte Ziele hat, wäre es minder gefährlich. Aber was wir erlebt haben, war nur Lärm um des Lärmes willen, war das beständige Sidvor-drängen von Leuten, die Europa glauben machen wollen was sie selbst nicht mehr glauben, daß Oesterreich noch eine Großmacht ist. In dem Maße, „Auf dem Balkan dürfe nichts geschehen, ohne den Willen Oesterreichs“, drückt sich die Weisheit einer Politik aus, die es zum Schluß erleben mußte, daß auf dem Balkan alles wider den Willen Oesterreichs geschah. Die Inieschlot-ternde Serbenangst ist es, die in letzter Linie alle Ban-dlungen der österreichischen Politik bedingt hat, der Drang, Serbien zu demütigen, damit der Glanz der serbischen Siege nicht die großserbische Idee neu belebt. Doch Serbien ist imstande gewesen, den ganzen Ertrag der zwei Kriege nach Hause zu bringen, und Oesterreich hat nichts erreicht, als eine Reihe von Blamagen und zuletzt einen sehr fragwürdigen Erfolg. Die Serbenangst hat Oesterreich veranlaßt, Monate hindurch gegen Rußland Va-jonett an Va-jonett zu stellen. Mit Deutschland hat es sich in ein Gezänk um die Pflichten der Bündnispolitik eingelassen, weil Deutschland dieser Politik gegen Serbien nicht völlig folgen wollte. Es hat die Adriapolitik gegen Italien aufgegeben, ausschließlich aus Serbenangst. Eine solche Politik gepflegt nur noch irrenärztliche Beurteilung. Der einzige Erfolg ist die Grün-dung Albanien. In Wahrheit aber ist er der schlimmste aller Mißerfolge, vielleicht noch schlimmer als die Erschütterung unseres wirtschaftlichen Lebens und der finanzielle Ruin. Die österreichische Sozialdemokratie hat sich immer für ein freund-schaftliches Verhältnis mit Italien eingesetzt. Wenn sich nun auf diesem schmalen Gebiet in Albanien eine Zweierfront herausbildet, so muß sie in sich den Keim einer gefährlichen Lebensunfähigkeit tragen. In unserer Protektorstelle können wir jeden Tag hineingezogen werden in die widerwärtigen, aber den glühendsten Haß auslösenden Reibereien der einzelnen albanischen Stämme. Daß sich ein Großstaat in die Gefangen-schaft eines Häufchens von kleinen Hauptlingen begibt, dieser Fall ist noch nicht dagewesen in der Geschichte.

Wir gehen aus der einjährigen Balkanlampagne heraus nicht nur bebedt von Schuld und niedergedrückt von wirtschaftlicher Not, sondern auch beladen von Gefahren, die uns nicht nur auf dem Balkan drohen, sondern die vor allem dadurch entstehen, daß sich in ganz Europa ein gar nicht unterdrückter Verdacht gegen die Lebenslosigkeit und völlige Unzuverlässigkeit der österreichischen Politik und ihrer Reichsboden herausgebildet hat. Die schmerzliche bitterste Erkenntnis aber ist, daß es unserem auswärtigen Amt sogar glanzvoll gelungen ist, die breiten Schichten des Klein-bürgertums und Bürgeriums vor seinen Wagen zu spannen. Wir haben keinen Anlah mehr, uns über die französischen Chauvins und die alldeutschen Arroganten zu entfachen. Oder wollen Sie etwa leugnen, daß wir hier in Wien wochenlang ein wüthendes Kriegesfieber hatten, daß sich die Macht der offiziellen Demagogie außerordentlich stark gezeigt hat? Ganz allgemein ist hier in Wien unser Verhältnis zu Serbien mit den Vorstellungen einer Wirtschaftseitelkeit, mit den Erdbegriffen eines Stammtisches be-handelt worden. In dieser Widerstandslosigkeit, mit der breite Schichten der Öffentlichkeit eine Politik hinnehmen, die in keinem anderen Staate Europas einen Tag möglich wäre, drückt sich mit der Erfolg jener antiparlamentarischen Propaganda aus, der in Wien fast die ganze bürgerliche Presse zu Gebote steht, und die seit sechs Jahren unausgesetzt daran arbeitet, in der Bevölkerung die Vorstellung zu erwecken, als ob jeder Schaden des öffentlichen Lebens ausschließlich Schuld des Parlaments wäre.

In den letzten zwei Jahren ist eine ganze Welle gewaltiger Militärforderungen über Europa hinweggegangen, aber über-all hat man die militärischen Forderungen ehe und offen hin-gestellt als das, was sie waren. Ja in Deutschland hat man sogar die besitzende Klasse gewonnen, die ganzen Kosten der neuen Heeresvermehrung auf sich zu nehmen. Bei uns aber steckt hinter jeder Silbe der Militärvorlage die blanke Täuschung und Lüge. In der vorjährigen Vorlage hieß die Begründung: Wir haben 212 000 Mann jetzt aus; wir tun das, weil wir wissen, daß in Oesterreich Rekrutenborlagen nicht gelöst werden können ohne Wehrzweck. Wir verlangen soviel, weil die Vorlage einen Rahmen aufstellt, in den die Bevölkerung hineinzuwachsen soll. Wir haben den Rahmen weiter gesteckt, als er unseren Kräften entspricht. Wir können nur mit Mühe die 212 000 Mann hereinbringen, und deshalb sehen wir uns genötigt, die Durchführung der zwei-jährigen Dienstzeit zu hemmen und ein volles Drittel der Rekruten drei Jahre stehen zu lassen. Die Tinte der Sanktion dieser Vorlage war noch nicht trocken, und schon be-gannen die Herren die Materialien für eine Vorlage zu sammeln, die genau mit dem Gegenteile dessen begründet wird, womit die des vorigen Jahres begründet wurde. In dieser neuen Vorlage können wir lesen, daß die Unzulänglichkeit der Leistungsfähigkeit, womit im Vorjahre die dreijährige Dienstzeit noch begründet wurde, gar nicht existiert, daß wir gar nicht so arm an Menschen sind. Nein, wir sind köplich ausgerüstet, in Haufen sind die Tauglichen da, nicht bloß Taugliche, 40 000 Volltaugliche stehen noch zur Verfügung. (Begeugung.) Die uniformierten Jünger der Wissenschaft, die bei den Stellungskommissionen die Medizin repräsentieren, weil sie Höhenmessungen von Tuberkeln unterscheiden können (Stürmische Heiterkeit.) liefern jetzt auf Befehl hohe Zif-fern und verwandeln die Rahmen, die Krümmen, die Tauben und die Blinden in Taugliche, ja in Volltaugliche. Warum auch nicht, wenn man es tun darf, ohne daß die Bevölkerung sich dar-um kümmert, und wenn die bürgerlichen Parteien es dulden. Niemand kümmert sich darum, daß unser Heer das berühmte eine Prozent der Bevölkerung bereits überschritten und seine Stärke bereits 528 000 Mann beträgt. Und so weit geht die Dreistigkeit dieser Leute, daß sie uns noch eine weitere Heeresver-mehrung zumuten. 1910 schwanden die Minister heilige Eide, daß sie mit 100 Millionen dauernden und mit 100 Millionen ein-maligen Ausgaben auskommen würden bei der neuen Wehrvor-lage. Was ist von dem Versprechen übrig geblieben? Redner

berechnet, daß man mit allen Nachtragskrediten bereits 1200 Millionen Kronen erreicht habe.

Wir haben in Oesterreich einen Militarismus zum Feind, der alle Gefahren des Militarismus überhaupt hat, aber der sich noch gattet mit jener feigen, tückischen, verlogenen und aufzupringenden Art, die ja das geschichtliche Wesen alles Schmaragelbren ist. (Stürmischer Beifall.) Unseren Offizieren fehlt es vielleicht an Strammheit im Vergleich zu Deutschland und an Intelligenz im Vergleich zu Frankreich (Große Heiterkeit), aber nicht an An-mahung. Diese österreichischen Offiziere, die immer als so schmie-gsam geschildert werden, haben eine starke Gruppe unter sich, die mit aller Gefäßigkeit der Demokratie und besonders der Arbeiter-schaft gegenübersteht. Mit diesem Haß paart sich eine Verachtung, die ganz jückerlich ist, obgleich diese Leute meist von Schützern und Schneidern abstammen. (Große Heiterkeit.) Wir haben eine sehr starke Gruppe politisierender Offiziere, gar mächtig im Maul-machen, wenn auch weniger in der Führung, die die brutale Staatsstreikpolitik eines Tisza für Oesterreich propa-gieren und zwar für eine nicht ferne Zukunft. (Begeugung.)

Redner wendet sich nun dem österreichischen Marinismus zu und gibt eine eingehende Schilderung der rasenden Entwicklung im Bau von Kriegsschiffen. Dabei sind die österreichischen Dread-noughts in ihrer Viribus-units-Klasse vollständig überholte Schiffe und auch die noch nicht fertigen mit ihren 34-Zentimeter-Geschossen dem neuesten englischen Typ mit 38 Zentimeter gegenüber schon alles Eisen.

Redner untersucht die Pfaffen der Flottenschwärmer und weist ihre Haltlosigkeit nach. Wir können keine Flottenpolitik machen, die mehr ist als ein Anhängel zu den Rahregeln einer leeren Prestigepolitik. Bei uns fehlen auch die psychologischen Vor-aussetzungen für den Bau einer Flotte. Es ist wahr, aber der Welt liegt seit Jahren eine Spannung. Es ist der Gegensatz zwischen England und Deutschland, der in den wachsenden Schiffslisten beider Staaten immer deutlicher wird. Aber er ist begleitet von dem beispiellosen Aufwachsen Deutsch-lands als einer Handelsmacht zur See, die heute den zweiten Rang unter den zur See ausführenden Staaten Europas ein-nimmt. Vergleicht man nun die Ausfuhrzahlen Oesterreichs mit den englischen und deutschen, so ergibt sich, daß wir den zehn-fachen Flottenluxus treiben gegenüber den beiden größten Handels-mächten der Welt. Und das Emporkommen Englands, dieses Herrschen einer kleinen Insel über das ganze Erdreich, ist nicht bloß das Ergebnis englischer Tatkraft und Freiheit, sondern der Widerschein einer geographischen Tatsache, der Inselnatur Eng-lands und des Schismus seiner Flüsse. Kohle und Eisen liegen bei ihm beisammen und drängen sich an die Küste. Auch Deutsch-land verdankt seine Stellung seiner Natur, die seinem Boden Meeresnähe gegeben und seiner Ebene durchfließende Flüsse und die Möglichkeit zu einem riesigen Kanalsystem, das wieder die größten Fluhären entstehen ließ. In Oesterreich finden wir überall das Gegenteil. So ist unser Marinismus ein Wahnsinn ohne Grenzen, eine Güterverschwendung ohne gleichen, eine Ver-heerung der Grundlagen unseres Daseins. (Stürmischer Beifall.)

Wir müssen den Kampf gegen den Militarismus in seinen beiden Gehalten in die schärfste Form kleiden. Es gibt keinen Kampf gegen das Wehrzweck und gegen die Haftung der Steuern, der so wirksam wäre, als der durch die sozialdemokratische Presse, die durch ihre Weiterverbreitung das Volk zur Mitarbeit auf-ruft. Wenn die Grundzüge, mit denen sich diesen Kampf gegen den Militarismus führt, Gemeingut der Masse werden, wird es schließlich möglich sein auch diesen Staat umzugestalten. (Lang-anhaltender Beifall.) Die vom Referenten vorgelegene und in vierstündiger Rede begründete Resolution lautet:

Der Parteitag spricht in Entrüstung und Abscheu sein Ur-teil über die Balkanpolitik des Wiener Kabinetts, die ziellos schwankend und herausfordernd zugleich Oesterreich-Ungarn im Laufe des letzten Jahres wiederholt an den Rand des Krieges gedrängt, die begleitet von einer dreifachen, bedenk-losen Kriegesbege und mit ihrem Gefolge von Mobilisierungen das wirtschaftliche Leben aufs tiefste erschüttert, den Kredit vermindert und mit alledem Geschäftsstörunge und eine Arbeits-losigkeit über das Reich, ja in weiten Gebieten des Reiches einen beispiellosen Notstand heraufbeschworen hat.

Oesterreich-Ungarns Balkanpolitik ist ausschließlich bestimmt durch die törichte Furcht vor dem großserbischen Gedanken, dessen vorgebliche Gefahr zu können die Herbeiführung verfassungsmäßiger Zustände in Kroatien und der Ausbau der Autonomie Bosniens die wirksamsten Mittel wären. Statt mit plumpen Intrigen und beschämendem Wüthlingen in die Streitigkeiten der Balkan-staaten sich einzumengen und den Haß und das Mißtrauen aller zu ernten, müßte eine vernünftige Politik Oesterreich-Ungarns auf dem Balkan viel mehr wirtschaftliche Vorteile für seine Völker in einer sorgfältigen und vorausschauenden Handels-politik suchen, die bisher die verbündete Dabfuhr der Agrarier unmöglich gemacht hat. Oesterreich-Ungarn hat auf dem Balkan keine anderen als wirtschaftliche Interessen. Es darf dabei keine protektoratähnliche Stellung in Albanien beanspruchen, womit bloß eine Quelle beständiger Kriegsge-fahren eröffnet würde, auch nicht in der Form einer Mit-herrschschaft mit Italien, eines Anodominiums, das uns notwendig in einen feindlichen Wettstreit und Gegensatz mit einem Nach-barstaat brächte, mit dem freundschaftliche Beziehungen zu unter-halten für uns ein Gebot des Friedens und der Kultur ist.

Der Parteitag erhebt Protest gegen die geplante neue Er-höhung der Heeres- und Landwehrkontingente, die durch gefeh-lerhafte Zurückhaltung der Ersahresoffizien vorwegzunehmen die Kriegsüberwaltung läßt genug war. Die ungeheuren auf 400 Millionen geschätzten Kosten der Mobilisierung, die Fort-setzung der Geschützreform, die angeforderte Aufstellung eines zweiten Dreadnoughtgeschwaders bedrohen die Völker Oester-reich-Ungarns mit einer außerordentlichen Wehrbelastung von weit über einer Milliarde. Der Militarismus hat von dem Staate vollständig Besitz ergriffen, er zerrüttet seine Finanzen, gräbt die Quellen der Steuerkraft ab und entzieht den sozialen und kulturellen Reformen alle Mittel, drückt die breiten Schichten des arbeitenden Volkes ins tiefste Elend und treibt sie über das Meer. Der Militarismus ist zum einzigen Inhalt unseres Staatslebens, unserer Staatsstätigkeit geworden. Der Parteitag fordert daher die gesamte Arbeiterklasse auf, ihren Kampf gegen den Militarismus mit leidenschaftlicher Entschlossenheit zu führen und alle, die ihn trügen, als Feinde der Volkskraft und Zerstörer der Volkswirtschaft tatkräftig zu bekämpfen.

Diese Resolution wird ohne Debatte einstimmig ange-nommen.

Der Stillstand in der sozialpolitischen Gesetzgebung.

Der Referent Otto Bauer legt seinen Ausführungen fol-gende Resolution zugrunde:

Der Parteitag konstatiert, daß das Abgeordnetenhaus im abgelaufenen Jahre auf dem Gebiet der sozialen Gesetzgebung vollständig unfruchtbar gewesen ist. Der Ausbau der Arbeiter-schutzgesetze wird entweder durch Zuwägung von Initiativan-trägen an die zahlreichen Deputierte verschleppt oder er scheitert an dem offenen Widerstand der bürgerlichen Parteien des Ab-geordnetenhauses, die sich selbst nicht scheuen, obstruktionsfische Mittel anzuwenden, um die Beratung sozialpolitischer Vorlagen zu hintertreiben.

Nach arbeitserfindlicher ist die Haltung des Herrenhauses, das Beschlüsse des Abgeordnetenhauses, wenn sie ein färgliches Stück Arbeiterrecht oder auch nur die Beseitigung mittelalter-licher Formen des Arbeitsverhältnisses zum Inhalt haben, jahre-lang unerledigt läßt, um ihnen dann im Auftrage der inter-essierten Unternehmerorganisationen die Zustimmung zu ver-weigern.

Die Regierung unterstützt diese skandalöse Maßnahme bescheidenen Arbeiterforderungen, indem sie durch eine Art passiver Resistenz der Verschleppung von Verhandlungen über sozialpolitische Anträge und Vorlagen in jeder Weise Vorschub leistet. Im Sommer dieses Jahres hat sie sogar durch direkte Einflussnahme auf die Regierung anderer Staaten die internationalen Vereinbarungen der Berner Konferenz über den Schutz der jugendlichen Arbeiter und der Arbeiterinnen auf ein durchaus zugängliches Maß herabgedrückt, um sich den reichsten und mächtigsten Unternehmern des Reichs gefällig zu erweisen. Mit Vorzügen, die kaum erlassen, in den Durchführungsvorschriften unvollständig gemacht werden, die Verordnung über die Arbeitszeit in den kontinuierlichen Betrieben oder nie zurückgezogen werden, wie das Verbot der Verwendung von Kindern im landwirtschaftlichen Maschinenbetrieb in Niederösterreich, wird die Regierung die Arbeiter über ihre soziale Rückständigkeit nicht hinwegtäuschen.

Das Vorgehen der bürgerlichen Parteien des Herrenhauses und der Regierung in der Behandlung sozialpolitischer Angelegenheiten ist eine Provokation der Arbeiterklasse, es fordert die tatkräftige Abwehr der organisierten Arbeiter heraus.

Der Parteitag erneuert die bisher unerledigt gebliebenen sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterklasse, die auf Parteitagen und Gewerkschaftskongressen erhoben und begründet wurden, und fordert alle Parteimitglieder auf, den Kampf für den Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung unermüdet fortzuführen, die Arbeitermassen über die Ursachen des Stillstandes in der sozialpolitischen Gesetzgebung aufzuklären, damit die arbeitervindlichen Abgeordneten von den Arbeiternwählern zur Verantwortung gezogen werden. Wenn Parlament und Regierung in ihrem Widerstand gegen die Schaffung sozialer Schutzgesetze beharren, dann muß die Arbeiterklasse zu einem entscheidenden Kampf für einen ausreichenden gesetzlichen Schutz des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter aufgerufen werden.

Der Parteitag protestiert auf das entschiedenste gegen die beispiellose Verschleppung der Verhandlungen über die Sozialversicherungsfrage. Solle 5 Jahre sind seit Vorlage dieses Gesetzesentwurfes verstrichen, und erst jetzt wird von der Mehrheit des Ausschusses zugestanden, daß die Selbstversicherungsfrage in Galizien überhaupt nicht durchführbar ist. Trotz aller gegenständlichen Versicherungen werden die Verhandlungen zwischen Regierung und dem Parlament über die Sonderstellung Galiziens überhaupt nicht geführt. Seit 9 Monaten ruht die Arbeit des permanenten Sozialversicherungsausschusses, und es ist in dieser Zeit in der galizischen Frage noch nicht einmal zu irgendeiner festlichen Erklärung der beteiligten Parteien gekommen. Die einseitigen Erklärungen der Regierungsbeteiligten verfolgen nur den durchsichtigen Zweck, die Öffentlichkeit darüber zu täuschen, daß überhaupt nicht verhandelt wird. Es wird immer offensivlicher, daß die bürgerlichen Arbeiterparteien nicht gewillt sind, die Schwierigkeiten, die die organisierte Arbeiterbewegung und finanzielle Verbindung der Arbeiterversicherung mit der Versicherung der Selbständigen geschaffen hat, durch eine zweckmäßige Aenderung der Regierungsprojekte zu überwinden, sondern daß sie diese Schwierigkeiten nur dazu bemühen, um das Zustandekommen der schon seit Jahren spruchreifen Arbeiterinvaliden- und Altersversicherung zu verschleppen.

In der Arbeiterklasse hat dieses skandalöse Vorgehen der Regierung und der bürgerlichen Parteien eine tiefgehende Erbitterung ausgelöst. Durch Steuer- und Militärforderungen wird die arbeitende Bevölkerung in unerträglicher Weise belastet, die wirtschaftliche Not wird durch die wucherische Agrarpolitik noch mehr gesteigert, und Regierung und Reichsparteien weigern sich, Arbeiterkreisen und Arbeiterkräften einen künftigen Rentenanspruch zu gewährleisten. Der Parteitag fordert den baldigen Abschluß der Verhandlungen über die Sozialversicherung. Wird dies bescheidene Verlangen nicht erfüllt, muß die Arbeiterklasse von neuem zum Kampf für die Durchsetzung dieser proletarischen Lebensnotwendigkeit aufgerufen werden.

Diese Resolution, deren Begründung durch den Referenten mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde, wird nach kurzer Diskussion einstimmig angenommen und dann die Weiterverhandlung vertagt.

Wien, 4. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“). Der Parteitag nahm an seinem letzten Verhandlungstage ein Referat des Genossen Eiderich über die Arbeiter-Versicherungs-Gesetzgebung entgegen. Eine Dämpfung der Arbeitslosigkeit, in erster Linie durch Erschließung neuer Arbeitsgebiete für die österreichische Industrie, jedoch durch Vergebung öffentlicher Arbeiten in möglichst großem Umfang, durch gefällige Verkürzung der Arbeitszeit und schließlich durch eine Arbeitslosenversicherung in Form staatlicher oder kommunaler Zuschüsse für die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung verlangt, wird einstimmig angenommen. Ueber den Internationalen Kongress berichtet Viktor Adler. Er soll im nächsten Jahre in der letzten Augustwoche in Wien stattfinden. Auf seiner Tagesordnung soll in erster Linie der Imperialismus stehen, ferner die internationale Lebensmittelwertung und vielleicht noch der internationale Arbeiterschutz. Eine Resolution, in der der Parteitag seine Zustimmung über die Abhaltung des Internationalen Kongresses in Wien ausdrückt und ihm einen würdigen Empfang verspricht, wird einstimmig angenommen.

Die Wahl der Parteileitung ergibt die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder. An Stelle von Schumacher wird David-Wien gewählt.

Ueber die Reaktion in der österreichischen Justizpraxis und Justizgesetzgebung spricht Kufelich-Wien. Seine Resolution wird einstimmig angenommen. Damit sind die Arbeiten des Parteitages beendet. Es folgen Schluss- und Dankreden.

Der nächste Parteitag soll in Graz stattfinden.

Genossenschaftliches.

Nach eine Konkurrenz der „Vollfürsorge“.

Das schließliche Aufblühen der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Selbsthilfe der modernen organisierten Arbeiterklasse in der „Vollfürsorge“ hat bekanntlich zu Konkurrenzgründungen einer Anzahl Versicherungsgesellschaften neben ihrem bisherigen Geschäftsbetrieb geführt, um sich den Gewinn aus dem Versicherungsgeschäft an der großen Masse der Volksgenossen nicht entgehen zu lassen. Aber nicht die berufsmäßigen Versicherungsgesellschaften allein wollen die „Vollfürsorge“ betreiben, bei ihnen ist's lediglich ein Geschäft, ein Handel mit Versicherungspolice, der aus dem Käufer einer Police einen ansehnlichen Nutzen zu ziehen sucht. Jetzt macht sich auch bei einer großen Firma der Eisenindustrie das fürsorgliche gute Herz der Besitzer bemerkbar und präsentiert der gesamten Arbeiterklasse und allen Beamten mit einem Jahresgehalt bis einschließlich 3000 M. eine neue Form von Vollfürsorge. Die bekannte Firma H. Vorfis, deren Besitzer die Geheimen Kommerzienräte Ernst und Konrad von Vorfis sind, hat vergangene Woche ihrem Personal einen kleinen Prospekt unterbreitet, der unter der Überschrift: „Spare in der Zeit, so hast Du in der Not, wer in der Jugend spart, hat im Alter Brot!“, die zum 1. Januar 1914 und Leben tretende neue Sparanstalt ankündigt. Bisher hatte die Firma Vorfis durch einen ausgedehnten Warenvertrieb ihren Leuten den Bezug von Nahrungs- und Gebrauchsmitteln und in der Gegenwart für die Wirtschaft recht bequem in Bezug und in der Bezahlung gemacht, wodurch natürlich die Konkurrenz, die Legele Geschäftsleute insbesondere, recht merklich getroffen wurden, was des öfteren auch dem Gemeindevorsteher von Vorfis in öffentlicher Sitzung in sehr eindeutiger Weise zu berichten gegeben wurde und mit dieser wirtschaftlichen Konjunktur wird die neue Sparanstalt in dem Prospekt verquillt, indem es dort heißt:

„Den Teilnehmern ist es hierdurch ermöglicht, auf bequemste Weise und ohne Zeit- und Lohnverlust sich ein Guthaben zu schaffen, über das sie jederzeit verfügen können und das ihnen namentlich über die Zeiten hinweghilft, in denen für unvorhergesehene Ausgaben oder für besondere Bedürfnisse Aufwendungen notwendig sind.“ Und nun folgt Aufzählung alles dessen, wofür die Spargelder aufgebracht werden sollen, eine sehr verlockende Zusammenstellung: Einkauf von Vorräten für den Wirtschaftsbetrieb (Kartoffeln, Kohlen usw.), Abtragung von Kapitalen, Zahlung von Schuldenzinsen, Rieten und Steuern, Ausstattung und Fortbildung der Kinder, Militärdienstjahre, Gründung eines eigenen Haushaltes usw. Daß sich diese Empfehlung zum Sparen gegen die Ableitung unserer „Vollfürsorge“ richtet: „Sparversicherung mit Risikoversicherung“, ist aus obigen ersichtlich. Es wird das aber noch mehr aus folgendem: „Zweifellos ist es richtiger, wenn irgend möglich, freiwillige Ersparnisse in beliebiger Höhe vor Eintritt eines Notfalls zu machen, dazu Zinsen und Prämien zu erhalten, und so seine Unabhängigkeit von fremder Hilfe tunlichst zu wahren, als nachher zur Rückgabe von Beträgen — womöglich mit Zinsen — gezwungen zu sein oder sich zu bestimmten Abzügen verpflichten zu müssen.“ Letzterer Passus soll wohl eine Warnung sein vor Versicherungsgesellschaften, die bei Verfall einer Police nichts zurückzahlen oder Abzüge machen oder bei Beilegung erhebliche Zinsen von Versicherern verlangen, was bei unserer „Vollfürsorge“ ausgeschlossen ist, wo z. B. bei Unfähigkeit zur Weiterzahlung der Prämie von selbst eine Sparversicherung eintritt, Verlust also ausgeschlossen ist. Aber die Vorfische neue Sparanstalt wird noch schmähsamer empfohlen: es werden 6 Proz. Zinsen vergütet; „außerdem stellt die Firma alljährlich ein Prozent des Gesamtguthabens für einen Prämienfonds zur Verfügung, der im Wege der Verlosung an die Sparer verteilt wird.“ 1/2 dieses zur Verfügung stehenden Betrages werden zu Prämien von je 25 M. verwendet, aus dem letzten Fünftel werden 10 Gewinne a 50 M., 2 a 100 M. und 1 Gewinn a 300 M. gebildet.“ Und nun kommt noch ein besonderer Köder: „Sollte das letzte Fünftel zur Bildung dieser Prämien nicht ausreichen, dann wird der Rest der Firma entsprechend erhöht.“ In das letzte Fünftel größer, so wird die Anzahl der Gewinne zu 50 M. vermehrt. Auf je volle 100 M. Sparbeitrag entfällt ein Los. 3 M. beträgt das Sparguthaben der Arbeiter und Beamten 400 000 M., so kommen 128 Treffer a 25 M. = 3200 M., 10 Treffer a 50 M. = 500 M., 2 Treffer a 100 M. = 200 M., 1 Treffer a 300 M. = 300 M., zusammen 4200 M. zur Verteilung und es kann ein Sparer, der nur 100 M. Guthaben hat, 300 M. gewinnen.“ Gewiß ist diese industrielle Fabrikantenfürsorge fürs erste recht bestechend durch die Möglichkeit, das sogenannte „große Los“ als fleißiger Fabrikarbeiter zu gewinnen. Es heißt auch: „Die Beteiligung an der Einrichtung ist durchaus freiwillig“ und „über die Höhe der Einlagen wird strengste Geheimhaltung gegen jedermann, auch der Steuerbehörde gegenüber, beobachtet.“ Aber wer hat nicht Erfahrungen mit derartigen Unternehmerfürsorgen schon gemacht, um zu wissen, zu welchen Hessele besonders für den schicksalsheligen Arbeiter sie werden können? Und wie bequem macht es in diesem besprochenen Fall die Firma Vorfis ihren Leuten. Angehängt sind dem Prospekt zwei Zettel; wer den ersten unterschreibt, erhält zunächst die Bestimmungen für die Sparanstalt, nach der Unterschrift des zweiten verpflichtet man sich, vom 1. Januar 1914 ab alle 14 Tage fünfzig Pfennig von der Löhnung abzugeben zu lassen.

Wie weit sich die Arbeiter bei der dort bekannten Fluktuation im Arbeitsverhältnis an dieser Sparanstalt beteiligen werden, bleibt abzuwarten und möchten wir eine allzu heftige Begeisterung bezweifeln, wie wir auch weiter bezweifeln, daß der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen „Vollfürsorge“, die für jedermann offensteht, damit nennenswerter Abbruch geschieht.

Aus Industrie und Handel.

Die Spirituszentrale als Vorkaufsfabrikant.

Die Spirituszentrale hat die diesjährige Logung der mittelfränkischen Zentralvereinigung für Handel und Gewerbe benutzt, um die Klagen der Spiritusverbraucher über die Geschäftsmagazine der Zentrale zurückzuweisen. Auf eine Anfrage, ob die Spirituszentrale tatsächlich die Absicht habe, von der Spiritusherzeugung auch zur Vorkaufsfabrikation überzugehen, antwortete Direktor Krauser von der Spirituszentrale:

„Bezüglich der Vorkaufsfabrikation sind vorläufig nur Vermutungen aufgetaucht. Wie wir uns in dieser Frage verhalten werden, das wird immer davon abhängen, ob die Aufrechterhaltung eines veredelten Konsums das erfordert. Wenn die Vorkaufsfabrikanten dazu übergehen, 15 bis 16 prozentiges Dreifach als Vorkauf zu verkaufen, können Sie es und nicht verhindern, wenn wir Mittel und Wege finden, dem Konsumanten, der Alkohol haben will, solchen zu verschaffen und nicht Juckwasser.“ Die Zentrale hält es also für ihre Aufgabe, den Konsumenten zum Genuß möglichst hochprozentigen Alkohols zu zwingen. Infolge der starken Verteuerung des Brennweins, an der die Preispolitik der Zentrale und die zugunsten der Zentrale Gesetz gewordene Besteuerungssart schuld sind, haben die Vorkaufsfabrikanten den Alkoholgehalt heruntergesetzt, wodurch ein weiterer Rückgang des Brennweinkonsums hervorgerufen wurde. Die Zentrale hofft nun, durch eigene Vorkaufsfabrikation die Vorliebe für alkoholstärkere Vorkäufe und damit den Verbrauch ihrer Produkte überhaupt zu heben. Die Arbeiterklasse wird auch diesen Versuchen zur Steigerung der Liebesgaben für die Schnapskäufer durch strengere Befolgung des Schnapsbottens begegnen.

Die Preissteigerung wichtiger Lebensbedürfnisse.

Die „Vollfürsorge“ veröffentlicht regelmäßig Uebersichten über die Preisbewegung von 30 Waren seit dem Anfang des Jahres. Daraus ergibt sich, daß mit Ausnahme von Roggen, Kaffee und Tee sämtliche Waren teurer sind, als vor 15 Jahren. Bei einzelnen Waren ist der Preis um 50 und mehr Prozent gestiegen. Seit man die Durchschnittspreise der Jahre 1889 bis 1898 gleich 100, so mußten im September d. J. gezahlt werden für Rinder 154, Kälber 196, Hammel 174, Heringe 180, Schmalz 170, Gänse und Hühner 210, Bohnen 153, Hosen 163, Hans 171, Jute 202, Mehl 173, Jinn 247. Wie man sieht, erfordern die stärksten Steigerungen neben einigen Metallen in erster Linie agrarische (tierische) Produkte. Nach einzelnen Warengruppen stellen sich die Durchschnittspreise gegen 1889/1898:

	August 1913	Sept. 1913
Getreide	111	109
Sonstige inländische landwirtschaftliche Produkte	117	125
Ausländische landwirtschaftliche Produkte	121	121
Tierische Produkte	166	168
Textilprodukte	146	153
Mineralien	147	150

Gegen den August d. J. haben mit Ausnahme von Getreide — eine Birkung der reichlichen Velternte — die Warengruppen wiederum eine Preissteigerung erfahren.

Ein Spiritusartikel in Ungarn. Zwischen den ungarischen Spiritusfabrikanten ist eine Vereinbarung über die gemeinsame Festsetzung der Minimalpreise und des inländischen Verkaufs zustande gekommen. Das Kartell umfaßt 70 Prozent der im Inlande zum Verkauf gelangenden Spiritusmengen.

Wartpreise von Berlin am 3. November 1913. nach Ermittlungen des 19. Vollzeitspreiskomitees. Weizen (rot), gute Sorte 16,40—16,80, mittel 16,00—16,00, geringe 16,00—16,00. Mais (runder), gute Sorte 14,40—14,60, schlechter 14,00—14,00. Gerst, alt 10,00—10,00. Kartoffeln (rot) 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00. Bohnen, weiße 35,00—35,00. Linsen 35,00—35,00. Karotten (klein) 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seele 1,60—2,40. Rindfleisch, Bratenfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,50—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,20—6,60. 1 Kilogramm Käse 1,20—2,40. Salz 1,40—3,00. Zander 1,20—3,20. Scholle 1,20—2,60. Barsch 1,00—2,40. Schleie 1,60—3,20. Fische 0,80—1,80. 60 Stück Zwiebeln 1,00—3,00.

Dem kets bereiten Verlecher der Intereffen der Arbeiterschaft, ihrem Kollegen und Genossen 1893

Albert Utheß
nebst Gemahlin
senden zu ihrem heutigen 25jährigen Ehejubiläum die aufrichtigsten Glückwünsche Die angestellten Kollegen der Verwaltung Groß-Berlin im D. T. V.

Zur silbernen Hochzeit ihrem langjährigen Bandenleiter Albert Utheß nebst Gemahlin die besten Glückwünsche Die Vranchenleitung der Fruchtluftber.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. G. Berl. Reichstagswahlkreis
Am 2. d. M. verstarb unser Genosse, der Bauer

Hermann Niek
Sitzgasse 7. Bez. 691a.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch nachmittags 3 1/2 Uhr auf dem Friedhofe in Stahnsdorf statt.
Um rege Beteiligung ersucht 231/20 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter

August Luckow
geb. 1871
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 5. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in der Seestraße aus statt.
Rege Beteiligung ermahnt 129/3 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Industriearbeiter

Franz Schlüter
am 3. d. Mts. im Alter von 51 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet am Freitag, den 7. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, im Krematorium, Gerichtstraße, statt.
Um rege Beteiligung ersucht 69/5 Die Bezirksverwaltung.

Dankjagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Vaters

Karl Böttcher
lagen wir allen unseren herzlichsten Dank. Insbesondere dem Gesangsverein der Guimacher „Einigkeit“, dem Verband der Hut- und Hutmacherearbeiter, dem Ober und Personal der Firma D. Berlett und dem Statthalter „Kreuz Sieben“. Die trauernden Hinterbliebenen.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

Berlin C. N. Bahnh., Adressstr. 174.
W. G. Schmidt, Kirchb. 14.
O. R. Hagedorn, Vierzehnter Platz 4. Gustav Vogel, Köpenicker Str. 82. N. Wenzel, Gr. Frankfurter Str. 120.
NO. E. Juch, Ammannstr. 12. A. Neul, Bernauer Str. 42.
N. H. Wolgast, Raststraße 9. F. Richter, Dammstraße 6. Karl Mars, Grelsenhagen Str. 22. F. Hönisch, Raststr. 84a. G. Bogel, Lorenzstr. 37. H. Tien, Juchb. 124.
NW. Salomon Joseph, Wilhelmshagen Str. 48.
SW. G. Werner, Gneisenaustr. 72. Tach, Hagedorn Str. 27.
S. St. Preis, Ringstr. 31. G. Lehmann, Rothener Damm 8.
SO. Paul Böhm, Zanker Platz 14/15. P. Horst, Engelauer 15.
Adlershof. Karl Schwarze, Bismarckstr. 50.
Baumschulenweg. G. Hornig, Wartenholerstr. 15, I.
Borsigwalde. Paul Kienak, Raststr. 10.
Charlottenburg. Gustav Scharnberg, Erlenheimer Str. 18. Friedrichshagen. Ernst Wermann, Köpenicker Str. 16.
Grünau. Franz Klein, Friedr. 10.
Johannisthal. Max Gonschur, Parkstr. 6.
Karlshorst. Richard Ritter, Köpenicker Str. 9, II.
Köpenick. Emil Wöhler, Raststr. 6, Laden.
Lichtenberg. Otto Seidel, Wartenbergstr. 1.
Nieder-Schöneweide. W. H. Harn, Seidenstr. 10.
Nowawes. Wilhelm Jaffe, Lutherstr. 2.
Ober-Schöneweide. Alfred Vaber, Wilhelmshagenstr. 17, Laden.
Pankow. Otto Rihmann, Wühlstr. 50.
Reinickendorf. F. Gurik, Grelsenhagenstr. 56, Laden.
Neukölln. W. Oetrich, Redarstr. 2. Conrad, Hermannstr. 50. G. Mohr, Steinhilberstr. 29/29.
Rummelsburg. A. Roientanz, Alt-Borghagen 56.
Schöneberg. Wilhelm Baumier, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.
Spandau. Köppen, Seelstr. 64.
Steglitz. G. Bernice, Altona 5.
Tempelhof. Joh. Krohn, Bernauerstr. 412, Laden.
Trepow. Robert Gramann, Raststr. 412, Laden.
Weißensee. Fudmann, Sebnitzstr. 105. Schiller, Berliner Allee 253.
Wilmerdorf. Paul Schubert, Wühlstr. 27.

Heute abend entließ nach schwerem Leiden im Sanatorium Schleichhausen mein guter Mann, unser kreislorgender Vater, der Schriftsteller

Wilhelm Schröder
im fast vollendeten 53. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Frau Elise Schröder
Heini Schröder
Karl Schröder
Gertrud Schröder.
Die Ueberführung der Leiche findet Mittwoch, den 6. November, nach Wilmerdorf statt.
Berlin-Wilmerdorf, den 3. November 1913.
Seidelberger Platz 2.

Verband der Lithographen, Steindruckere u. verwandten Berufe (Deutscher Geneselder-Bund) Chemigraphen.
Am 2. November verstarb unser Mitglied und Vertrauensmann, der Chemigraph

Ignaz Löschl
im Alter von 27 Jahren an Lungenerkrankung.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 5. Novbr., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Reußbäcker-Gemeinde-Friedhofes, Wartenborfer Weg, aus statt.
109/17 Die Verwaltung.

Touristenverein „Die Naturfreunde“
Ortsgruppe Berlin.
Hiermit die traurige Mitteilung, daß unser Mitglied

Ignaz Löschl
am Sonntag, den 2. November, verstorben ist.
Die Ortsgruppe verliert in ihm eines ihrer tüchtigsten Mitglieder und wird seiner stets gedenken.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem neuen Gemeindefriedhof in Britz, Wartenborfer Weg, statt.
Um Beteiligung wird ersucht 1/14 Die Ortsgruppenleitung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter lagen wir allen Bekannten und Verwandten, insbesondere den Kollegen der Firma Reesent & Co. sowie den Sängern der Reußbäcker Wirtshaus unseren herzlichsten Dank. 296/3 Paul Gade nebst Kindern.

Mohrenstr. 37a
Kolonnaden
Gr. Frankfurter Str. 115

Trauer-Magazin
Kleider, Hüte etc.
Außerste Preise

Farbige Konfektion
in größtem Maßstabe zu billigsten Preisen —

Westmann